

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

12. Jahrgang Nr. 4 - Dezember 1986

Nachrichten und Informationen:	Seite	243
15. Doktoranden-Kolloquium 15.-17.5.1987 in Grünberg - 18. Jahrestagung und ordent- liche Mitgliederversammlung 24.-26.9.1987 in Frankfurt/M. - Fachgruppensitzungen - Politische und kulturelle Fernsehmagazine - Kommunikationspolitische und -wissenschaft- liche Forschungsprojekte der Bundesregierung 1978-1985		
Schwarzes Brett: Franz Reinholz (1904-1986)- Wilhelm Tigges (1894-1986) - 40 Jahre OIRT - Die OIRT, eine Kurzbibliographie -	Seite	252
Pressestimmen	Seite	261
Siebzehnte Jahrestagung des Studienkreises Aus der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden	Seite	264
Wolfram Köhler: Rundfunkgeschichte als Landesgeschichte am Beispiel Niedersachsen	Seite	267
Wilhelm Treue: Der "Nordische Rundfunk" von der Gründung bis zur Weltwirtschaftskrise	Seite	277
Arnulf Kutsch: Die Nachkriegsrundfunkbe- ziehungen zwischen NWDR und Radio Bremen und das Studio Oldenburg	Seite	289
Rolf Geserick: Deutsch-Deutscher Rundfunk beiderseits der Zonengrenze	Seite	318
Historische Tondokumente der Schweiz: Information, Dokumentation, Restaurierung	Seite	331
Walter Först: Das Medium und die Zeitge- schichte	Seite	335
Bibliographie: Rundfunkbezogene Hochschulschriften aus kommunikationswissenschaftlichen Fach- instituten	Seite	343
Zeitschriftenlese 40 (1.6.-31.8.1986 und Nachträge)	Seite	344
Besprechungen	Seite	349

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Termine

Das 15. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises wird vom 15. bis zum 17. Mai 1987 in Grünberg/Hessen abgehalten. Tagungsort ist - wie mit einer Ausnahme sämtliche Kolloquien davor - die Hessische Landessportschule, und es kann, ebenfalls wie früher, nur eine begrenzte Zahl von Teilnehmern untergebracht werden. Wer daran interessiert ist, nach Grünberg zu kommen, sollte dies möglichst umgehend dem Schriftführer mitteilen und dabei auch angeben, für welche Themen und Sachgebiete er sich interessiert. Nähere Angaben über das Programm des 14. Doktoranden-Kolloquiums wird die Nr. 1/87 der MITTEILUNGEN enthalten.

Die 18. Jahrestagung des Studienkreises, diesmal wieder im Zweijahresrhythmus nach den Satzungsbestimmungen verbunden mit der ordentlichen Mitgliederversammlung, ist für die Zeit vom 24. bis zum 26. September 1987 in Frankfurt vorgesehen, wo wir Gäste des Hessischen Rundfunks sein werden. Über das Programm der Jahrestagung, das geplant ist, wird Heft 1/87 erste Einzelheiten enthalten.

Die Fachgruppe Musik des Studienkreises, die während der 17. Jahrestagung in Hannover am 2. Oktober ihre dritte Sitzung abgehalten hat, trifft sich das nächste Mal am 3. April 1987 in Köln.

Die Fachgruppe Technikgeschichte, die ebenfalls am 2. Oktober in Hannover tagte, wird den Termin ihrer nächsten Sitzung zu gegebener Zeit bekanntgeben.

Die neugegründete Fachgruppe Literatur und Rundfunk trifft sich auf Initiative von Dr. Reinhold Viehoff (Universität Siegen) zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung am 7. November in Köln. Ein Bericht darüber folgt in Nr. 1/87 der MITTEILUNGEN. Die nächste Sitzung der Fachgruppe ist für den 6. März 1987 in Baden-Baden vorgesehen.

Fachgruppe Musik in Hannover

Die recht kurzfristige Verschiebung der 17. Jahrestagung des Studienkreises in Hannover und damit notgedrungen auch der dritten Sitzung der Fachgruppe Musik um eine Woche hatte bereits im Vorfeld zu einer Vielzahl von Absagen geführt. Im kleinen Kreis der Sitzungsteilnehmer beschloß man darum, das angekündigte Programm mit den drei Kurzreferaten von Bernd Hoffmann (Projekt Stadtmusik), Johannes Imorde (Folkmusiker, Liedermacher und Massenmedien) und Helmut Rösing (Hörerbefragungen und Musikprogramm) auf die nächste Fachgruppensitzung zu verschieben. Anstelle der vorgesehenen Themen wurden Aspekte der musikalischen Meinungsbildung, einer situations- und funktionsbezogenen Musikprogrammgestaltung, der Bedeutung des Hörfunks für die Amateurmusikszene, Fragen zum Einfluß der Technik auf die Musikproduktion, zur Dichotomie von U- und E-Musik und zur politischen Wirkung von Musik erörtert.

In der sich anschließenden gemeinsamen Sitzung mit der Fachgruppe Archive und Dokumentation stellte Helmut Rösing das Projekt einer Bibliographie zum Themenkreis "Musik in Hörfunk und Fernsehen" vor. Hier geht es vorrangig um die Erfassung jenes Schrifttums, in dem Aussagen zum Stellenwert, über intendierte Funktionen und erwartete Wirkungen von Musik im Hörfunk- und Fernsehprogramm gemacht werden. Die vielen Beiträge über Rundfunkorchester, ihre Dirigenten und Solisten oder über einzelne Musiksparten und Musikstücke sollen demzufolge nur dann Eingang in die Bibliographie finden, wenn die Ausführungen auch theoretische Reflektionen über Funktion und Wirkung der angesprochenen Musik und ihre Darbietung im Programm enthalten. Geplant ist die Bibliographie als Ergänzung zu einem handlichen Sammelband, in dem grundlegende Artikel zum Thema "Musik im Hörfunk" von den Anfängen in den zwanziger Jahren bis zur Gegenwart zusammengestellt und kommentiert werden. Die

Diskussion des Bibliographieprojekts erbrachte eine Fülle von Anregungen. Es wurde vereinbart, auf der nächsten gemeinsamen Sitzung beider Fachgruppen eine konkrete Bestandsaufnahme des Schrifttums am Beispiel einer Rundfunkanstalt vorzustellen.

H.R.

Fachgruppe Technikgeschichte in Hannover

Als ehemaliger Fachgruppenvorsitzender berichtete Prof. Walter Bruch (Hannover) auf Einladung des Vorsitzenden über frühere Aktivitäten der Fachgruppe, insbesondere über die seinerzeit gemeinsam übernommene Aufgabe, die Lebensläufe von 70 Funkpionieren zusammenzutragen ("Männer der Funktechnik", herausgegeben von Sigfrid von Weiher, VDE-Verlag, Berlin/Offenbach 1983). Bruch regt an, die Sammlung einschlägiger Biographien durch die Fachgruppe weiterzuführen. Dabei sei auch das Mittel der Tonbandinterviews zu nennen, wie es zum Teil durch die Arbeitsgruppe "Geschichte der Rundfunktechnik" von ARD/ZDF bereits durchgeführt werde. Die Befragungen dürften sich aber nicht auf Angehörige der Rundfunkanstalten beschränken. Prof. Bruch schlägt ferner vor, die Fachgruppe solle eine Bestandsaufnahme aller fernsehtechnischen Einrichtungen vornehmen, die in deutschen Museen lagern. Als mögliches Dissertationsthema regt er eine Untersuchung der Hintergründe der Fernsehentwicklung im sog. Dritten Reich an, mit besonderem Augenmerk auf die spannungsreichen Wechselbeziehungen zwischen Reichspost und RRG.

Vorgelegt wurde von Dr. Ansgar Diller (DRA) ein Bericht über die Möglichkeiten der Auswertung der "Bibliographie der deutschen Zeitschriftenliteratur" (kurz "Dietrich" genannt). Der Text beschreibt einen aussichtsreichen Weg zu dem Ziel, eine Bibliographie deutschsprachiger Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Rundfunktechnik seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu erstellen.

Dipl.-Ing. Burghart Brembach (BTS Darmstadt) berichtet über Gründung und Ziele eines Museums für Deutsche Fernsehgeschichte. Prof. Bruch und Dr. Michael Crone (HR) warnten angesichts der vielfachen Sammlertätigkeit vor der Gefahr einer Zersplitterung von Sammlungen und Arbeitskapazität.

Dipl.-Ing. Albrecht Häfner (SWF) regt an, daß sich die einzelnen Fachgruppen des Studienkreises auf gemeinsamen Sitzungen über ihre jeweiligen Arbeitsgebiete informieren; so könnte die Fachgruppe Technik durch Referate zu geeigneten Themen in allgemeinverständlicher Form auf ihre eigenen Arbeiten aufmerksam machen und zugleich den Kontakt zu den anderen Arbeitsgruppen vertiefen.

Reinhard Schneider

Politische und kulturelle Fernsehmagazine

Der Sonderforschungsbereich "Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien - Schwerpunkt: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland" arbeitet, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und eingerichtet an den Universitäten Siegen (Trägerhochschule) und Marburg sowie an der RWTH Aachen, seit Anfang 1986. Neben der Erforschung theoretischer und historisch-systematischer Grundlagen (Projektbereich A) ist der Sonderforschungsbereich mit der Geschichte, Poetik und Kritik spezifischer Präsentationsformen des Fernsehens (Projektbereich B) sowie mit der Beschreibung, Analyse und Kritik spezifischer Handlungsmuster im produktiven und rezeptiven Gebrauch des Fernsehens (Projektbereich C) befaßt. Zum Forschungsprogramm des Sonderforschungsbereiches gehören auch größere Arbeitstagen, zu denen Gäste und externe Redner eingeladen werden. Sie sollen der Vertiefung und Diskussion der in Einzelprojekten oder Projektbereichen behandelten Fragen sowie der Herstellung und Pflege von Kontakten zu den Rundfunkanstalten und den sog. Programmachern dienen.

Die erste Veranstaltung dieser Art am 17./18. Oktober in Siegen war dem Thema "Magazine im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland - Schwerpunkt: Politische und Kultur-Magazine" gewidmet. Der Einladung der Bearbeiter des Teilprojektes B 8 (Leitung: Prof. Dr. Helmut Kreuzer, Siegen), das sich mit Magazinsendungen, ihrer Rolle in der Programmgeschichte des Fernsehens sowie mit Vorläufern und Parallellformen im Bereich des Hörfunks und der Printmedien beschäftigt, waren die Moderatoren und Redakteure Hanns Werner Schwarze (ZDF, "Kennzeichen D"), Peter Gatter (NDR, "Panorama"), Johannes Willms (ZDF, "Aspekte"), Reinhart Hoffmeister ("Aspekte"), Hansjürgen Rosenbauer (WDR, "Kulturweltspiegel") und Christine Lemmen/Rolf Bringmann (WDR, "Aktuelle Stunde") gefolgt. Eines der Ergebnisse der Tagung bestand darin, daß bekannte Vorurteile, wie sie auf Seiten der Programmacher gegenüber der Forschung und umgekehrt bestanden haben mögen, nicht bestätigt worden sind. Die Tagung wurde vielmehr als angenehm, offen und produktiv eingeschätzt und von gegenseitigem Interesse getragen.

Für das Magazinprojekt des Sonderforschungsbereiches und als Einleitung in das Sachthema referierte Heidemarie Schumacher einige "unvorgreifliche Gedanken" über die Moderation im Fernsehen. Wie für die allgemeine Programmansage, so betonte sie auch für die Magazinmoderation die zentrale Bedeutung der "talking heads" für die Zuschauerbindung, die Identität des Programms/Magazins, die Strukturierung und Organisation des ansonsten relativ unzusammenhängenden Programmangebotes. Die für eine erste Analyse der Moderatorrolle, -funktion und -dramaturgie verständliche Beschränkung auf das gesendete Produkt erwies sich jedoch dort als problematisch, wo absichtsvolle Regieentscheidungen auch im Detail unterstellt wurden, während sich tatsächlich "nur" durch praktische Belange der Produktion bedingte Zufälligkeiten ereignet haben mochten.

Zur Konfliktgeschichte des Magazins "Kennzeichen D" berichtete Hanns Werner Schwarze über die Entwicklung von der Idee einer solchen Sendung bis zur Realisierung der Konzeption im Jahre 1971 und faßte als programmatische Prinzipien von "Kennzeichen D" zusammen: "vor der eigenen Tür zu kehren und bundesdeutsche Selbstgefälligkeit ebenso anzuprangern wie die Selbstzufriedenheit der DDR-Funktionäre". Während gerade deshalb das Magazin auch für DDR-Zuschauer von Interesse ist - die Einschaltquote soll bei 30-50 Prozent liegen (Der Spiegel) -, bieten sich zahlreiche Reibungsflächen im bundespolitischen Umfeld und aufgrund der "Natur" der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Trotz einer Fülle von Auseinandersetzungen und Streitigkeiten will Schwarze die Konfliktgeschichte von Kennzeichen D nicht als "Klagelied" verstanden wissen: "es gab zwei eigentlich unwesentliche Eingriffe des Intendanten und des Chefredakteurs bei mehr als 350 Sendungen ... Es gab eine gewonnene juristische Auseinandersetzung und zwei akzeptierte Gegendarstellungen." Dennoch, resümierte Schwarze, "wäre ich naiv, wenn ich übersehen wollte, wie abhängig mittlerweile Fernsehmacher - Rundfunkfreiheit hin oder her - von den politischen Parteien geworden sind".

Solche und andere Probleme des öffentlich-rechtlichen Prinzips brachte Peter Gatter in seinem ambitionierten und pointierten Vortrag zur Sprache: Ausgewogenheit, Meinungsproporz in Programm und Magazin, Parteienproporz in Redaktionen und Aufsichtsgremien, politische Faktoren bei der Besetzung von Stellen, parteipolitische Etikettierung von Themen, die institutionell verordnete Eindimensionalität der Meinungsmagazine und die Bedeutung der Sendeplätze für das Verständnis von Einzelbeiträgen, das alles führe zusammengekommen zu einem enormen Konformitätsdruck mit allen selbstzenso-rischen Folgen und Verdrehungen, zu einer Vernachlässigung der Professionalität und Qualifiziertheit zugunsten parteipolitischer Erwägungen. In diesem Sinne erweise sich denn auch "die berühmte Diskussion, man müsse von den Magazinen doch auch mal 'was Neues' erwarten können, und nicht immer das, was man ohnehin schon erwartet, einfach als eine Unsinnsdiskussion, weil sie weder inhaltlich stimmt, was die Themen angeht, ... noch honoriert würde, wenn sie doch einmal stimmen würde".

"Kulturmagazin und Avantgarde: Produziert ein Kulturmagazin Kultur?" hieß das Thema von Johannes Willms, der nicht aus dem Nähkästchen der journalistischen Praxis plauderte, sondern die Frage mit Reminiszenzen an philosophische Seminare zu beantworten suchte. Seine Definition des Kulturmagazins als einer "Vermittlungsform, mit der zwangsläufig Bruchstücke transportiert werden", führte unter Betonung vor allem der reproduktiven, reportierenden Funktion zu der Auffassung, daß ein Kulturmagazin erst dann Kultur produziere, wenn es über seine Beobachter- und Berichterstatterfunktion hinaus zu einem Teilnehmer im Kulturbetrieb würde, der vermittelt eigener Kunstproduktionen direkt ins Geschehen eingreifen könne.

Reinhart Hoffmeister sprach zur Konfliktgeschichte des Magazins "aspekte". "Muß ein Kulturmagazin überhaupt in Konflikt geraten? - Meine Antwort ist: Ja!" Ernsthafter Kulturjournalismus müsse konfliktfähig und konfliktbereit sein, wenn er "etwas bewirken" wolle, so der ehemalige "aspekte"-Macher zur Programmatik des Kulturmagazins. Versteht man Kultur nicht als "heiligen Gral, dem man sich andachtsvoll zu nähern habe", sondern im Sinne eines erweiterten Kulturbegriffs (für die sechziger Jahre ganz sicher eine Provokation), sind Konfliktpotentiale offenkundig. Fragen nach der gesellschaftspolitischen Relevanz kultureller Ereignisse, nach der Qualität unserer Umwelt, und Tips zur Gründung von Bürgerinitiativen mußten den Widerspruch jener erregen, die - in welcher Hierarchie innerhalb oder außerhalb der Rundfunkanstalten auch immer - Kunst und Politik, Gesellschaft und Kultur für völlig disparate Bereiche hielten.

Zur Konzeption eines Regionalmagazins äußerten sich Christine Lemmen und Rolf Bringmann am Beispiel der "Aktuellen Stunde" des WDR. Die Aufgaben des Magazins sind vielfältig: neben Nachrichten (vergleichbar der Taagesschau) unter besonderer Berücksichtigung des Sendebereichs (Nordrhein-Westfalen) sollen auch Hintergrundinformationen und Kommentare gebracht werden. Das Themenspektrum umfaßt außer Politik auch die Bereiche Kultur, Sport und Wirtschaft, wobei angesichts des Aktualitätsangebotes Hintergrundinformationen nur in beschränktem Umfang recherchiert werden können, wenn nicht ein Thema über mehrere Tage oder länger aktuell bleibt. Die praktische Umsetzung des Regionalitätsgedankens wird in der "Aktuellen Stunde" mit Bezug auf die Zuschauer, nicht nach geographischen Gesichtspunkten geleistet. Über ein Zuschauertelefon können Gäste der Sendung befragt, Kritik und Themenvorschläge geäußert werden.

Den Abschluß bildete das Referat von Hansjürgen Rosenbauer über Auswahl und Repräsentanz von Kulturthemen im "Kulturweltspiegel". Einer der konzeptionellen Ausgangspunkte war die Idee eines Kulturmagazins Dritte Welt, das zum besseren Verständnis politischer Entwicklungen kulturelle Hintergründe aufarbeiten sollte. Davon ist eine gewisse Schwerpunktsetzung auf Dritte-Welt-Themen und das Bestreben geblieben, sich zwischen politischer und kultureller Berichterstattung zu bewegen und Alltagskultur neben der Museums- und Konzerthauskultur zur Geltung zu bringen. Dies soll geschehen durch Berichte über die Kulturszenen kulturell bedeutsamer Städte, durch Portraits von Personen, Hintergrundreportagen (z.B. über Trends und Tendenzen), Berichte über aktuelle Kulturereignisse und ein Stück "Primärkultur" in jeder Sendung, hier z. Zt. vor allem Videokunst.

Gerhard Rusch

Kommunikationspolitische und -wissenschaftliche Forschungsprojekte
der Bundesregierung 1978 - 1985

Nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung des "Berichts der Bundesregierung über die Lage der Medien in der Bundesrepublik Deutschland/Medienbericht '85" legt jetzt die Bundesregierung den Bericht über "Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1978 - 1985)" vor (Bonn 1986). Es handelt sich um die Darlegung der Befunde von insgesamt 73 Forschungsprojekten, die von der Bonner Regierung zu bestimmten Fragestellungen der Medienstruktur und Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik in den zurückliegenden acht Jahren veranlaßt worden sind. In der sorgfältigen redaktionellen Bearbeitung durch Ministerialrat Walter J. Schütz (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) stellt die Veröffentlichung der Gutachten die Ergänzung des Abschnittes über die "Medienforschung" des "Medienberichts '85" dar (vgl. Mitteilungen 12. Jg. 1985, Nr. 3, S. 163-165). Die vorliegende Publikation ist die dritte ihrer Art. Den ersten Berichtsband über "Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1971-1974)" konnte das Presse- und Informationsamt 1974 als Ergänzung zum "Bericht der Bundesregierung über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland (1974)" veröffentlichen. Auf 211 Seiten stellte er die Kurzfassungen von 23 Gutachten vor. Der zweite Berichtsband, der 1978 als Ergänzung zum dritten "Bericht der Bundesregierung über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland (1978)/Medienbericht" herauskam, benötigte schon 460 Seiten zur Darlegung der Befunde von 43 Gutachten, die die Bundesregierung im Zeitraum von 1974 bis 1978 vergeben hatte. Die jetzt publizierten Gutachten übertreffen an Anzahl und Umfang diese beiden Vorläufer beträchtlich: die Darstellung der 73 Projekte beansprucht 808 Seiten und konnte nur in zwei Bänden untergebracht werden. Sie dokumentieren anschaulich, daß die Bundesregierung unterdessen zu einem der wichtigsten Auftraggeber für kommunikationswissenschaftliche Forschungsarbeiten geworden ist.

Im Vorwort zu den beiden Bänden betont die Bundesregierung, daß es ihr keineswegs darum gehe, "umfassend wissenschaftlich fundierte Medienforschung zu betreiben, sondern zu jeweils aktuellen Problemen in der medienpolitischen Diskussion Antworten auf Fragestellungen zu erhalten, zu denen keine oder nur unzureichende Darstellungen vorliegen." (S. 15) Das Forschungsprogramm sei "sowohl durch das medienpolitische Interesse der einzelnen Ressorts als auch durch Anregungen und Initiativen aus Wissenschaft und Praxis bestimmt". Dabei bildet der Interministerielle Arbeitskreis für Kommunikationsforschung (IMA) der Bundesregierung dasjenige Gremium, in welchem das "Forschungsprogramm von der Planung über die Auftragsvergabe, die Diskussion der Zwischenberichte, die Abnahme der endgültigen Gutachten bis hin zur Auswertung in Form kommunikationspolitischer Schlußfolgerungen betreut wird". Auftraggeber der 73 Gutachten waren das Presse- und Informationsamt (27), die Bundesminister des Innern (19), für Forschung und Technologie (15), für Bildung und Wissenschaft (3), für Jugend, Familie und

Gesundheit (3), für wirtschaftliche Zusammenarbeit (2) sowie für Wirtschaft (1), ferner das Bundeskanzleramt (2) und die Bundeszentrale für politische Bildung (1). Als Auftragnehmer werden neben einer ganzen Reihe von Fachwissenschaftlern vor allem privatwirtschaftliche und universitäre Forschungseinrichtungen aufgeführt, wobei auffällt, daß die Münchner "Arbeitsgemeinschaft für Kommunikationsforschung" (12), das Münchner Institut für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) und einzelne seiner Wissenschaftler (11) sowie das Berliner "Heinrich-Hertz-Institut" (9) etwa ein Drittel der Forschungsprojekte bearbeiteten.

Das bereits im "Medienbericht '85" herausgestellte Interesse der Bundesregierung an den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und ihren Effekten auf Gesellschaft und Wirtschaft dokumentiert sich auch in den Gegenständen der vergebenen Forschungsarbeiten. Die Bundesregierung stellt dazu fest: "Parallel zur technischen Entwicklung im Medienbereich haben sich ... gegenüber den früheren Berichtszeiträumen neue Schwerpunkte bei der Themensetzung der Forschungsvorhaben ergeben. Überwogen in der Vergangenheit die Studien zur Situation der im Medienbereich Tätigen (Kommunikatoren) sowie der Struktur der Presse einschließlich rechtlicher Probleme, so ist in den letzten Jahren eine Verschiebung zu den durch die "Neuen Medien" ausgelösten Fragen festzustellen. Hier wird die Absicht der Bundesregierung deutlich, rechtzeitig die Probleme untersuchen zu lassen, die durch den zu erwartenden Wandel in der Kommunikationstechnologie und im Medienangebot entstehen können." (S. 15) Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß sich die Projekte nicht allein mit den Auswirkungen der "Neuen Medien" generell auf die bestehende Medienstruktur der Bundesrepublik beschäftigen, sondern zudem auch mit den spezifischen Effekten auf die Arbeitsbedingungen der Journalisten, der Medienausgaben, vor allem aber auch auf die Rezipienten (Fernsehzuschauer, Zeitungsleser). Für die speziell am Wandel der Rundfunkmedien Interessierten halten die Gutachten eine Fülle beachtenswerter Befunde bereit. Außer den Untersuchungen, die sich allgemein mit dem Wandel des Mediensystems unter dem Einfluß neuer Informations- und Kommunikationstechniken beschäftigen, seien als Beispiel Studien über die "Zukunft des Fernsehens", das "Stadtfernsehen", ferner über medienrechtliche Fragen wie etwa "Redaktionsstatute 1985" oder die "Gesetzhomogenität für privaten Rundfunk im föderalen Staat" erwähnt, sowie schließlich Wirkungsstudien über "Fernsehwerbung vor und mit Kindern", "Bedingungen und Wirkungen der Fernsehwerbung auf das Konsum- und Ernährungsverhalten von Kindern" oder "Kabelfernsehen in der beruflichen Fortbildung und privaten Weiterbildung".

Auch wenn die Ergebnisse verschiedener der 73 Gutachten inzwischen in Auszügen oder vollständig an anderen Stellen veröffentlicht worden sind, vermitteln die vorliegenden beiden Bände doch einen aufschlußreichen Überblick über die Förderung der Kommunikationsforschung durch die Bundesregierung. Dieser Überblick wird nicht zuletzt durch sorgfältig bearbeitete, kumulative Register erleichtert, und zwar durch eine Übersicht der "Auftragnehmer/Gutachter/Projektleiter/Mitarbeiter" (S. 795-801) und ein Schlag- und

Stichwortregister (S. 803-808) für die drei Forschungsberichte 1971-1974, 1974-1978 und 1978-1985. Zu beziehen sind die beiden Bände über das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn.

Arnulf Kutsch

Bierbach, Wolf

Rundfunk zwischen Kommerz und Politik
2 Teile

Der Westdeutsche Rundfunk in der Weimarer Zeit

Frankfurt/M., Bern, New York, 1986. 595 S.

Europäische Hochschulschriften: Reihe 40, Kommunikationswissenschaft und Publizistik (Media et Journalisme, Communications). Bd. 7

ISBN 3-8204-9692-0

br./lam. sFr. 114.-

Die Geschichte des Rundfunks in der Weimarer Zeit ist im Überbau bekannt, nicht dagegen die Entwicklung der neun regionalen Sendegesellschaften. Am Beispiel des Westdeutschen Rundfunks Münster/ Köln wird erstmals versucht, genau zu untersuchen, wie sich die Rundfunkpolitik des Reiches und der Länder auf die organisatorischen Strukturen und die Programme eines Mediums ausgewirkt hat, das erst 1923/24 von der Politik gegründet, aber privat finanziert wurde. Wer kontrollierte, wer zensierte, wer trat mit welchen Ansprüchen an das neue Medium heran und wie entwickelte es sich in staatlich vorgegebenen Rahmenbedingungen?

Aus dem Inhalt: Alliiertes Rundfunkverbot im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg - Organisations-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des Westdeutschen Rundfunks und der Dachgesellschaft «Reichs-Rundfunk-Gesellschaft», Programmzensur und Überwachung, Einflüsse von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden - Totale Verstaatlichung ausgangs der Weimarer Republik.

Peter Lang



SCHWARZES BRETT -----

Franz Reinholz (1904-1986)

"Der Schulfunk ist kein Fach, sondern ein Unterrichtsmittel, genau wie der Schulatlas, der Sandkasten und das Mikroskop. Darum gilt der Grundsatz: 'Schulfunk soll nicht gehört werden, weil es ihn gibt, sondern wenn der Lehrer ihn braucht.'"¹⁾ Dieses Verständnis vom Schulfunk als freiem Angebot an die Schule, als Mittel zur Anreicherung des Schulunterrichts bildete das rundfunkpädagogische Credo von Franz Reinholz, seit er 1945 mit Aufbau und Leitung der Abteilung Schulung des NWDR-Hamburg beauftragt worden war. Der Schulfunk könne nicht etwa den Unterricht übernehmen und Datenwissen vermitteln, bestätigte Reinholz noch einmal acht Jahre später, "er will vielmehr bei seinen jungen Hörern Erlebnisse hervorrufen, die anregen, belehren, Kenntnisse vertiefen sollen. Keinesfalls will er ein 'Ersatzlehrer' sein."²⁾ Solche und zahlreiche ähnliche Ausführungen von ihm³⁾ zeigten, daß Reinholz sowohl etwas vom Schulunterricht als auch vom Rundfunk verstand. Tatsächlich hatte der am 13. Dezember 1904 in Hamburg geborene Hanseat fast zwanzig Jahre als Volks- und Mittelschullehrer gearbeitet, ehe er in den ersten Nachkriegsmonaten zum NWDR kam.

Nach Abschluß seiner Ausbildung am Lehrerseminar in Hamburg arbeitete Reinholz 1926 zunächst an einer Volksschule im Arbeiterwohnviertel St. Pauli und wechselte danach an eine als Versuchsschule geführte Volksschule in Hamburg. Beeindruckt vom Leitmotiv der Reformpädagogen: "Vom Kinde aus", bot sich ihm dort die Gelegenheit, reformierte Unterrichtspläne zu erproben und weiterzuentwickeln. Allerdings schloß sich Reinholz nicht den dogmatischen Vertretern der Reformpädagogik an. Vielmehr gehörte er dem Kreis junger Lehrer an, den Kurt Zeidler um sich gesammelt hatte und der sich die Aufgabe stellte, dem Schulunterricht einen sachbezogenen Inhalt zu geben. Die Curricula sollten sich an der Erfahrungs- und Denkwelt des Kindes orientieren und sich in besonderem Maße durch Gegenwartsnähe, ihren Bezug zur Arbeitswelt, zu gesellschaftlichen und politischen Problemen auszeichnen. Solche Pädagogik verlangte nicht nur eine neue Unterrichtsmethodik, ein neues Verständnis von

- 1) -: Tönendes Lehrmittel für 10 000 Schulen. Sechs Jahre Schulfunk des NWDR, in: Die Ansage Nr. 47 vom 23. November 1951, S. 1-2
- 2) -: Lautsprecher als Lehrmittel. Helfer des Lehrers: Der Schulfunk des NWDR, in: Die Ansage Nr. 104 vom 8.1.1953, S. 2; ferner Franz Reinholz, Hilfsmittel mit großen Erfolgen. Was der Schulfunk Hamburg tut und was er unterläßt, in: NWDR-Jahrbuch 1950-1953, hg. vom NWDR, o.O. (Hamburg) o.J. (1953), S. 44-46
- 3) vgl.: Franz Reinholz, Das Sommerprogramm des Schulfunks im NWDR, in: Die Ansage Nr. 14 vom 30.3.1948, S. 1-2; Franz Reinholz, Mitschnitt von Schulfunksendungen, in: Rundfunk und Fernsehen 2. Jg. (1954), Nr. 2, S. 168-170

den Lehrstoffen, sondern auch die Verwendung neuer Lehrmittel. Daher gehörte Reinholz von Anfang an zu den aufmerksamen, professionell interessierten Hörern, aber auch zu den Kritikern des Weimarer Schulfunks.

Der Nationalsozialismus bereitete diesen Reformbemühungen der späten Weimarer Jahre ein rasches Ende. Auch der Lehrer für Mathematik und naturwissenschaftliche Fächer Franz Reinholz hatte sich wieder eines konventionellen Unterrichts zu befleißigen. 1940 wurde er zum Kriegsdienst in der Luftwaffe eingezogen, konnte aber bereits im Herbst 1945 aus amerikanischer Gefangenschaft in das zerstörte Hamburg zurückkehren. Dort vermittelte der Schulsenator den Pädagogen von Geblüt und Sozialdemokraten aus Überzeugung an den britischen Besatzungsrundfunk, den NWDR, wo man in diesen Wochen, als Schulbücher zu den Mangelwaren gehörten, mit der Vorbereitung von Schulfunksendungen begann. Beim NWDR gelang es Reinholz im Alter von immerhin 41 Jahren, seine didaktischen Vorbehalte gegenüber dem Schulfunk als "Maschine mit Eigenexistenz im Spiel der menschlichen Kräfte" (Reinholz) abzubauen und jene eingangs zitierte Überzeugung zu gewinnen, nach der der Schulfunk eine Hilfe für den Lehrer, nicht aber seinen Ersatz bedeuten sollte. In der durch finanzielle, technische und personelle Engpässe und durch die Notwendigkeit der Produktion neuer Sendungen mit neuen Inhalten geprägten Pionierphase des Besatzungsrundfunks fand Reinholz ähnlich wie die Redakteure in anderen Ressorts genügend Spielraum zum Experiment, zur Erprobung unterschiedlicher Darstellungsformen für den Schulfunk und zur Kooperation mit den Lehrern.

Als der Schulfunk des NWDR am 12. November 1945 mit seiner ersten Sendung begann, war dieser Anfang noch sehr bescheiden. Zwei tägliche Sendungen von je 20 Minuten wurden ausgestrahlt, die wegen der Doppelbelegung der Schulen am Nachmittag wiederholt wurden. Aus diesen kleinen Anfängen hat Reinholz den NWDR-Schulfunk zu einer der Parade-Abteilungen des Hamburger Hauses entwickelt, die bereits 1949/50 über 3 500 Sendungen zu fast allen Lehrplänen der deutschen Schulen vorweisen konnte. Wesentliches Mittel für einen sinnvollen Schulfunk bildeten nach Reinholz' Vorstellung gedruckte Informationen, die die Programme übersichtlich ankündigten, begleiteten und erläuterten. Daher sorgte er für die Herausgabe von halbjährlichen Sendeplänen der Schulfunksendungen und eines Mitteilungsblattes sowie schließlich für die Edition der berühmt gewordenen Schulfunk-Beihefte mit dem Titel "Schule, Film und Funk", die erstmals 1948 erschienen.⁴⁾ Freilich sollte nicht unerwähnt bleiben, daß nicht nur das NWDR-Funkhaus Hamburg, sondern auch das Kölner Funkhaus Schulfunksendungen produzierte, wenn auch mit fast zweijähriger Verzögerung; die erste Schulfunksendung aus Köln datiert vom 25. August 1947. Die dort im April 1950 eingerichtete Schulfunk-Abteilung wurde von einer keineswegs weniger profilierten Pädagogin aufgebaut und geleitet, von Marga Nestel-Begiebing.

4) vgl. dazu auch den Einführungsaufsatz von: Franz Reinholz, Schulfunk - Möglichkeiten und Grenzen, in: Schule, Film und Funk 1. Jg. (1948), Nr. 1, S. 5-8

Der Wettbewerb beider Abteilungen des NWDR hat vermutlich wesentlich zu dem guten Ruf und zu dem großen Ansehen des Schulfunks im Norden und Westen der Bundesrepublik beigetragen.

Über zehn Jahre lang leitete Franz Reinholz die Hamburger Schulfunkabteilung, ehe er 1955 als Nachfolger von Walter Hilpert die Leitung der Hauptabteilung "Wort" des NWDR-Hamburg/NDR übernahm. Auch während dieser Tätigkeit galt sein besonderes Interesse dem Rundfunk als Unterrichtsmittel, und abermals trat Reinholz als Pionier der Nachkriegs-Rundfunkpädagogik in Erscheinung, diesmal als Initiator des Schulfernseh-Versuchs des Nord- und Westdeutschen Rundfunkverbandes. Die außerordentlich kontroverse Einstellung zur Einführung von Schulfernsehen in der Bundesrepublik im nachhaltig von kultur- und fernsehkritischen Debatten geprägten, intellektuellen Milieu der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre⁵⁾ dokumentierte sich schlaglichtartig in einer der Schlüsseltagungen zu diesem Gegenstand, dem Symposium "Schulfernsehen in Deutschland?". Unter Beteiligung von namhaften Experten des In- und Auslandes fand es am 17. und 18. November 1958 in der Evangelischen Akademie für Rundfunk und Fernsehen in Arnoldshain/Ts. statt. Am Ende dieses Symposiums legte Reinholz, der bereits im März 1958 vom NDR-Intendanten mit der Vorbereitung eines Schulfernsehens beauftragt worden war, das zeitgenössisch aufsehenerregende Plädoyer ab: "Für mich hat sich das Fragezeichen, das hinter dem Thema dieser Tagung stand - Schulfernsehen in Deutschland? - aufgelöst. Das Fragezeichen besteht für mich nicht mehr. Es wird ein Schulfernsehen in Deutschland geben. Und der Auftrag, den ich bekommen habe, ist für mich in dieser Tagung verpflichtend geworden. Ich werde ihm mehr Zeit zuwenden, als ich es bisher getan habe, d.h. ich werde versuchen, mich von anderen Aufgaben freizumachen."⁶⁾

Reinholz bildete einen "Arbeitskreis Schulfernsehen", der neben Vertretern des NDR-Programmbeirates auch Vertreter der Kultusadministrationen der drei norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen sowie namhafte Hochschulpädagogen angehörten und der sich mit der Planung eines regelmäßigen Schulfernseh-Programms beschäftigen sollte.⁷⁾ Zuvor hatte sich Reinholz über das britische und das französische Schulfernsehen sowie über entsprechende Erfahrungen in skandinavischen Ländern kundig gemacht. Seine Eindrücke bestärkten ihn in der Überzeugung, daß sich

- 5) vgl.: Chun-Seo Park, Die Vorgeschichte des westdeutschen Schulfernsehens (WDR), M.A.-Arbeit Münster vom 5. Juli 1985
- 6) Schulfernsehen in Deutschland? Referate und Diskussionen einer Tagung der Evangelischen Akademie für Rundfunk und Fernsehen, München: Lucas Cranach Verlag o.G. (1959), S. 97
- 7) Mitglieder des Arbeitskreises waren Paul Heimann (PH Berlin), Ernst Hessenauer (Landesbeauftragter für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein), Walter Prella (Studienrat) und Gertrud Püstow (Rektorin) als Vertreter des NDR-Programmbeirates, Günther Rönnebeck (Leiter der Schulabteilung im niedersächsischen Kultusministerium), Jürgen Schmidt (Referent der Schulbehörde Hamburg für Film, Funk und Fernsehen) und Horst Wetterling (PH Osnabrück).

die Schulfernseh-Modelle des westeuropäischen Auslandes nicht für das deutsche Schulsystem eigneten und deshalb ein eigens auf die bundesdeutschen Verhältnisse konzipiertes Modell entwickelt werden müßte. Bereits am 8. März 1960 legte der Arbeitskreis der Intendanten einen Bericht vor, der die Grundlage für die Produktion und Ausstrahlung eines Versuchsprogramms beinhaltete. Diese Grundlage schloß sich im wesentlichen der Position Reinholz' an, der im Schulfernsehen (analog zum Schulfunk) ein geeignetes Mittel für den Unterricht in verschiedenen Schultypen erkannte und empfahl, Versuchssendungen zunächst auf die Fächer Politische Bildung, Naturwissenschaft, Technik und Erdkunde zu beschränken.

Nach einer Vorbereitungszeit von eineinhalb Jahren startete der NDR als erste bundesdeutsche Rundfunkanstalt in der Zeit vom 23. Oktober bis 11. November 1961 das erste Schulfernseh-Versuchsprogramm mit sechs Sendungen. Gut ein halbes Jahr später folgte unter teilweiser Kooperation mit Radio Bremen und dem Sender Freies Berlin das zweite Schulfernseh-Versuchsprogramm des NDR, das vom 18. bis 23. Juni 1962 ausgestrahlt wurde und acht Sendungen umfaßte. Die Versuchsprogramme sollte nicht nur Aufschluß über finanzielle, technische und Produktionsprobleme geben, sondern zudem Erkenntnisse über die Effekte und den Nutzen für den Schulunterricht vermitteln. Daher wurden sie - ein Novum bei der versuchsweisen Erprobung eines neuen Programms - von zwei differenziert angelegten Forschungsprojekten begleitet, für deren wissenschaftliche Durchführung und Auswertung Reinholz die Professoren Heribert Heinrichs (PH Alfeld/Leine) und Horst Wetterling (PH Osnabrück) gewonnen hatte. Nach deren Befunden war das Versuchsprogramm in seinen beiden Teilen durchaus positiv verlaufen und ließ daher ein regelmäßiges Schulfernsehen als wünschenswert erscheinen.⁸⁾

Diese Einschätzung teilten indes nicht alle Beobachter. Vor allem in der Presse, aber auch unter Kollegen aus anderen Funkhäusern fehlte es nicht an Kritik, die zu einem nicht geringem Teil aus der Fehlinterpretation des Versuchsprogramms resultierte. Zudem zeigten die Kultusministerien der drei beteiligten norddeutschen Länder wenig Interesse und nur geringe Neigung, die Investitionen für die Anschaffung von Fernsehempfängern für die Schulen zu tätigen, ohne die Schulfernseh-Programme wertlos waren. In einem für diesen frühen Fall bemerkenswerten Bekenntnis über die - wie es heute heißt - Rückholbarkeit des Versuchs hatte Reinholz bereits am 4. Oktober 1961 festgelegt: "Es kam mir darauf an, einen fairen Versuch zu veranstalten. Deshalb gibt es keine Mitarbeiter, die eigens für diesen Versuch eingestellt worden wären, und es gibt keine Investitionen, die den NDR zwingen könnten, mit der Arbeit am Schulfernsehen nur deshalb fortzufahren, weil Kosten amortisiert werden müssen. Tatsächlich hängt also die weitere Entwick-

8) Norddeutscher Rundfunk, Fernsehen (Hrsg.), Die Versuchsprogramme für Schulen, Hamburg: NDR o.J. (1963?); ferner: Heribert Heinrichs, Erfahrungen und Konsequenzen aus dem Schulfernsehversuch des NDR, in: Jugend Film Fernsehen 6. Jg. (1962), Nr. 2, S. 86-102

lung vom Ergebnis des Versuchs ab." ⁹⁾ Nicht nur wegen der immensen Produktions-Kosten, die sich auf das Zehnfache der ursprünglichen Kalkulation beliefen, sondern wohl in erster Linie wegen der weitverbreiteten Voreingenommenheit gegenüber dem Schulfernsehen hielt sich Reinholz an sein selbstformuliertes Postulat. Die Schulfernseh-Versuche des NDR wurden nicht fortgeführt, und sie mündeten (noch) nicht in ein regelmäßiges Schulfernseh-Programm. Gleichwohl profitierten andere Rundfunkanstalten von den Erfahrungen und Erkenntnissen der Hamburger Versuchsprogramme. Der Bayerische Rundfunk startete am 14. September 1964 zunächst dreimal wöchentlich mit Schulfernseh-Sendungen, zwei Jahre später folgte der Westdeutsche Rundfunk. Es dauerte noch einmal sechs Jahre, ehe nun auch der Norddeutsche Rundfunk, gut ein Dezennium nach seiner Pionierleistung, im Herbst 1972 damit begann, ¹⁰⁾ regelmäßig Schulfernsehsendungen in seinem Programm auszustrahlen.

Diese späte Konsequenz erlebte Reinholz nur noch als Pensionär. 1962 war er mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Programmdirektors Hörfunk des NDR beauftragt worden, von 1964 bis Ende April 1972 leitete er die Hörfunk-Programmdirektion des NDR. Trotz dieser Tätigkeit im Rundfunkmanagement beteiligte er sich auch weiterhin an Lehrprogrammen der Anstalt, so an den Sendereihen "Mathematik" und "Rechnen - schnell und richtig" des Dritten Fernsehprogramms Nord (Seit 1965) und - nach seiner Pensionierung - auch an den NDR-Schulfernseh-Sendungen. Am 2. Juli 1986 ist dieser eingefleischte Rundfunkpädagoge, den einige seiner Mitarbeiter als bisweilen autoritären ¹¹⁾ Chef, viele indes als inspirierenden Kopf und Förderer erlebten, in Hamburg gestorben.

Arnulf Kutsch

Wilhelm Tigges (1894-1986)

Im Alter von 92 Jahren ist Anfang Oktober in Pöcking am Starnbergersee Dr. Wilhelm Tigges gestorben, der von 1929 bis zu seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten am 18. April 1933 Leiter der Programmverwaltung und Prokurist der "Westdeutsche Rundfunk AG" (Werag) in Köln, dem Vorläufer des WDR, gewesen ist. Tigges, geboren am 15. Juli 1894 im westfälischen Datteln, machte zusammen mit Hans Stein, dem späteren Leiter des Wirtschafts- und Sozial-

- 9) (Hektographiertes) Anschreiben von Franz Reinholz an die am Schulfernseh-Versuch beteiligten Lehrer vom 4.10.1961, Beilage zu: Norddeutscher Rundfunk/Fernsehen: Versuchsprogramm für Schulen Oktober/November 1961 (Begleitheft), Hamburg: NRD (1961)
- 10) vgl. auch: Franz Reinholz, Überlegungen des Norddeutschen Rundfunks zum Schulfernsehen. Ein Vortrag, Hamburg: NDR 1970 (Masch. Manuskript)
- 11) vgl.: Reminiszenz und Reverenz. Begegnungen mit Franz Reinholz, vorgelegt von Wolfgang Jäger und Manfred Jenke, Hamburg: NDR 1974

funks des Kölner Senders bis 1913, sein Abitur 1914 in Bad Münstereifel, wurde Bankvolontär und rückte im Ersten Weltkrieg als Freiwilliger bei den Pionieren ein. 1928 promovierte er bei dem bekannten Kölner Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Bruno Kuske mit einer Arbeit über die "Frühgeschichte der Konsumgenossenschaften". Beim Westdeutschen Rundfunk, der damals gerade erst fünf Jahre alt war, baute er von 1929 an eine systematische Programmverwaltung auf und war als Prokurist für die wirtschaftliche und finanzielle Abwicklung des Sende- und Programmbetriebes zuständig. Die von ihm entwickelten Organisationsmodelle wurden beispielhaft für die anderen Sendegesellschaften in der Weimarer Republik und der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG). Als enger Mitarbeiter von Intendant Ernst Hardt, der schon Ende 1932 entlassen wurde, fiel Tigges bei den Nazis in Ungnade und wurde zusammen mit seinem Freund Hans Stein, der nach Holland emigrieren mußte, am 18. April 1933 entlassen. Neben seinen organisatorischen Aufgaben hat sich Tigges Anfang der dreißiger Jahre vor allem um das "Winterhilfswerk" des Westdeutschen Rundfunks zugunsten der Arbeitslosen gekümmert. Nach seiner Entlassung ließ sich Tigges zunächst als Wirtschafts- und Steuerberater in Witten nieder, um dann in den Vorstand eines metallverarbeitenden Unternehmens in Witten einzutreten. Nach dem Kriege übte er Ämter und Ehrenämter in der Werbewirtschaft aus, die einen Preis nach ihm benannte.

Wolf Bierbach

40 Jahre OIRT

Die Internationale Rundfunk- und Fernsehorganisation OIRT wurde am 28. Juni 1946 gegründet. Ihrem Statut zufolge handelt es sich um einen nichtkommerziellen Zusammenschluß von Hörfunk- und Fernsehorganisationen, der dem Informationsaustausch über den technischen Fortschritt, der rundfunktechnischen Koordination, der Wahrnehmung der Interessen von Rundfunk und Fernsehen sowie der internationalen Kooperation bei der Programmgestaltung dient. Oberstes Organ der OIRT ist die zweijährlich tagende Generalversammlung. Sie bestimmt die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, der seit 1985 von Achim Becker (Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR) geleitet wird. Ständige Organe sind das Generalsekretariat und das Technische Zentrum. Dem Generalsekretär unterstehen die Radio- und die Fernsehprogrammkommission, und die technische Kommission besteht aus fünf Studiengruppen: Drahtfunktechnik (I), Elektroakustik und Schallaufzeichnung (II), Fernsehen (III), Rundfunk- und Fernsehsysteme und Wellenausbreitung (IV), Stereophonie (V).

Vorläufer der Organisation war die im April 1925 in Genf gegründete Internationaal Broadcasting Union (IBU). Diesem europaweiten Zusammenschluß gehörten 1938 bereits 59 aktive und assoziierte Hörfunk- und Fernsehorganisationen an. Der Sitz der Verwaltung befand sich in Genf, für technische Angelegenheiten zeichnete das Büro in Brüssel verantwortlich. Die Versuche zur Wiederbelebung

der IBU nach dem Zweiten Weltkrieg mündeten in der Gründung der "Organisation Internationale de Radiodiffusion" (OIR) am 28. Juni 1946 in Brüssel. Die Auflösung der IBU anlässlich der OIR-Gründung scheiterte an der dafür erforderlichen Dreiviertelmehrheit ihrer Mitglieder. Die OIR zog in das - formal der IBU gehörende - Technische Zentrum in Brüssel ein. Dreieinhalb Jahre lang rivalisierten beide Organisationen um die Zuständigkeit für die technische Neuordnung des europäischen Rundfunkwesens; nur Italien und der Vatikanstaat gehörten beiden Zusammenschlüssen an.

Im November 1949 verließen elf westeuropäische Rundfunkorganisationen, darunter aus Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden, die OIR. Neben dem aufkommenden Kalten Krieg bildete der sowjetische Anspruch auf einen vollen Mitgliedsstatus für die belorussische, die estnische, die lettische, die litauische, die moldauische und die ukrainische Sowjetunion das wesentliche Hindernis für die weitere Zusammenarbeit in einer gesamteuropäischen OIR. Sie schloß fortan die osteuropäischen Staaten mit Ausnahme Jugoslawiens zusammen, verlegte ihren Sitz nach Prag und fügte 1959 ihrem Namenskürzel ein "T" für "Télévision" hinzu. Seit dem 12. Februar 1950 steht der OIRT die European Broadcasting Union (EBU, frz.: UER) als das westeuropäische Pendant gegenüber. Die formelle Auflösung der IBU erfolgte im Mai 1950. Die DDR trat der OIR am 11. Mai 1951 bei. Nur Finnland gehört der EBU und der OIRT an.

1957 richtete die OIR ein Fernsehkomitee ein und begann erste Versuche, Fernsehprogramme zwischen ihren Mitgliedsorganisationen auszutauschen. Im Januar 1960 gründeten die DDR, Polen, Ungarn und die CSSR die Intervision als die dem Austausch von Fernsehprogrammen dienende Einrichtung der OIRT mit Sitz in Prag sowie als ein Gegenstück zu der 1954 etablierten Eurovision. Der Intervision traten 1961 die Sowjetunion und danach weitere sozialistische Staaten bei. Sie betreibt den bilateralen, den multilateralen und den mit anderen internationalen Zusammenschlüssen (etwa der Eurovision) erfolgenden Austausch von aktuellen Filmmeldungen, Sportübertragungen (Olympische Spiele, Fußball-Weltmeisterschaften), Unterhaltungs- sowie Kinder- und Jugendsendungen. Der vierteljährlich tagende Intervisionsrat leitet diese Einrichtung und genehmigt die Quartalspläne für den Programmaustausch. Erster Vorsitzender des Intervisionsrates war seit 1960 Heinz Adameck, der Intendant des ostdeutschen Fernsehens. Die in der ersten Hälfte der sechziger Jahre errichteten Kabelverbindungen zwischen den Fernsehzentren der osteuropäischen Staaten verbesserten die technische Qualität von Überspielungen und ersetzten nach und nach den bis dahin üblichen Filmtransport. Am 1. Mai 1965 wurde zum ersten Mal ein Fernsehsatellit für die Übermittlung von Filmmeldungen eingesetzt.

Die OIRT arbeitet mit anderen internationalen Einrichtungen wie der UNESCO, der Stallitenorganisation Intersputnik, der Internationalen Fernmeldeunion sowie den internationalen Sportverbänden zusammen. Sie veranstaltet Hörfunk- und Fernsehfestivals, darunter das Festival des dramatischen Rundfunkschaffens, das Internationa-

le Fernsehfestival "Das Goldene Prag", das Festival der Fernseh-
dramatik im bulgarischen Plovdiv und das Festival der Popmusik in
Sopot. Als ihre derzeit wichtigsten Aufgaben versteht die OIRT die
Verbesserung und Erweiterung des Aktualitätenaustausches, die Zu-
nahme des Programmaustausches und der Coproduktionen auf allen
Gebieten, den Kampf gegen die wachsende Kommerzialisierung von
Sportübertragungen sowie die Nutzung und Koordinierung der neuen
Medientechniken wie Kabel- und Satellitenrundfunk. Der OIRT gehö-
ren Radio- und Fernsehorganisationen in Afghanistan, Ägypten,
Albanien, Bulgarien, China, der CSSR, der DDR, Finnland, Irak,
Jemen, Kambodscha, Kuba, Laos, Mali, der Mongolei, Nicaragua,
Nordkorea, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, dem Sudan, Ungarn und
Vietnam an; hinzu kommen die sechs sowjetischen Republiken. Die
japanischen Fernsehorganisationen TV Asahi und NHK besitzen den
Status assoziierter Mitglieder.

Die OIRT - Eine Kurzbibliographie

- Periodikum: Rundfunk und Fernsehen (Prag), erscheint im 36. Jg.
(1986), Herausgeber: Verwaltungsrat der OIRT, Erscheinungs-
weise: sechsmal jährlich in deutscher, russischer und engli-
scher Sprache.
- Heinz Adameck: Intervision - das Fernsehen von morgen, in: Neues
Deutschland 15.2.1960 (Nr. 46), S. 3
- Vierzig Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit. Interview mit dem Gene-
ralsekretär der OIRT, Dr. Gennadij Codr, in: Rundfunk und
Fernsehen 36. Jg. 1986, Nr. 4, S. 2-6
- Herbert Dohms: OIRT - zu hören und zu sehen, in: FF dabei 1985,
Nr. 31, S. 6-7
- Walter B. Emery: National and International Systems of Broad-
casting. Their History, Operation und Control, East Lansing
(Michigan State University Press) 1969, S. 520-523
- Kenneth Haarwood: The International Radio and Television Organi-
zation, in: Journal of Broadcasting 5. Jg. 1960/61, Nr. 1, S.
61-72
- Gerd Höhne/Harald Rose (Hrsg.): Handbuch der internationalen
Organisationen, Berlin (DDR) 1969, S. 739-42
- Jaromir Hrebik: 30 Jahre Internationale Rundfunk- und Fernsehorga-
nisation (OIRT), in: Rundfunk und Fernsehen 1976, Nr. 4, S.
3-5
- Burton Paulu: Radio and Television Broadcasting in Eastern Europe,
Minneapolis 1974, S. 58-66

- G. Probst: XIV. Tagung der Technischen Kommission der OIR, in: Technische Mitteilungen aus dem Betriebslaboratorium für Rundfunk und Fernsehen 2. Jg. 1958, Nr. 4, 65-67
- Peter Probst: Funk und Fernsehen im Dienst der Außenpolitik. Die Auslandsbeziehungen des sowjetzonalen Hör- und Fernsehfunks, in: SBZ-Archiv 17. Jg. 1966, Nr. 5, S. 70-74
- Heinz Püschel/Friedrich Karl Kaul/Camillo Harth: Rechtliche Grundlagen des zwischenstaatlichen Kulturaustauschs, in: Neue Justiz 29. Jg. 1975, Nr. 8, S. 232-234
- G. Ratkowski: Television in the Countries affiliated to the International Broadcasting and Television Organization, in: Gazette 7. Jg. 1961, Nr. 3/4, S. 345-354
- Schmoltz/Seidowsky: Zur Perspektive des Programmaustausches und der Intervision, in: Rundfunk und Fernsehen 1965, Nr. 6, S. 11-14
- ... sendet für Intervision. Gespräch mit Dieter Schmoltz, Programmdirektor des DDF und Mitglied des Staatlichen Komitees für Fernsehen, in: "FF dabei" 1970, Nr. 5, S. 42-43
- Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig (Hrsg.): Wörterbuch der sozialistischen Journalistik, Leipzig 1984, S. 107 f. (Stichwort "Intervision") und S. 149 (Stichwort "OIRT")
- Charles E. Sherman: Turmoil and Transition in International Broadcasting Organizations: 1938-1950, in: Journal of Broadcasting 15. Jg. 1970/71, Nr. 3, S. 265-273
- Wlodzimierz Sokorski: 20 Jahre OIRT, in: Rundfunk und Fernsehen 1966, Nr. 6, S. 3-4. Im selben Heft erschienen anlässlich des 20jährigen Bestehens der OIRT Beiträge von Reginald Grimmer (S. 5-6) und von Ferenc Kulcsár (S. 7)
- Léo Wallenborn: From IBU to EBU. The great European Broadcasting crisis, in: EBU-Review 29. Jg. 1978, Nr. 1, S. 25-34 und Nr. 2, S. 22-30
- Rolf Weißbach: 30 Jahre OIRT, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 10. Jg. 1976, Nr. 4, S. 5-11
- Waclaw Wygledowski: IVN - Täglicher Nachrichtenaustausch im Intervisionsnetz, in: Rundfunk und Fernsehen 1971, Nr. 1, S. 3-10
- : Aus dem Statut der OIRT, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 10. Jg. 1976, Nr. 4, S. 100-102

Rolf Geserick

Aktuelle Schlagsseite

Die 17. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte in Hannover (2.-4. Oktober 1986)

Während die Teilnehmer der diesjährigen Jahrestagung des „Studienkreises Rundfunk und Geschichte“ noch nachzudeckeln versuchten, wie die Mutation deutscher Medienpolitik hin zur Machtpolitik der Staatskanzleien und Parteien zustande gekommen war, schufen die Ministerpräsidenten der Länder mit ihrer unverhofft ausgehandelten Rahmenvereinbarung in Hamburg neue Tatsachen – und so war auf dieser Tagung manch eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung schon veraltet, als sie ausgesprochen wurde. Überhaupt blieb in den Vorträgen und Diskussionen der Jahrestagung des Studienkreises zum Thema „Rundfunkgeschichte als Landesgeschichte“ die aktuelle medienpolitische Lage in Nordwestdeutschland ständig präsent. Eingeladen hatte das Landesfunkhaus Niedersachsen des Norddeutschen Rundfunks. Funkhausdirektor Wolfram Köhler eröffnete mit seinem Vortrag zur „Rundfunkgeschichte als Landesgeschichte am Beispiel Niedersachsen“ die Abfolge der Referate. In großen Schritten skizzierte er grob die rundfunkpolitische Entwicklung im Norden Deutschlands, beginnend mit der Gründung der NORAG (Nordische Rundfunk AG, Hamburg) 1924 bis hin zur Verabschiedung des Landesrundfunkgesetzes in Niedersachsen 1984. Die Vorstellung des Landesprogrammes des „NDR-Radio Niedersachsen“ und seine Diskussion im Plenum ergab, daß die erst fünfzehnjährigen Landesprogramme des NDR der Herausforderung durch private Konkurrenz vorerst mit der Ausrichtung des Programmangebots auf die Hörergruppen mittleren und fortgeschrittenen Alters entgegnet werden. Mit der „3. Ausbaustufe“ der Landesprogramme ab 1.1.1987 fallen Sendungen für jugendliche Hörer wie etwa „pop-fit“ heraus, die Ausweitung des Programms auch auf den Sonntag und der frühere Beginn des Programms um 5.30 Uhr (statt bisher um 6.00 Uhr), schließlich der Wechsel der Musikfarbe zu eher „melodiöseren“ anstelle der bisher „rhythmischen“ Klänge – dies alles läßt eine Programmcharakteristik erkennen, wie sie auch der soeben gestarteten neuen Welle des Hessischen Rundfunks (hr 4) zugrunde liegt. Damit wurde auch klar, wo in Zukunft die Front im Ätherkrieg um die Publikumsgunst in Norddeutschland liegen wird: Offensichtlich ist es die Strategie des NDR, die Landesprogramme von vornherein auf die Hörschaft abzustimmen, die aus den sogenannten „middle of the road“-Konzeptionen der privaten Anbieter herausfallen. In die Schlacht geschickt wird das 2. Hörfunkprogramm des NDR. Eine weitergehende Regionalisierung der Landesprogramme – etwa nach dem Vorbild des HR oder des WDR – ist allerdings nicht beabsichtigt.

Birger Hendriks aus dem Justitiariat des NDR verdeutlichte die „Schwierigkeiten der neuen Mediengesetzgebung“ und kam in seiner Bestandsaufnahme zu einer ähnlichen Schlußfolgerung wie schon Funkhausdirektor Köhler: Der Rundfunk ist nun, nachdem private und damit kommerzielle Anbieter prinzipiell zugelassen werden können, in Gefahr, seine Programme nur noch „als Ware oder Dienstleistung“ zu behandeln – womit er sukzessive seine wichtigen kultur- und gesellschaftspolitischen Funktionen zu verlieren droht. Dieser absehbare Prozeß wird durch die zunehmende Internationalisierung des Kommunikationsmarktes noch beschleunigt werden, so daß nun schon der Zeitpunkt absehbar sei, zu dem „die Anforderungen der neuen Landesmediengesetze ... Makulatur sein werden“. Vor diesem, inzwischen breit aufgefächerten medienpolitischen Szenario fiel abschließend Helmut Haackel die sicherlich nicht leichte Aufgabe zu, als Direktor der neugegründeten Hamburgischen Anstalt für Neue Medien die Arbeitsweise dieser Institution den Tagungsteilnehmern transparent zu machen.

Die im engeren Sinne rundfunkhistorischen Themen, die üblicherweise auf den Jahrestagungen des Studienkreises dominieren, gerieten diesmal ins Hintertreffen, da sich nur zwei Referenten mit der Rundfunkgeschichte im traditionellen Sinne beschäftigten. Wilhelm Treue stellte in einem äußerst faktenreichen Vortrag die Situation der NORAG von der Zeit ihrer Gründung bis zur Weltwirtschaftskrise dar. Behutsam verfolgte Treue dabei den roten Faden der Programmpolitik, den die NORAG zwischen Kulturansprüchen und Programmauftrag, Finanzen und Personalpolitik in ihrer Zeit zu finden suchte. Rolf Geserick schließlich beleuchtete ähnlich detailliert die

Grundzüge der Geschichte der deutsch-deutschen Rundfunkbeziehungen. Insgesamt gesehen erwies sich die hannoveraner Tagung des Studienkreises trotz - oder gerade wegen - der aktuellen „Schlagseite“ als Erfolg. Die Rundfunkhistoriker sahen sich gezwungen, ihre Befunde auf ihre kommunikationspolitische Nützlichkeit hin zu überprüfen und die Praktiker konnten nicht umhinsich mit historischen Begründungszusammenhängen auseinanderzusetzen.

10.10.86--Norbert Weigend/FK

FERNSEH-INFORMATIONEN Nr. 19 / Oktober 1986

HISTORIKER NAHE AN DER AKTUALITÄT

Ganz im Zeichen des Rundfunks für überschaubare Bereiche, des Regional- und Landesfunks stand die 17. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte im Landesfunkhaus Hannover des NDR (12.-14.10.) Von den wirtschaftlichen und kulturellen Anfängen der NORAG, der Nordischen Rundfunk AG, über den deutsch-deutschen Rundfunk beiderseits der Zonengrenze bis zu aktuellen Fragen der Mediengesetzgebung und des Rundfunks in den drei norddeutschen Küstenländern reichte das Spektrum der behandelten Themen.

Der zum Jahresende scheidende Intendant des NDR-Landesfunkhauses am Maschsee, Wolfram K ö h l e r, ließ die knapp 100 Wissenschaftler und Journalisten tief in seine Erfahrungen blicken. "Zwischen Staatskanzleien und Intendanten-Etagen läuft mehr, als wir uns träumen lassen", sagte der Intendant. "Wie früher die Landesfürsten gehen heute die Ministerpräsidenten mit 'ihren' Sendern um." Die Rundfunkfreiheit sei gefährdeter denn je, klagte einer, der es wissen muss.

Volksbildung und Volkskunde - als Kunde vom Volk - im NORAG-Programm entsprangen nach den Worten des Göttinger Wirtschaftshistorikers Prof. Dr. Wilhelm T r e u e dem "Hausgeist" der NORAG. Nicht aus Dickköpfigkeit, sondern aus aufklärerischem Antrieb und um die kulturelle Eigenständigkeit im Programm zur Geltung kommen zu lassen, gab die NORAG dem Vortrag großes Gewicht. Joachim D r e n g b e r g (NDR Hamburg) gab einen Rückblick auf die Regionalisierung des NDR. Zur Regionalisierungs-Diskussion der 70er Jahre sagte Drengberg, die Regionalisierung sei weitgehend Konzept geblieben. Peter W i e n, Leiter des Programmbereichs Fernsehen in Hannover, und Gunter H a r t u n g fürs Fernsehen sowie Hartmut B r i n k m a n n für den Hörfunk erläuterten Strukturprobleme des Rundfunks in Niedersachsen. Brinkmann kündigte Veränderungen innerhalb der NDR-Hörfunkprogramme zum 1.1.1987 an. Die Musikfarben sollen das Landesprogramm "NDR Radio Niedersachsen" noch stärker vom NDR-Gemeinschaftsprogramm auf NDR 2 unterscheiden; Das in Hannoverscher Autonomie gestaltete Landesprogramm wende sich - als Vollprogramm - an die mittlere und ältere Generation. Deswegen solle noch mehr "das Melodische" vorherrschen. NDR 2 werde demgegenüber noch stärker als bisher "das Rhythmische" betonen. Damit überlässt man also die niedersächsische jüngere Hörerschaft der privaten Konkurrenz. In Hannover, wo der Sendebeginn des privaten Kommerzfunks kurz bevorsteht, gab sich die öffentlich-rechtliche Mannschaft dieser Konkurrenz gegenüber noch gelassen. Der Direktor des Kieler Landesfunkhauses, Hennig R ö h l, der bereits seit fünf Wochen mit dem kommerziellen "Radio Schleswig-Holstein" (RSH) leben muss, schien nicht mehr ganz so optimistisch.

Birger H e n d r i k s aus der juristischen Direktion des NDR beschäftigte sich mit den Schwierigkeiten der Mediengesetzgebung; er befürchtet, daß sich die Regelung der Medienordnung nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einpegeln werde, falls sie auf die EG-Ebene verschoben wird, wie dies die Bundesregierung anstrebe. Die bislang abgeschlossenen Teilstaatsverträge sängen "Minnelieder für ein einziges privates, bundesweites Fernsehprogramm". Helmut H e c k e l, Direktor der Hamburger Medienanstalt, zeigte die Wege des "pragmatischen, nicht ideologisch orientierten Eintiegs Hamburgs" in die Privatfunk-Epoche auf. In der 2. Oktoberwoche beginnen zwei Low-Power-Stationen (je 100 W) mit Sendungen für das gesamte Stadtgebiet. "Radio Hamburg" sei aus 24 Bewerbern ausgewählt worden, weil es seine "wirtschaftliche, organisatorische und programmliche Leistungsfähigkeit" glaubwürdiger machen konnte als alle anderen. Die Hamburger Programmstrategie gehe nicht etwa wie die Münchner auf ein Splitting zwischen mehreren kleinen Radios aus, sondern die Medienanstalt akzeptiere nur Anbietergemeinschaften für die gesamte Sendezeit auf einer Frequenz. Er berichtete, daß sich im Laufe der Zulassungsverhandlungen eine Art "Solidarität" zwischen der Aufsichtsbehörde und den neuen Programmanbietern eingestellt habe. So geriet eine wissenschaftliche Tagung fast zu einer Solidaritätskundgebung für die "Neuen". Hannover hat als Tagungsort für Rundfunkhistoriker eine besondere Farbe. Walter B r u c h entwickelte dort bei Telefunken das Farbfernsehen; er ließ die Tagungsteilnehmer an seinen farbigen Erinnerungen teilnehmen. Interessant war sein explizit geäußerter Anspruch, bereits 1946 die 625-Zeilen-Fernsehnorm erfunden zu haben, die als "Gerber-Norm" zum Europa-Standard erklärt wurde, wie auch die jetzige D2-MAC-Norm.

rst

SIEBZEHNTE JAHRESTAGUNG DES STUDIENKREISES
2. bis 4. Oktober 1986 in Hannover

Aus der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden

Zum zweiten Male tagt der Studienkreis Rundfunk und Geschichte in Hannover, nachdem im Jahre 1971 die zweite Jahrestagung mit ordentlicher Mitgliederversammlung nicht ganz ohne Probleme über die Bühne gegangen war, wie mir von dem Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. Wilhem Treue berichtet wird. Mit der vom Vorstand sehr bedauerten, jedoch unausweichlich gewordenen sehr kurzfristigen Terminverschiebung dieser Jahrestagung soll keineswegs eine Problem-Tradition für den Tagungsort Hannover gestiftet werden ...

Es entspricht inzwischen bereits einer Übung, daß bei der Eröffnung einer Jahrestagung der Vorsitzende die Begrüßung der Teilnehmer zum Anlaß nimmt, auf die publizistische Tradition des jeweiligen Tagungsortes hinzuweisen. Hier in Hannover ist vor allem an die guten Voraussetzungen für historische Studien zu erinnern, die die Technische Universität seit langem bietet - hier hatte unser Ehrenvorsitzender sein Ordinariat! Von der Technischen Universität höre ich, daß hier vor einigen Monaten ein neuer Studiengang Journalistik, ausgestattet mit zwei C4-Professuren, eingerichtet wurde. Hannover ist auch Sitz des Hauptstaatsarchivs Niedersachsens, und entsprechend der territorialgeschichtlichen Entwicklung dieses Bundeslandes gehören sechs weitere Staatsarchive zum Sprengel der niedersächsischen Archivverwaltung. Gleichsam vor den Toren von Hannover liegt die Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel - wegen ihrer wertvollen älteren Buch- und Zeitschriftenbestände einer der wichtigsten Plätze für gelehrte Studien über die Publizistik der frühen Neuzeit. An Wolfenbüttel erinnert auch die Nachricht über eine der ältesten in Deutschland überhaupt erschienenen Wochenzeitungen, den "Aviso" von 1609.

In Hannover selbst, der Hauptstadt des ehemaligen Kurfürstentums, war eine erste Zeitung relativ spät erschienen, nämlich im Jahre 1750 die "Hannoverschen Anzeigen von allerhand Sachen, deren Bekanntmachung dem gemeinen Wesen nötig und nützlich". Ihre Entstehung verdankte sie dem Wunsch der Eigentümer der Druckerei des Moringischen Waisenhauses, deren Kapazitäten besser zu nutzen: privatwirtschaftliche Initiative steht also am Anfang der Publizistik in Hannover. Die "Hannoverschen Anzeigen", seit 1789 "Neue Hannoversche Anzeigen", erschienen bei nur kurzer Unterbrechung in der Zeit der französischen Revolution bis zum Jahre 1857. Daneben gab es von 1815 bis 1831 die "Hannöverschen Nachrichten", die 1832 von der "Hannoverschen Zeitung" abgelöst wurden. Redakteur im Auftrag der Regierung war der Archivar und Bibliothekar Georg Heinrich Perthes, der 1837 nach dem Verfassungsbruch König Ernst Augusts zurücktrat, so daß die Zeitung rasch an Glaubwürdigkeit einbüßte. Gelesen wurden stattdessen in Hannover nicht nur während jener Krise überwiegend Hamburger Blätter.

Nur kurzfristig konnten die im Zuge der Märzrevolution von 1848 gegründeten, von der Pressefreiheit profitierenden Zeitungen erscheinen, die sich jeweils an eine bestimmte politische Klientel wandten. Erfolgreicher erwies sich die Übersiedlung der "Bremer Zeitung" nach Hannover im Jahre 1849, wo sie als "Zeitung für Norddeutschland", seit 1854 als "Hannoverscher Courier" erschien. Sie sollte für längere Zeit die einzige publizistische Stimme Hannovers bleiben, die überregional wahrgenommen wurde. Die Regierung des Königreichs ließ seit 1855 wieder eine "Hannoversche Zeitung" herausgeben, seit 1857 "Neue Hannoversche Zeitung, Nachrichten und Anzeigen" genannt, die aber in einem Ministerialreferat für Pressesachen redigiert wurde! Im Zuge der Annexion Hannovers durch Preußen übernahm Moritz Busch im Auftrag Bismarcks die Umstellung der "Neuen Hannoverschen Zeitung" auf die neuen politischen Verhältnisse. Als Blatt der welfischen Opposition wurde 1866 die "Deutsche Volkszeitung" begründet; sie erschien nach einem von 1870 bis 1873 dauernden Verbot bis zur Zwischenkriegszeit, seit 1921 unter dem Namen "Hannoversche Landeszeitung - Deutsche Volkszeitung". Relativ spät begann die sozialdemokratische Presse in Hannover mit der Zeitung "Volkswille" (seit 1890).

Der für die Geschichte des Zeitungswesens in Hannover bis heute klingende Familienname Madsack begegnet zum ersten Male im Jahre 1893. Damals gründete der Verleger August Madsack den "Hannoverschen Anzeiger", dessen Tagesauflage bis zum 1. Weltkrieg die 100.000 überschritten hatte.

Gewiß wäre es reizvoll, die weitere Entwicklung der Tageszeitungen in Hannover während der Jahre der Weimarer Republik und der NS-Herrschaft zu betrachten. Im Blick auf das Leitthema dieser Jahrestagung wäre vor allem die Einbeziehung der Geschichte des Pressewesens in den historischen Landschaften Niedersachsens, in Braunschweig, Hildesheim, Oldenburg und Osnabrück lohnend. Zu betonen ist: auch die Entwicklung der Publizistik, des Pressewesens wie des Rundfunks und des Films ist ein Aufgabenfeld einer ihrer zeitgeschichtlichen Relevanz bewußten Landesgeschichte! Aus Zeitgründen will ich mich darauf beschränken, daran zu erinnern, daß hier in Hannover im sog. Sterling-Haus, dem heutigen Wehrbereichskommando in der Hans-Böckler-Allee, im Jahre 1945 die Presseoffiziere der britischen Militärregierung saßen, die für die Vergabe der Lizenzen verantwortlich waren. Hier erhielt unter anderem Rudolf Augstein die Genehmigung für die Herausgabe seines so bedeutung gewordenen Nachrichtenmagazins. Im Juli 1946 hatte die "Hannoversche Presse" zu erscheinen begonnen. Andere lizenzierte Nachkriegsgründungen waren kurzlebiger, so der "Niedersächsische Kurier" und die "Abendpost". Zwei andere Zeitungen, die "Hannoverschen Neuesten Nachrichten" und die "Deutsche Volkszeitung" in Celle gingen in der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" auf, diese seit vielen Jahren von der Verlegerin Luise Madsack herausgegeben. Ihr sind, wenn ich es richtig gelesen habe, inzwischen zwölf weitere Tageszeitung in der Provinz angeschlossen.

Im Jahre 1955 wurde in Hannover der "Verein niederdeutscher Zeitungsverleger" gegründet, der seit 1972 die Bezeichnung "Verband nordwestdeutscher Zeitungsverleger" trägt. Ihm gehören in den achtziger Jahren 72 Zeitungsverleger an, doch arbeiten im Gebiet des Landes Niedersachsen nur noch 15 Vollredaktionen, immerhin mit einer Auflage von 1,8 Millionen Exemplaren täglich. An dem in der Nachkriegszeit überaus großen und vielfältigen Bestand an Heimatzeitungen in der Region haben Fusionen, Kooperationsverträge, redaktionelle Zusammenschlüsse und schließlich die Geschäftsaufgabe älterer Verleger erheblich gezehrt!

Die rundfunkgeschichtliche und - wie ich hoffe - rundfunkpolitische Bedeutung Hannovers wird der Direktor des Landesfunkhauses Niedersachsen, unser Kollege Wolfram Köhler, in seinem Eröffnungsvortrag darstellen. Ohne Zweifel wird auch Kollege Joachim Drengberg auf die Wechselwirkungen zwischen Rundfunkveranstaltern und landespolitischer Willensbildung in Norddeutschland eingehen. Wie aktuell die medienpolitische Situation am diesjährigen Tagungsort tatsächlich ist, brauche ich nicht besonders zu betonen. Auf Empfehlung der Landesregierung hat der Landesrundfunkausschuß am 1. Juli 1985 der Funk- und Fernseh-Nordwestdeutschland GmbH. und Co. KG. (= FFN) die Konzession zur Veranstaltung eines landesweiten Hörfunkprogramms erteilt, ein entsprechendes Programm der "FFN", die von den Mitgliedern des Verbands der Nordwestdeutschen Zeitungsverlage gemeinsam mit einer Mediengesellschaft Niedersachsen getragen wird, soll vom 1. Januar 1987 an ausgestrahlt werden. Sicher gibt das im Rahmen dieser Tagung vorgesehene Podium Gelegenheit, einige der zu erwartenden Konsequenzen zu benennen.

Mit meinen Kollegen im Vorstand des Studienkreises wurde auch ich in jüngster Zeit darauf angesprochen, daß der Studienkreis sich verstärkt um die Geschichte der privaten Veranstalter bemühen möge. Dazu will ich unterstreichen, daß der Studienkreis keine selektiven Interessen kennt. Freilich bedarf es eines Minimums an Resonanz auch bei den neu begründeten Gesellschaften für rundfunkgeschichtliche Fragestellungen. Ich hoffe auf die entsprechenden Kontakte!

Friedrich P. Kahlenberg

Wolfram Köhler

RUNDFUNKGESCHICHTE ALS LANDESGESCHICHTE AM BEISPIEL NIEDERSACHSEN
(17. Jahrestagung des Studienkreises, Hannover, 3.10.1986)

Rundfunk ist in der Bundesrepublik Ländersache, mit zwei Ausnahmen, den Bundesanstalten Deutsche Welle (DW) und Deutschlandfunk (DLF). Die föderale Struktur Westdeutschlands findet ihr Spiegelbild in der föderalen Struktur unseres Rundfunkwesens, und zwar, weil das Verbreiten von Radioprogrammen noch immer als eine kulturelle Aktivität verstanden wird - und Kultur und Wissenschaft und Bildung unterliegen bei uns bekanntlich der Hoheit der Länder. Soweit das Verfassungsrecht. Aber wie sieht es mit der Verfassungswirklichkeit aus? Werden etwa Staatsverträge mit Rundfunkanstalten von den Kultusministerien ausgehandelt? Nein, sondern von den Staatskanzleien. Wenn Satellitenkanäle verteilt und um Werbezeiten gestritten wird - besorgen das die Kultusminister? Nein, die Ministerpräsidenten. Bei der ganzen Medien-Betriebsamkeit der letzten Jahre tauchten die Kultusminister gar nicht auf - wo es doch aber angeblich um Kultur geht. Wer betrieb in den Jahren 1950 bis 1955 die Ablösung des WDR vom NWDR? Ministerpräsident Karl Arnold und sein Chef der Staatskanzlei, Dr. Karl Mohr; der amtierende Kultusminister dieser Jahre ist in die Rundfunkgeschichte nicht eingegangen. Und in der Riege der Intendanten - jetzt und in jüngster Vergangenheit - entdeckt man etliche ehemalige Chefs von Staatskanzleien oder sonstige hohe Beamte. Ehemalige Kultusminister oder Persönlichkeiten aus dem Kulturleben hingegen findet man seltener, und Namen wie Adolf Grimme, Friedrich Bischoff, Ernst Schnabel, auch Karl Holzamer klingen wie Erinnerungen aus der guten alten Zeit.

Ich behaupte: Rundfunk in Deutschland ist vor allem eine politische Angelegenheit - eine Feststellung, die man für die Zeit der Weimarer Republik und für die Hitler-Zeit mit ihren staatlichen Eingriffen in das Rundfunkwesen sofort akzeptieren wird. Aber auch in der Bundesrepublik ist Rundfunk - Kultur hin, Bildung her - in wachsendem Maße "Chefsache", d.h. Gegenstand der Politik und politischen Machtstrebens. Zunächst in der Landespolitik, aber natürlich auch - wenn es sich so ergibt - in der Bundespolitik; siehe Adenauers Bemühungen in den fünfziger Jahren, siehe Intendanten-Besetzungen bei den Bundesrundfunkanstalten, aber selbstverständlich auch bei den Landesanstalten. Rundfunk ist politisch viel zu wichtig, als daß Politiker ihn bei ihren Machtkalkulationen außen vor könnten. Dabei denke ich noch nicht einmal in erster Linie an den vielzitierten Parteienproporz. Den gibt es natürlich, aber er ist doch nur eine Unterabteilung, ein Handwerkszeug, eine Strickleiter zum Erreichen politischer Ziele. Zwischen Staatskanzleien und Intendantenetagen läuft nach meinem Eindruck mehr, als sich unsere Schulweisheit träumen läßt. Hier gibt es noch viel zu erforschen und zu beschreiben. Eine verstärkte Zuwendung zu den Archiven des Staates, der Staatskanzleien und der Parteizentralen könnte für die Rundfunkgeschichte manche neuen Aufschlüsse geben, Aufschlüsse, die nicht unbedingt etwas mit Kultur und Bildung zu tun haben.

Kommen wir auf Niedersachsen, dieses große Land in Nordwestdeutschland, in dem die Entwicklung des Rundfunks einen speziellen Verlauf genommen hat. Kennzeichnend und prägend für die Rundfunklandschaft im Norden und Nordwesten Deutschlands waren und sind nicht einzelne, autonome Länderanstalten, sondern die Tatsache, daß drei Länder und mehrere große Regionen seit über sechzig Jahren einen einzigen Sender betrieben und betreiben, der jetzt Norddeutscher Rundfunk heißt. Es gibt sonst kein Sendegebiet von dieser Größe. Diese Sonderentwicklung hat viele Ursachen.

In den Gründerjahren des Rundfunks nahm in Hamburg die Nordische Rundfunk AG (NORAG) ihren Betrieb auf. Das vollzog sich nach der Methode, mit der Post und private Interessen damals im ganzen Reich nach postalischen Kriterien Sendeanstalten errichteten. In der Literatur ist das vielfach beschrieben worden, zuletzt sehr überzeugend von Winfried B. Lerg und Klaus Pabst in Band 6 der "Annalen des Westdeutschen Rundfunks" (1984, S. 13-50 und 51-86). In Hannover wurde im Dezember 1924 zur sendetechnischen Verstärkung der NORAG ein Nebensender mit einer eigenen Sprechstelle errichtet. Vier Wochen davor, im November 1924, was dasselbe in Bremen installiert worden. Später kamen Kiel und Flensburg hinzu. Hannover, Bremen, Kiel und Flensburg als Nebensender des Hauptsenders NORAG in Hamburg, eine Entwicklung, die von der Ausbreitung und Organisation des Rundfunks im übrigen Reich nicht abwich.

Hier in Hannover ist in der Lokalpresse und in einigen Aufsätzen die Meinung zu finden, Hannover habe damals 1924 eine Chance verpaßt. Wenn die Stadtväter die Gunst der Stunde erkannt und erfaßt hätten, dann wäre nicht Hamburg, sondern Hannover Sitz der NORAG geworden, und da sähe die Rundfunk-Welt in Norddeutschland heute ganz anders, für Hannover natürlich viel schöner, aus. Aber diese These ist falsch. Es gab damals gar nichts zu verpassen, denn die preußische Provinzhauptstadt Hannover war Anfang der zwanziger Jahre in den Plänen der allein bestimmenden Reichspost in Berlin als Sitz einer Sendeanstalt nicht vorgesehen, sondern Hamburg. Ich erwähne das alles auch nur, weil diese Legende von der verpaßten Gelegenheit heute noch in Hannover kolportiert wird und auch in das Buch von Wolfgang Schütte, "Regionalität und Föderalismus im Rundfunk" (1971), eingegangen ist.

Aber schon bald nach der Gründung von Nebensender und Sprechstelle bemühten sich die Hannoverschen Mitarbeiter, möglichst viel Regionales und Niederdeutsches ins Programm der Hamburger NORAG einzubringen. Sie wurden dabei unterstützt und ermuntert von Interessenten und Verbänden der Stadt und der Region. Es gelang auch, mit einigen Reportagen (etwa einer live-Übertragung einer Walpurgis-Nacht-Feier vom Brocken im Harz) und Veranstaltungen ins Programm zu kommen. Aber einen festen Programmanteil hatte und bekam Hannover in den zwanziger und dreißiger Jahren nicht. Dementsprechend unzufrieden war man, und die Klagen aus Hannover in Richtung Hamburg wegen Vernachlässigung der regionalen Belange rissen nicht ab. Immer wieder protestierten die Stadt, Heimatbünde und sonstige Verbände und natürlich die in Hannover tätigen Programmleute gegen den Hamburger Zentralismus, ein Seufzer, der auch heute noch oft

in diesem Hause zu hören ist, obwohl die Dinge sich sehr geändert haben. Der Krieg beraubte, wie Sie wissen, die einzelnen Reichssender schließlich noch mehr ihrer ohnehin eingeschränkten Eigenständigkeit. An regionale Sonderrechte für Hannover war da schon gar nicht mehr zu denken.

Am 3. Mai 1945 hatte der Reichssender Hamburg abends gegen halb neun sein Programm jäh abgebrochen, und am Morgen des 4. Mai übernahmen britische Offiziere die Befehlsgewalt in der Hamburger Rothenbaumchaussee. Am 22. September 1945 wurde "Radio Hamburg" in "Nordwestdeutscher Rundfunk" umbenannt. Der NWDR war die Rundfunkanstalt für die gesamte britische Besatzungszone von Flensburg bis südlich von Bad Godesberg. Der in den letzten Kriegstagen gesprengte Sender in Hannover wurde alsbald wieder provisorisch in Betrieb genommen und diente wieder der Verstärkung der Hamburger Programme. Und im Hannoverschen Anzeigerhochhaus etablierte sich ein erstes NWDR-Redaktionsbüro. Später dienten Räume in der Pädagogischen Hochschule dem Nebensender als Redaktion und Sendestudios, alles sehr provisorisch wie damals überall im zerstörten Deutschland.

Vom Zonensender NWDR sonderte sich später als "Sender Freies Berlin" der britische Sektor Berlins ab. Und in einem langen Prozeß von 1949 bis 1955 machte sich Nordrhein-Westfalen mit dem alten Sender Köln rundfunkpolitisch selbständig; es entstand der WDR. Die drei Länder, die übrig blieben, also Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen, taten sich durch Staatsvertrag 1955 zum Norddeutschen Rundfunk zusammen. Das alles ist bekannt und ausführlich beschrieben worden. Für Norddeutschland bleibt festzuhalten: hier etablierte sich wieder die alte Vorkriegsordnung (nur Bremen nahm eine Sonderentwicklung). In Hannover wurde 1945/46 mit der Gründung des Landes Niedersachsen **n i c h t** die Forderung erhoben, eine eigene Landesrundfunkanstalt zu errichten. Kein Mensch dachte hier daran. Man ordnete sich widerspruchslos, wiederum nur als Nebensender, dem WDR unter, obwohl man in den vorangegangenen Jahren und Jahrzehnten damit schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Die neue föderale Struktur in Gesellschaft der neuen Länder Schleswig-Holstein, Freie und Hansestadt Hamburg und Niedersachsen schlug im Norden **n i c h t** auf die Rundfunkstruktur durch. Für mich und mein Geschichtsverständnis ist dieses Verhalten ein weiterer Beleg dafür, daß 1945/46 die Kräfte der Beharrung und der Kontinuität erheblich wirksamer waren als der Wille zum Wahrnehmen von Chancen in der sogenannten Stunde Null.

Hannover hatte, anders als München, Stuttgart, Köln usw., nie eine Sendeanstalt besessen, war in dieser Hinsicht also ohne Tradition und ohne eine entsprechende geschichtliche Erinnerung, die 1945/46 hätte in die Zukunft wirken können. Das traditionelle Denken ging hier vielmehr in eine andere Richtung, nämlich: der nordwestdeutsche Raum gehört zusammen, bildet eine Einheit, muß zusammen bleiben, darf um Gottes Willen nicht zerstört werden. Und das hieß: der Großraum des Senders Hamburg blieb und wurde erneut akzep-

tiert, auch wenn sofort wieder der alte Ärger mit dieser Hamburger "Zentralisation" begann. Historische Kontinuität also auch im Ärgern.

Einige Jahre später ergab sich für das nun schon einigermaßen etablierte Land Niedersachsen rundfunkpolitisch noch einmal eine Art "Stunde Null" und ein möglicher Anlaß, eine landeseigene Sendeanstalt zu errichten. Ich meine die Jahre 1954/55, als das Ausscheiden des WDR Köln aus dem Gesamtverband Nordwestdeutscher Rundfunk Hamburg endgültig beschlossen und verkündet wurde. Stimulierend für Hannover hätte auch Bremen wirken können, wie Hannover, Kiel und Flensburg einst Nebensender der NORAG und des Reichssenders Hamburg. Nach dem Kriege war der wichtige Überseehafen Bremen mit Stadt und Umland amerikanisches Besatzungsgebiet geworden, und die Amerikaner hatten den einstigen Nebensender mit einer eigenen Mittelwelle ausgestattet. In zähen Auseinandersetzungen mit dem NWDR Hamburg, der den Sender Bremen natürlich wieder unter seine Botmäßigkeit bringen wollte, entstand eine eigene Sendeanstalt. Die Betreiber dieser rundfunkpolitischen Los-von-Hamburg-Bewegung saßen natürlich nicht nur im Bremer Funkhaus, sondern vor allem im Bremer Rathaus. Der neue Stadtstaat wollte zur Bestätigung der eigenen Souveränität den eigenen Sender, obwohl dessen Hörer zu 80 Prozent in Niedersachsen lebten. Auch hier wieder: Rundfunk als Chefsache.

Zurück nach Niedersachsen. 1954, als Bremen de facto selbständig und der neue WDR in Köln längst nicht mehr aufzuhalten war, tauchte in Hannover ein überraschender Gedanke auf: eine eigene Rundfunkanstalt Niedersachsen-Bremen. Am 1. September 1954 beantragte die CDU-Opposition im Landtag zu Hannover formell, im Einvernehmen mit dem Lande Bremen alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß eine "Sendergruppe 'Niedersachsen-Bremen' als selbständiges Unternehmen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet werden kann". Als Morgengabe hätte Bremen in diese Ehe seine Mittelwelle eingebracht, für damalige Zeiten ein höchst wertvolles Geschenk. Dafür hätte Niedersachsen die ewigen Geldnöte Bremens beseitigen dürfen. Auch die Geographie sprach für diesen Plan. Übriggeblieben wäre die Gruppierung Hamburg/Schleswig-Holstein. Die nördliche Erbmasse des alten NWDR wäre halbiert, aber Bremen hinzugewonnen worden. Die Hintergründe dieser CDU-Aktion für eine Kombination Niedersachsen-Bremen sind bis jetzt kaum untersucht.

In der Landtagsdebatte am 7. Oktober 1954 aber erteilte der niedersächsische Kultusminister Richard Voigt (SPD) diesen Überlegungen eine Absage. Er sprach sich klar für die Erhaltung des Rest-NWDR als Dreiländeranstalt aus. Dabei hatte zu diesem Zeitpunkt die SPD - aber wohl auch die anderen Parteien - noch die Hoffnung, daß sich Radio Bremen in irgendeiner Weise doch noch an die neu zu gründende Dreiländeranstalt NDR von 1955 anschließen werde. Der Staatsvertrag für den NDR von 1955 ließ diese Möglichkeit auch ausdrücklich offen. Der Gedanke einer "Sendergruppe Niedersachsen-Bremen" aber verschwand und ist nie wieder aufgetaucht.

Im März 1955, also ein halbes Jahr nach der Bremen-Debatte, debattierte der niedersächsische Landtag den neuen NDR-Staatsvertrag und die Liquidation des NWDR. Dabei wurde noch deutlicher als bei der Bremen-Debatte: keine weitere Zersplitterung! Der Nordwestdeutsche Raum-Gedanke wirkte mächtig und entscheidend. Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) sagte am 30. März 1955 im Plenum, ihm wäre es lieber gewesen, wenn der NWDR erhalten geblieben wäre; daß es anders gekommen sei, liege an Nordrhein-Westfalen. Dann fuhr Kopf fort: "Was hatten wir als Niedersachsen nun, nachdem die Dinge so standen, noch für ein Interesse? Wir hatten ein Interesse daran, wenigstens die drei Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zusammenzuhalten und für den Gesamtraum das noch zu retten, was man noch retten konnte. Das sollen die Rundfunkverträge recht und schlecht erreichen. Mir paßt auch manches an den Verträgen nicht... Wir haben es schlucken müssen, weil wir sonst überhaupt nicht zu einer Einigung gekommen wären."

Weder die CCU, damals in Opposition, noch eine andere Partei schlug während dieser Debatte im März 1955 auch nur andeutungsweise eine eigene Landesrundfunkanstalt für Niedersachsen vor. Auch in der Öffentlichkeit gab es darüber keine ernsthafte Diskussion, bei aller Kritik am Hamburger NWDR-Zentralismus, an dessen vermeintlichen politischen Einseitigkeiten. Eine eigene Landesrundfunkanstalt für Niedersachsen war 1955 in Hannover kein Thema. Die berühmte, viel zitierte Kulturhoheit der Länder schlug im Falle Niedersachsen nicht an. Niedersachsen machte 1954/55 keinen Gebrauch davon - für den Historiker ein interessantes Phänomen.

Warum ist Niedersachsen dem Beispiel Nordrhein-Westfalens und Bremens nicht gefolgt? Warum wurde das eigene kulturelle Erbe des Landes rundfunkpolitisch nicht eingeklagt? Da wurde zunächst immer wieder (auch im Landtag) gesagt, kleinere Anstalten seien nicht lebensfähig, könnten nicht die notwendigen Aufwendungen für ein gutes Programm aufbringen. Aber dieses Vernunft-Argument erklärt fast nichts. In Bremen beispielsweise hatte man sich davon nicht im mindesten beeindrucken lassen.

Um den wirklichen Motiven näher zu kommen, ist auf anderes hinzuweisen. Etwa darauf, daß der Gedanke der Einheit damals, Anfang bis Mitte der fünfziger Jahre, in der deutschen Politik einen hohen Wert und Rechtfertigungsanspruch besaß. Alles was der Einheit (gemeint war vor allem die politische Einheit Deutschlands) dienete, war gut; alles was nach "Spaltung" und "Zersplitterung" aussah, war schlecht. Es war die Restaurations-Phase der jungen Bundesrepublik. Man wollte zusammenfügen, nicht teilen. Diese politische Ethik klingt auch in den NWDR-Debatten von Hannover durch. Die regierenden Sozialdemokraten, traditionell zentralen Organisationsmodellen mehr zugeneigt als föderalen, empfanden eine Anstalt aus drei Ländern und Sender expressis verbis auf, dem nordwestdeutschen Gemeinschaftsmodell nachzustreben. Der Gedanke einer möglichen Länderreform (und damit verbunden einer Senderreform) war damals durchaus noch in der politischen Diskussion.

Eine eigene Landesrundfunkanstalt bedeutet ohne Zweifel eine Aufwertung der Staatlichkeit eines Landes, was man in den süddeutschen Ländern, in Düsseldorf und in Bremen längst realisiert hatte. Besaß aber auch Niedersachsen 1953/54 schon ein entsprechendes Staatlichkeitsgefühl? War der Sozialdemokrat Kopf bereit, Niedersachsen mehr Staatlichkeit zu geben, aus dem "Land" einen "Staat" zu machen? Diese Fragen muß man stellen mit dem Hinweis darauf, daß beim Aufbau der Länder und der Bundesrepublik die "zentralistischen" Sozialdemokraten in dieser Frage allgemein und überall verhaltener operierten als die christlichen Demokraten, die einen föderalistischen Staatsaufbau von Anfang an viel stärker bejahten, die damals, 1954/55, freilich auch keine eigene Landesrundfunkanstalt für Hannover forderten.

Entscheidend aber scheint mir dies zu sein: aufgrund geschichtlicher Erfahrungen ist dem Norddeutschen das Denken in großen Räumen eher gegeben als dem Süd- und Westdeutschen. Nordwestdeutschland hat sich immer als eine geschlossene Kulturlandschaft verstanden, und gerade der NWDR war und erschien als ein exemplarischer Ausdruck dafür. Ihn zu zerschlagen hieß im allgemeinen Verständnis, einen gemeinsamen Kulturraum zerschlagen. Dieses Traditionsgefühl war in Niedersachsen stärker als das Bewußtsein von der neuen Eigenstaatlichkeit, wie sie 1945/46 entstanden war.

Den politischen Willen, etwas zu verändern, brachte erst 25 Jahre später Ernst Albrecht auf, der 1976 überraschend Ministerpräsident von Niedersachsen wurde. Inzwischen hatten die Länder mehr Eigenständigkeit entwickelt. Dazu kam, daß der Wert der Region in den siebziger Jahren wiederentdeckt worden war und stark betont wurde, was zweifellos als eine Begleiterscheinung der aufgekommenen Alternativbewegung zu sehen ist. Albrechts politischer Wille wurde gewissermaßen transportiert von der Regionalisierungs-Diskussion, die allenthalben in den siebziger Jahren geführt wurde. Weg von den "großen" Programmen, die den Bürger in der Region angeblich übersahen und hin zur Überschaubarkeit des engeren Raumes, das schien damals die Zauberformel für ein erfolgreiches Programm zu sein. Ende der siebziger Jahre war auch sonst Bewegung in die deutsche Medienlandschaft gekommen. Technische Entwicklungen (Satellit und Kabel) verhießen neue Möglichkeiten für die Verbreitung und Trägerschaft von Rundfunk. Und schließlich begriff der neue Ministerpräsident Albrecht wie kaum einer seiner Vorgänger, daß Rundfunkpolitik Staats- und Machtpolitik ist. Er nahm sich energisch wie keiner seiner Vorgänger dieser Dinge an, und Medienpolitik ist seit zehn Jahren für die niedersächsische Landesregierung ein wichtiges Thema.

Parallel dazu geriet Ende der siebziger Jahre der NDR in eine Krise. Durch die Wahl Albrechts 1976 hatten sich die politischen Gewichte im Dreiländergebiet des NDR zugunsten der CDU verschoben, freilich nicht in der Anstalt selbst. Das erzeugte neben den hausinternen Problemen zusätzliche Spannungen. Die Vorwürfe gegen den NDR, die sich 1978/79 verschärften, waren dreifach: 1. politische Einseitigkeit unter dem Stichwort "Rotfunk", ein Argument, das 25 Jahre vorher der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Arnold

ebenfalls schon fleißig gegen den NWDR bemüht hatte; 2. Mißwirtschaft und Verschwendung; in der Tat war der NDR damals in finanziellen Schwierigkeiten; und 3. Vernachlässigung der Region, ein Vorwurf, der in Hannover und Niedersachsen seit beinahe sechzig Jahren erhoben wurde, aber gerade jetzt allenthalben höchst aktuell war und dem daher auch viele Niedersachsen beipflichteten, die nicht Parteigänger der Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg (Schleswig-Holstein) und Albrecht waren. Stoltenberg kündigte 1978 den NDR-Staatsvertrag von 1955 mit dem Ziel einer Reform in Richtung auf mehr Programmeinfluß für die Länder. Albrecht schloß sich der Kündigung an mit der Stoßrichtung Auflösung der Dreiländeranstalt und eigene Landesrundfunkanstalt für Hannover. Der NDR geriet in schwere Turbulenzen.

Neu an diesem politischen Kampf der Staatskanzleien - von den Kultusministerien wiederum keine Spur - war die intensive Beteiligung von oberen und obersten Gerichten, was wohl mit der Dreiländer-Situation des NDR zusammenhängt. Interessant aber auch, daß der Wille zur Erhaltung der Einheit des Senders nicht nur bei den Mitarbeitern des NDR, sondern auch bei der Bevölkerung groß war. Die Entscheidung aber fiel schließlich nicht plebizitär oder durch Landtage, sondern durch das Bundesverwaltungsgericht im Mai 1980. Der Spruch des obersten Verwaltungsgerichts führte dazu, daß die Länderchefs Stoltenberg, Albrecht und Klose (Hamburg) einen erneuten, ernsthaften und diesmal erfolgreichen Einigungsversuch unternahmen und einen neuen Staatsvertrag unterschrieben.

Dieser trat am 1. Januar 1981 in Kraft. Sein wesentlicher Inhalt: der NDR bleibt als zentrale Dreiländeranstalt mit Sitz in Hamburg erhalten, aber sein Erstes Programm wird föderalisiert, d.h. es werden für die drei Vertragsländer Landesprogramme in Hörfunk und Fernsehen eingeführt, für die inhaltlich nicht mehr der Intendant, sondern der jeweilige Funkhausdirektor verantwortlich ist; der Intendant hat allerdings darüber zu wachen, daß die Programmgrundsätze, die für den gesamten NDR gelten, auch in den Landesprogrammen nicht verletzt werden. Dieser neue Staatsvertrag, der eine zehnjährige Laufzeit hat und in drei Jahren erneut kündbar ist, hat Niedersachsen zwar keine Landesrundfunkanstalt mit drei oder vier Hörfunkprogrammen und einem festen Anteil am ARD-Fernseh-Gemeinschaftsprogramm beschert. Aber mit seinen Landesprogrammen hat Niedersachsen - vor allem im Hörfunk - jetzt doch eine viel größere Möglichkeit der Selbstdarstellung als früher, ein viel breiteres Forum zur Diskussion seiner eigenen politischen, kulturellen und sonstigen Probleme. Und wenn man annehmen darf, daß Landessender für die Interpretation, für das Wir-Gefühl eines Landes, namentlich eines großen, relativ jungen Flächenlandes eine positive Rolle spielen, dann war die Einrichtung eines Landesprogrammes für die politische Entwicklung Niedersachsens ein wichtiger Schritt, ein landesgeschichtliches Ereignis ersten Ranges.

Auch nach 1980/81 hat Rundfunkpolitik in diesem Lande einen hohen Rang behalten. Als eins der ersten Länder hat der niedersächsische Landtag im Mai 1984 ein Landesrundfunkgesetz verabschiedet. Und vom 1. Januar 1987 an wird in Niedersachsen Hörfunk privater Pro-

grammveranstalter landesweit verbreitet werden, neben Hamburg und nach Schleswig-Holstein, wo schon am 1. Juli 1986 das private "Radio Schleswig-Holstein" seinen Betrieb landesweit aufnahm. Die drei Vertragsländer des NDR marschieren also an der Spitze einer Bewegung, mit der ein neues Kapitel der Rundfunkgeschichte begonnen hat.

Das legt ein paar Bemerkungen über den gegenwärtigen Stand des Verhältnisses von Politik und Rundfunk nahe. Die sogenannte Medienpolitik beherrscht die deutsche Innenpolitik in einem Ausmaß wie zu keinem Zeitpunkt zuvor. Die Rundfunkanstalten sind in einem geradezu beängstigenden Ausmaß Gegenstand der Politik geworden. Die Staatskanzleien operieren heute mit Sendeanstalten und Rundfunkeinrichtungen wie früher Landesfürsten mit Silberminen oder Zöllen. Ministerpräsidenten aller Couleur machen mit "ihren" Sendern Politik nach eigenen politisch-ideologischen Vorstellungen. Die Autonomie der Rundfunkanstalten ist gefährdeter denn je. Dafür einige Beispiele. Als die Rundfunkanstalten Anfang des Jahres ihr zusätzliches Fernseh-Kulturprogramm "Eins plus" auszustrahlen begannen, gerieten sie unter stärksten Druck der CDU-regierten Länder, äußerlich erkennbar durch anhaltende scharfe und polemische Erklärungen der zugehörigen Politiker. Der niedersächsische CDU-Politiker Werner Remmers sagte, das Vorhaben von "Eins plus" sei "ohne Recht und Gesetz". Heißt das, daß Rundfunkprogramme nur durch Landtagsgesetze oder staatliche Verordnungen entstehen dürfen? Ist es nicht vielmehr das Recht von Sendern, in eigener Autonomie Programme zu machen, ohne vorher Staat oder Parteien zu fragen? Bisher war es jedenfalls so.

Dieses Ur-Recht wird bestritten, auch von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, der sogenannten KEF, in der die Staatskanzleien vertreten sind. Im fünften, d.h. letzten KEF-Bericht vom Dezember 1985 heißt es zur Finanzplanung wörtlich: "Die Rundfunkanstalten haben bei ihren Planungen überdies zu berücksichtigen, daß ihre Vorstellungen und Wünsche über die Erweiterung und Verbesserung des Programms auch dann nicht zu der Anerkennung eines erhöhten Finanzbedarfs (durch die KEF, d.h. die Länder) führen müssen, wenn sie sich innerhalb der ihnen übertragenen gesetzlichen Aufgaben bewegen. Ob und inwieweit die Erweiterung und Verbesserung des Programms über den von der Kommission empfohlenen Finanzrahmen hinaus wünschenswert ist, hängt von einer medienpolitischen Entscheidung ab, die den Ministerpräsidenten gegebenenfalls unter Mitwirkung der Landesparlamente vorbehalten ist."

Besonders den letzten Satz muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Er besagt, schlichter ausgedrückt: Programmerweiterungen und -verbesserungen, die mehr kosten als die KEF festgesetzt hat, bedürfen der Genehmigung durch die Ministerpräsidenten, oder noch kürzer: übers Programm bestimmt im Zweifelsfall der Staat. Mußten in der Vergangenheit die Anstalten die Ministerpräsidenten um Erlaubnis fragen, als sie UKW oder Stereo oder das Fernsehen einführten? Was ja wohl Programmverbesserungen waren! Nein, das taten

sie frei, und aus eigener, autonomer Entscheidung, so wie sie sich vor 30 Jahren zur ARD zusammenschlossen, ganz ohne zu fragen und ohne gefragt zu werden.

Oder: Im Staatsvertrag zwischen Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über die Kanal-Vergabe beim Satelliten TV-SAT, dem sogenannten "Südschienen-Vertrag", steht mit Gesetzeskraft, was die Sender auf und mit diesem Kanal zu tun haben: sie haben auf dem Hörfunkkanal ein digitales Kulturprogramm auszustrahlen - per Beschluß von Landtagen, nicht auf Beschluß von Redaktionen, Intendanten oder Gremien der öffentlich-rechtlichen, d.h. staatsfreien, autonomen Anstalten. Daß dabei niemand fragt, wie dieses digitale Kulturprogramm von der Anstalt finanziert werden soll, kommt noch dazu.

Die Reihe der staatlichen Eingriffsversuche ließe sich fortsetzen. Wie kommt das alles? Was ist los im Verhältnis Rundfunk - Staat? Daß diese Attacken auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor dem Hintergrund einer Förderung der privaten Anbieter zu sehen ist, liegt auf der Hand. Aber ganz abgesehen davon erleben wir derzeit eine Umwälzung, die unser bisheriges, seit 40 Jahren funktionierendes System in Frage stellen und schließlich auflösen wird.

Zwei Komponenten wirken massiv auf die bestehende Ordnung ein: **E r s t e n s** stellen die technischen Entwicklungen Kabel und Satellit die überkommenen föderalen Rundfunkstrukturen ernstlich in Frage. "RTL plus" oder andere internationale Stationen können sich nicht mehr an Ländergrenzen orientieren. Hier ist ein tiefer Konflikt aufgebrochen: Traditionelle terrestrische Ordnung gegen neue technische Möglichkeiten. Die Ministerpräsidenten, noch dazu geteilt in ein rotes und ein schwarzes Lager mit unterschiedlichen ideologischen Denkschablonen, sind damit bis jetzt nicht fertig geworden. Der viel beredete Medienstaatsvertrag, der Satelliten und Kanäle schieblich-friedlich ordnen und verteilen soll, steht noch aus. Ob es nach der Bundestagswahl Ende Januar 1987 klappt, wird man sehen. Bis jetzt ist der deutsche Föderalismus damit nicht fertig geworden, und es zeichnen sich parteipolitisch eingefärbte Sender-Gruppierungen ab: eine Südschiene, eine Nordschiene und ein sogenannter "Mittellandkanal", also eine Gruppierung um den mächtigen WDR im Bündnis mit einer privatrechtlichen Zeitungsgruppe. Kurz: eine Systemveränderung ist im Gange; die 40 Jahre alte, nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Rundfunkordnung droht zu zerbrechen. Die Rundfunkordnung und ihre künftige Gestaltung war kürzlich übrigens auch ein Schwerpunktthema des Deutschen Juristentages in Berlin. Es ist eine alte Lebenserfahrung: wenn sich die Juristen um etwas bemühen müssen, da ist etwas faul.

Die **z w e i t e** Ursache für die große Unruhe in der früher so heilen Medienwelt ist noch gravierender, weil sie die Programminhalte berührt: Rundfunkdarbietungen sind von nun an den ökonomischen Gesetzen des Marktes unterworfen; sie werden bewertet nach der Nachfrage durch die Konsumenten. Programme werden nicht mehr in erster Linie nach ihrer geistig-künstlerischen Leistung bewertet, sondern danach, ob sie "ankommen", also nach ihrem Marktwert.

Man kauft Programm heute von der Stange; Konfektionäre sind gefragt, weniger die Maßschneider. Das ist die Konsequenz des Tätigwerdens privater Programmanbieter in der Bundesrepublik, ein Prozeß, der voll im Gange ist. Zwar sind die Landesgesetze, die Privatfunk möglich machen - wie etwa hier in Niedersachsen -, noch verbrämt mit kulturpolitischen Präambeln und hehren Programmgrundsätzen, welche die Privaten aber gar nicht einhalten können (wie Radio Schleswig-Holstein zeigt), wenn oder weil sie marktpolitisch orientiert sein müssen, d.h. hohe Einschaltquoten für ihre Werbung brauchen. Bitte erinnern Sie sich noch einen Augenblick an die großen bildungspolitischen Hoffnungen, die ein Mann wie Adolf Grimme mit dem Aufkommen des Radios verband, um den genius loci noch einmal zu beschwören. Natürlich stehen die Öffentlich-Rechtlichen zu ihrem Programmauftrag, auch Minderheiten zu bedienen, kulturelle Neu- und Nebenentwicklungen zu fördern, nicht nur nach dem Massengeschmack zu schießen. Und sie werden auch ihr Publikum finden und behalten. Aber wenn Markt und Geld und Steueraufkommen künftig im Spiele sind, dann wird das seine Wirkung haben. Schon jetzt betreiben die Länder mit Sendern und Abspielstationen Standortpolitik, d.h. Wirtschaftsförderungspolitik. München blüht auf, Hamburg aber will sich behaupten. Nordrhein-Westfalen will Medienstandort werden und verweist darauf, das Bertelsmann in Gütersloh und die WAZ-Zeitungsgruppe in Essen an "RTL plus" beteiligt sind. Aber auch Hannover möchte ein Medienzentrum werden, und Albrecht tut sein Bestes. Was hat das alles noch mit Kultur und Kulturpolitik zu tun?

Eine Umwertung vieler Werte also ist im Gange, und wir können, mit Goethe nach der Kanonade von Valmy sagen: "Von hier und heut' beginnt eine neue Epoche der Rundfunkgeschichte, und wir können sagen, wir sind dabei gewesen." Die Rundfunkhistoriker des Jahres 2050 werden uns um diese große Zeit beneiden.

Wilhelm Treue

DER "NORDISCHE RUNDfunk" VON DER GRÜNDUNG BIS ZUR WELTWIRTSCHAFTS-
KRISE

(17. Jahrestagung des Studienkreises, Hannover, 3.10.1986)

1.

Sieht man von gewissen Vorgesellschaften ab und auch davon, daß als Anfangsdatum der Rundfunkgesellschaften in Deutschland die einen den Beginn der Initiative zur Gründung, andere das juristische Faktum der Gründung selber und die Eintragung in das Handelsregister und wieder andere Autoren den Sendebeginn angeben, dann sind in den zwei Jahren zwischen dem Herbst 1922 und dem Herbst 1924 im Deutschen Reich acht regionale Rundfunkgesellschaften gegründet worden, beginnend mit Berlin und endend mit Münster als dem vorläufigen Ersatz für Köln - regionale Gesellschaften, die also von vornherein landschaftliche, landsmannschaftliche, landeshistorische und auch landespolitische und landeswirtschaftliche Überlegungen, Aufgaben und Ziele bei ihrer Arbeit berücksichtigen wollten und sollten. Am wenigsten war das wohl der Fall bei der Funkstunde Berlin. Dort, am Sitz der Regierungen des Reiches und des Landes Preußen, in einer Millionenstadt mit annähernd zehn Millionen potentiellen Hörern hat man sich von vornherein ebenso sehr als überregionalen wie als Berliner Rundfunk empfunden. Und noch etwas anderes kam im Laufe der Jahre, insbesondere seit dem Anfang der Wirtschaftskrise hinzu. Bredow hat schon sehr früh festgestellt, daß in den großen Arbeiter- und nun Arbeitslosenvierteln des "melting pots" Berlin, in dem ebenso viel proletarisch-sozialistische Tradition existierte wie im landsmannschaftlichen Sinne berlinische Überlieferung, andere, zugleich weltoffene und politiknahe Arbeit geleistet werden mußte - wachsend in dem Maße, in dem die Regierungen von ihrem Privileg Gebrauch machten, ihre Politik im Radio zu rechtfertigen und zu propagieren.

Dieser Berliner Rundfunk versorgte Ende 1924 220000, Ende 1931 1 Million Hörer und damit am Anfang 40, sechs Jahre danach noch 24 Prozent von vier Millionen Hörern in Deutschland. Der Leipziger Rundfunk ist anfangs geradezu eindeutig als Messeamtssender bezeichnet worden. Erst 1929 konnte man hervorheben, daß nun "in den Programmen nicht ausschließlich Leipzig und Dresden zu Worte" kamen. Erst jetzt ging man mit Programm und Mitarbeitern aus diesen beiden Städten sowohl in die Provinz, d.h. in die Region selber, als auch zum Austausch mit Berlin und Breslau über und gelangte dadurch von 11 auf 15 Prozent aller Teilnehmer im Reich.

Ganz anders war es in Bayern, wo am 18. September 1922 durch die Gründung der "Deutschen Stunde in Bayern" die Dezentralisierung des Rundfunks unabwendbar und eingeleitet wurde. Wohl im Programm keiner anderen großräumigen Region hat das Heimatliche und Religiöse einerseits, die Bedienung des flachen Landes andererseits eine so große Rolle gespielt wie in Bayern. Dabei hat das Konto

Musik 25 Prozent der Gesamtkosten und 30 Prozent der Teilnehmergebühren ausgemacht. Selbstzufrieden begann die Gesellschaft ihren Bericht über das Jahr 1930 mit einem Hinweis darauf, daß die Distanzierung gegenüber dem Reich und Berlin ein weiteres Stück vorangebracht worden sei. Aus der "Deutschen Stunde in Bayern" war die "Bayerische Rundfunk GmbH" geworden. Und dennoch sank die Hörerzahl von 10,8 im ersten kontinuierlich auf 6,8 Prozent im Jahr 1930. Man mochte noch soviel bayerische Blasmusik spielen, niemals brachten trotz massiver Werbung in den Schulen, in der Presse und in der Kirche die Landwirte mehr als 5 Prozent aller bayerischen Rundfunkteilnehmer auf.

Der Stuttgarter Süddeutsche Rundfunk, der anfangs vier, im Jahre 1932 nur noch 2,6 Prozent aller Teilnehmer versorgte, hat unter dem Regionalismus wohl am stärksten gelitten - unter den baden-württembergischen Spannungen, unter politischen und konfessionellen Gegensätzen, auch unter dem landsmannschaftlichen Ehrgeiz in den staatlichen Verwaltungsorganen. Ganz anders wirkte sich der Regionalismus in Breslau und Königsberg aus. Breslau versorgte mit sehr bescheidenen Mitteln anfangs sieben, später 5,4 Prozent aller Teilnehmer und war damit immerhin noch eine mittelgroße Gesellschaft. Die Sender Breslau und Königsberg waren Grenzlandgesellschaften und damit in weit stärkerem Maße politisiert als die anderen, während München wie Hamburg am nachdrücklichsten landsmannschaftliche Anliegen pflegte und Bedürfnisse befriedigte.

Die Situation in Königsberg ließ der Name der Anstalt erkennen. Sie hieß Ostmarken-Rundfunk AG, und das bedeutete umso, mehr als sie eine kommunale Gesellschaft unter der Leitung des deutschnationalen Oberbürgermeisters Lohmeyer war. Ich erinnere daran, daß Hitler 15 Jahre später Österreich in "Ostmark des Reiches" umbenannt hat. Politische Schwierigkeiten entstanden in Königsberg bei der Rundfunkversorgung von Danzig. Die neuere Literatur geht auf diesen innen- wie außenpolitisch nicht ganz bedeutungslosen Komplex nicht mehr ein, obwohl Bredow ihm ein ganzes und obendrein sehr persönlich gehaltenes Kapitel mit dem Titel "Angeschlossen der Landessender Danzig" gewidmet hat. Bredow ist im Frühjahr 1926 in die "Freie Stadt Danzig" gereist und hat dort kostenlos einen -wohl aus Königsberg kommenden- Rundfunksender mit Betriebspersonal und Übertragungsleitung Königsberg-Danzig sowie ein Danziger Studio für lokale Sendungen angeboten und sofort nach der Einigung darüber diesen Sender nach Danzig geschickt, so daß, wie er schreibt "nach kurzer Zeit die Welt die überraschende Ansage hören konnte: Hier ist der Ostmarken-Rundfunk, angeschlossen der Landessender Danzig". Auf diese Weise habe er unter Vermeidung politischer Verhandlungen verhindert, daß ein "polnisch-orientiertes Konsortium" eine Konzession "für den Bau eines Rundfunksenders auf eigene Kosten" erhielt.

Diese allgemein- wie regionalpolitische Färbung des Rundfunks wurde noch dadurch verstärkt, daß man sich bis 1927 aus finanziellen Gründen fast ganz auf ostpreußische Künstler und Vortragende beschränken mußte. Erst danach erhielt man so hohe Zuschüsse, daß Qualität aus dem Reich eingeladen werden konnte - im ganzen Jahr

1928 58 Personen. Vorsichtig deutete aber auch noch der Bericht von 1929 an, es fänden "kulturell und künstlerisch hochstehende Leistungen immer noch zu wenig Würdigung bei vielen ostpreußischen Rundfunkteilnehmern". Geographische Raumlage, nicht etwa politischer Radikalismus gegenüber Polen sowie die geringen kulturellen Bedürfnisse der wenigen Hörer des Königsberger Senders bestimmten also die Rundfunkversorgung von Ostpreußen und Danzig.

Als Königsberg 1931 einen modernen Großsender erhielt, gab es zunächst einmal - wie bei anderen Gesellschaften auch - eine Enttäuschung. Die Planung war mit der Erwartung verbunden gewesen, man werde nun "deutsche Kulturpropaganda, deutsche Musik und Beweise des deutschen Willens zur Selbstbehauptung der Ostmark im Gesamtbereich der Ostsee, bis tief nach Rußland, über ganz Europa" verbreiten können. Plötzlich schien also der Großsender den Ostmarken-Rundfunk zu einer politischen Anstalt zu machen, die bereits in diesem Planungs-Stadium mit Kowno, Riga, Reval und Helsinki über "Darbietungen kulturbringender Leistungen des Deutschtums" verhandelte. "So wird wieder", hieß es, wie vor 700 Jahren "eine Brücke in die baltischen Länder geschlagen und auf friedlichem Wege dem deutschen Kulturwillen der Weg nach dem Osten gewiesen und geöffnet".

Aber das blieben zunächst Illusionen. Der Bericht über das Jahr 1931 schloß mit den Worten: "... am leichtesten war es, dem Ortsgeschmack vollauf gerecht zu werden durch die in regelmäßigen Abständen gesendeten Militärkonzerte, die begeisterten Wiederhall bis in die entferntesten Ecken des Reiches fanden, während das häufige Auftreten eines ostpreußischen Komikers nur das Wohlwollen der Heimatprovinz auslöste." Als der Großsender Heilsberg dann seinen Betrieb aufnahm, konnte man den Königsberger Dialektkomiker zunächst zwar in China und Neuseeland hören, nicht aber mit "einfachen" Geräten in Königsberg selber und im polnischen Korridor: Der ersehnte politische Effekt ließ noch etwas auf sich warten.

Die nördlichste deutsche Rundfunkanstalt war die NORAG in Hamburg. Da wir in deren altem Sendebereich tagen, möchte ich mich ihr etwas eingehender zuwenden. In Hamburg ging die Initiative zur Gründung einer Rundfunkgesellschaft wahrscheinlich von zwei Kaufleuten aus: dem Getreidekaufmann Alfred Bernhard Lipkat und seinem Kompagnon Friedrich Christian Blonck. Sie gewannen den Bankier Peter Kruse als Geldgeber. Sie alle drei waren keine großen Unternehmer. Lipkat und der Harburger Ölkaufmann Walter Richers, Generalmajor a.D. Karl Oehme sowie die beiden gleichfalls als Kaufleute tätigen Brüder Julius Alexander und Karl Eugen Grossmann waren am 16. Januar 1924 die Gründer der "Nordische Rundfunk AG", deren Grundkapital in Höhe von 60 000 RM in 120 Stammaktien à 500 RM (davon 61 Inhaberaktien) sie bis zum 19. Januar gegen Barzahlung übernahmen und die am 29. Januar 1924 ins Handelsregister eingetragen wurde.

Ebenfalls am 16. Januar gründeten Lipkat, Richers und die Brüder der Grossmann die "Radio-Apparate-AG (RAAG)", "damit sich das Geschäftsrisiko verminderte". Ob der Name der Gesellschaft zufällig

oder absichtlich den Gedanken an politische Zielsetzungen aufkommen ließ, ist nicht untersucht worden. Über die Gründer weiß man heute nicht viel mehr als Namen und Berufe. Im Aufsichtsrat übernahm Blonck den Vorsitz "neben dem Berliner Triumvirat", das allerdings kaum bereit gewesen wäre, "nordische Tendenzen zu decken oder gar zu fördern. Ein mit E.L. Voß (Berlin) bekannter Landmaschinenhändler und ein journalistischer Mitarbeiter der "Hamburger Nachrichten", der sich schon früh für Rundfunkfragen interessiert hatte, bildeten gemeinsam mit dem jungen Journalisten aus dem gleichen Hause Kurt Stapelfeldt den Vorstand des Unternehmens.

Bereits als die Norag am 2. Mai 1924 ihren regelmäßigen ProgrammDienst aufnahm, stellte Bredow fest, das Wochenprogramm der Gesellschaft sei eine freudige Überraschung, "denn es ist nicht nur vielseitig und auf einer anerkennenswerten Höhe, sondern zeigt neue Wege und versucht, der Eigenart und dem Geschmack unseres niederländischen Volksstammes gerecht zu werden... Eine neue Heimatkultur wird sich entwickeln." Wolfgang Schütte meint, mit diesen eigenartigen und mißverständlichen Formulierungen habe Bredow nur das Programm der Eröffnungsfestwoche qualifizieren wollen, dessen fünfter Tag, der "niederdeutsche Tag", als Bekenntnis der Programmverantwortlichen zur niederdeutschen Kultur verstanden werden sollte. Zwei angesehene Hamburger Gelehrte, ein Germanist und ein Volkskundler, hielten am diesem Tage Vorträge über niederdeutsche Sprache und Volkskunde, und das Abendprogramm "Buntes Land und frohe Herzen" wurde plattdeutsch gesendet. Aber das rechtfertigte ja eigentlich noch nicht die Bezeichnung "niederländischer Volksstamm". Und das Ganze war auch deutlich mit dem Blick auf die Gemeinschaft des "Niederländischen" von Amsterdam bis Lübeck empfunden. Was immer von dieser oder jener Seite aus beabsichtigt gewesen sein mag - die wirtschaftliche Situation war vorzüglich, denn die Zahl der Hörer stieg von 600 im Mai des Jahres 1924 auf 81 000 an seinem Ende und betrug damit 15 Prozent aller 550 000 Rundfunkhörer in Deutschland zu dieser Zeit.

Dieser steile Aufstieg war tatsächlich einzigartig. Räumlich war man allerdings in den ersten Jahren wesentlich schlechter dran als die anderen Gesellschaften. Die Verwaltung und die Programmabteilung arbeiteten voneinander getrennt im Artushof, Große Bleichen, und im Hauptfernsprechamt, Binderstraße. Beim Versuch, ein Hamburger Funkhaus zu bauen, bereitete der Hamburger Staat große Schwierigkeiten, während Bremen ohne Zögern die "alte Stadtwaage" zum Rundfunkhaus herrichten ließ und billig vermietete.

Das Geschäft mit der Norag aber blühte, und als am 27. März 1925 das Aktienkapital auf 120 000 RM erhöht wurde, war der Aufsichtsvorsitzende Blonck schon im Besitz sämtlicher Aktien. Ein halbes Jahr später, am 30. September 1925, wurde das Kapital auf 300 000 RM erhöht. Im Januar 1926 wurden 64 000 RM Aktien aus dem Besitz der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG) in Vorzugsaktien mit vierfachem Stimmrecht umgewandelt. Am 27. Juli 1932 wurde eine Neuordnung im Einvernehmen mit den Ländern getroffen. Man konnte vermelden: "das bisher vertretene private Element ist ausgeschieden". Der RRG übernahm 51, die Länder erhielten 49 Prozent der Anteile.

Es hieß: "An die Stelle der Dividende erwartenden Aktionäre tritt die öffentliche Hand, an die Stelle der Dividende die Gemeinnützigkeit." Man hätte hinzufügen können: An die Stelle des Strebens nach Wirtschaftlichkeit tritt die Teilnehmergebühr.

Anfang 1927 zählte der Norag-Bezirk bereits 188 673, ein Jahr später 235 874 "Anschlüsse". Man hob hervor, daß durch eine entsprechende Ausgestaltung des Programms, insbesondere die "erweiterte Durcharbeitung des großen Abendprogramms" mehr und mehr die gebildeten Kreise erreicht würden, und war mit dieser Richtung der Expansion sichtlich zufrieden, erwähnte aber auch die "immer wieder" auftretenden "politischen Probleme der großen Organisationen, die sich mit dem Rundfunk beschäftigen". Ganz besonders nachdrücklich unterstrich man die "natürliche Reserve des Norddeutschen" allen Neuerungen gegenüber. Das war ein ganz anderer Tenor im Geschäftsbericht, als man ihn etwa in München gewohnt war, wie man denn auch mit Genugtuung hervorhob, daß "die Universitäten, Akademien und Bildungsverbände ... von der abwartenden Haltung zur positiven Einstellung übergegangen" waren. "Besprechungsstellen" in Schwerin, Oldenburg und Braunschweig erweiterten den Einflußbereich und steigerten damit die Teilnehmerzahl.

Aus den Angaben über die verhältnismäßig sehr häufigen Buchprüfungen und Revisionen in kleinen und großen Bereichen der Gesellschaft geht deutlich hervor, daß man auch auf diesem Gebiet vor 1932 mit großer Sorgfalt arbeitete. Vielleicht fühlte man sich dazu besonders verpflichtet, da die großen Hörerzahlen der verhältnismäßig kleinen Gesellschaft 1927 2,1 Millionen RM Teilnehmergebühren erbrachten. Auf dieser Basis beschäftigte die Norag 1927 zwei Direktoren, einen Prokuristen, 58 Personen in Technik und Verwaltung, 12 leitende Künstler (eine hohe Zahl), 19 "andere Künstler", 41 Orchestermitglieder und vorübergehend u.a. 1.421 Schauspieler und Rezitatoren; das waren weit mehr als bei jeder anderen Gesellschaft, unter denen Berlin mit 1.192 an der Spitze stand, schließlich 928 Vortragende (Berlin 1.140), so daß also der Vortrag für die Hörer der Norag sichtlich eine sehr große Rolle spielte.

Noch mehr als in München maß man in Hamburg den Lehrern eine große Bedeutung bei der Werbung um Verständnis für den Rundfunk und die Teilnahme an ihm zu. Im Bericht über das Jahr 1928 hieß es: "Die Lehrerschaft, die die geistige Führung der gesamten kleinstädtischen und ländlichen Bevölkerung in der Hand hat, interessierten wir durch eine große Werbeaktion. Wir sandten ihnen das über den Rundfunk veröffentlichte Material mit einem Aufklärungsschreiben zu. Ca. 6.000 Lehrer haben wir auf diese Weise an den Rundfunk herangebracht. Wie wirksam die Propaganda war, geht daraus hervor, daß die Lehrerschaft mit besonderer Vorliebe das ... Buch 'Wie baue ich mein Rundfunkgerät' aufnahm. Vielfach ist das die Anregung zu Bastelabenden in den Schulen auf dem Lande geworden. Die Lehrerschaft in der Großstadt wurde in letzter Zeit gemeinsam mit der Oberschulbehörde (in Hamburg das Kultusministerium) zu einer achtägigen Schulungswoche in den Sälen des Lehrerfortbildungsin-

stituts zusammengefaßt. Auf dieser Schulungswoche ... wurde den teilnehmenden Lehrern ... die Wichtigkeit des Rundfunks für die Volkserziehung nahegebracht ... Jede Schule war vertreten."

Die Presse leistete gegenüber der Norag zunächst Widerstand. Erst als die Gesellschaft "regelmäßig" im "Hamburger Anzeiger", im "Echo", im "Hamburger Correspondent", im "Mittagsblatt" und im "Hamburger 8-Uhr-Abendblatt" Anzeigen veröffentlichte, änderte sich diese Einstellung. So hieß es 1926: "Auch das 'Hamburger Fremdenblatt' und die 'Hamburger Nachrichten' beschäftigen sich bereits gelegentlich mit besonderen Rundfunkdarbietungen, so daß nach weiteren, im Rahmen unseres Etats liegenden Anzeigenaufträgen zu erwarten ist, daß der passive Widerstand der Presse im Hamburger Gebiet beseitigt wird." Eine weitere Folge war allerdings, daß nun auch "die Blätter im weiteren Sendegebiet" (Hannover, Bremen, Kiel) Anzeigen erwarteten.

Keine Rundfunkgesellschaft berichtete um 1927/28 so genau über ihre Programmgestaltung wie die Norag - über die Bemühungen, einen "verständnisvollen Ausgleich aller Interessen" zwischen der "Befriedigung der Hörerwünsche einerseits und unter Berücksichtigung der großen kulturellen volkserzieherischen Aufgabe des Rundfunks andererseits. Bildungsideale und Unterhaltungsverlangen mußten gleichermaßen berücksichtigt werden, ausgehend von dem Verlangen, leicht verständliche, populäre Darbietungen sowie die Pflege ernster Kunst und wissenschaftliches Verständnis zu fördern."

Der kleine Stab der Norag zweifelte nicht daran, daß er die "Aufgaben" des Rundfunks richtig erkannt hatte und in der Lage war, diese auch zu erfüllen. Deutlich war hier der Kultur- und Bildungs-Enthusiasmus einer bürgerlichen Oberschicht in der Weimarer Republik und ganz besonders in Norddeutschland während ihrer "goldenen Jahre" spürbar, wie es ihn nach 1945 noch einmal geben sollte. Auf diesem Gebiet lag auch das Schwergewicht der "bedeutenden Vermehrung des großen Mitarbeiterstabes in Norddeutschland", auf den der Geschäftsbericht der Norag für 1927 nachdrücklich hinwies: "Für die Programmentwicklung hat sich infolgedessen in der Verteilung der einzelnen Kategorien langsam das Vorbild eines Normaltyps als Hörer herausgebildet, das aber dem hochstehenden Teilnehmer weitgehende Berücksichtigung seiner Wünsche nach Förderung durch den Rundfunk nicht unterband." Ein offensichtlich vorgelegter Bericht über das Vortragswesen scheint nicht erhalten geblieben zu sein.

Wie die Öffentlichkeit diese Auffassung von der erzieherischen Aufgabe der Norag beurteilte, ist bisher anscheinend nicht untersucht worden. Die Hörerzahl stieg in Hamburg 1927 von 189 000 auf 236 000, was zweifellos ein zustimmendes Urteil bedeutete. Wie die Schul- und Hochschulbehörden, die Kirchen und Museen reagierten, weiß man über die Berichte der Norag selber hinaus für Hamburg so wenig wie für Berlin, München und andere Landeshauptstädte und schon gar nicht für die vielen kleinen Landstädte, in denen der Rundfunk noch viel stärker als in den Großstädten ein wichtiges

neues Element der Unterhaltung und Bildung, neben der klassischen auch der naturwissenschaftlich-technischen und nicht zuletzt der politischen Bildung wurde.

Wohl keine andere Rundfunkgesellschaft war sich 1927/28 ihrer Sache, der Richtigkeit ihrer Kulturarbeit so sicher wie die Norag, jedenfalls sagte es keine so laut wie sie: "Mit Befriedigung", hieß es Ende 1927, "kann festgestellt werden, daß heute sämtliche kulturellen Organisationen und Bildungsverbände, die Behörden und fast die gesamte Presse in gemeinsamer Arbeit mit der Sendegesellschaft am programmatischen Aufbau des Rundfunks arbeiten. Sowohl der Überwachungsausschuß als auch der Kulturbeirat haben sich dabei als segensreiche Einrichtungen erwiesen. Die Zusammenfassung aller Kräfte und die weitere Intensivierung der Rundfunkarbeit, die Werbung immer weiterer Teilnehmer erfordern aber die Zusammenlegung und Behebung der räumlichen Beschränkung aller Arbeitsabteilungen sowohl auf programmatischem Gebiet als auch auf dem Gebiet der Verwaltung."

1928 wurde bei der Norag "das seit Jahren erstrebte Ziel einheitlicher Zusammenfassung der räumlich voneinander getrennten Abteilungen und ihrer Arbeitsaufgaben ... grundsätzlich erreicht". Die Norag mietete ein an der Rothenbaumchaussee gelegenes Villengrundstück mit 6.500 qm Grundfläche und sicherte sich das Kaufrecht dafür. Verwaltung, Vortragswesen und ein kleiner Teil des Sendebetriebs konnten nun dort zusammengefaßt werden. Ganz unbefangen erklärte die Gesellschaft auch in ihrem Geschäftsbericht für 1928 auf der Höhe der wirtschaftlich guten, politisch und gesellschaftlich ruhigen Jahre der offenbar konsolidierten Weimarer Republik: "Im selben Maße wie der Rundfunk als bedeutendes Publikationsorgan für den Staat und mehr und mehr für die Kundgebungen der Länder und Städte bei großen offiziellen Veranstaltungen für bestimmte Werbezwecke und Meinungsäußerungen mit einbezogen wird, versuchen die großen kulturellen und wirtschaftlichen Verbände und Organisationen, die umfassenden Fragen fortschrittlicher Lebens- und Gesellschaftsgestaltung im Rundfunk behandelt zu sehen. Das Einströmen all dieser starken formenden Kräfte gibt dem Rundfunk eine immer lebendigere Wirksamkeit und hat zur günstigen Teilnehmerbewegung wesentlich beigetragen. Die Norag steht in ständigem Gedankenaustausch mit allen bedeutenden Organisationen, so daß der Programmwille aller Bevölkerungskreise nicht zuletzt über den Weg vom Kulturbeirat und Kuratorium eine rundfunkgeklärte Form ermöglicht. Die große Gemeinsamkeit des kollektiven Arbeitswillens entspringt dem Kulturcharakter des Norag-Gebietes, das im Frühjahr (1928) um Oldenburg, zwei Drittel Braunschweig und die zweite Hälfte Mecklenburg erweitert wurde... Die Überfülle der sich zur Mitarbeit am Rundfunk herandrängenden Kreise zwingt zur qualitativ immer schärferen Auslese und starken Heranziehung des volksbildnerischen Elements. Mit Forschungsinstituten, wissenschaftlichen Anstalten, u.a. auch der Hamburgischen Universität wurden Übertragungsverträge abgeschlossen..."

3.

In solchen prinzipiellen Ausführungen des Geschäftsberichts der Norag, der für 1928 immerhin auf 21.520 1/2 Sendestunden = 59 Sendestunden pro Tag insgesamt oder 14 3/4 Sendestunden pro Sender und Tag kam, standen also Vokabeln und Formulierungen, die man bei keiner anderen Sendegesellschaft finden kann. Vergleicht man die Berichte der deutschen Regional- und Länder-Sendegesellschaften miteinander, dann zeigt sich deutlich, daß es bei jeder Gesellschaft eine spezifische Art von Haus-Geist oder -Atmosphäre gab, die nicht allein von Personen und Gremien, sondern ebenso sehr vom Volks-Milieu, von Stammescharakteren geschaffen, mindestens beeinflußt wurde. Erkennt man diese Tatsache, dann erscheint das Bestehen etwa des Bayerischen und des Hamburger Rundfunks (weit mehr als in Frankfurt) auf seiner Selbständigkeit und Unabhängigkeit bis in die Gesellschaftsform hinein nicht mehr als partikularistisch-föderalistische Skurrilität, sondern als ein berechtigtes, bereicherndes Element des Rundfunks in Deutschland.

Historisch-volkskundlich-politisch untersucht ist dieser Komplex bis heute nicht. Eine solche Untersuchung mag auch schwer, vielleicht überhaupt nicht mehr möglich sein. Sie dürfte nicht allein gedruckte Äußerungen, Berichte, Programme der Gesellschaften einerseits, Stellungnahmen dazu von vielen Seiten andererseits berücksichtigen, sondern müßte auch versuchen, die Menschen im mittleren Bereich der Technik, der Verwaltung und des Programmbetriebes zu erreichen, welche neben den Gremien-Sitzungen die Alltagsatmosphäre schufen, mindestens stark beeinflußten. Und da mag es an tragfähigem Quellenmaterial fehlen.

Keine andere Rundfunkgesellschaft ging neben der Norag in ihrem Jahresbericht für 1929 auf "die große Auseinandersetzung um den deutschen Rundfunk ein", "die ihren Ausgang im immer stärker werdenden Interesse der geistig-weltanschaulichen Bewegungen an den Sendungen haben". Sie, so hieß es einleitend im allgemeinen Teil des Norag-Berichtes, "verlangten im abgelaufenen Berichtsjahr besonders vorsichtige Geschäftsführung und Zurückhaltung der Sendeleitung. Der Übergang zu einer freizügigeren inhaltlichen Ausgestaltung der Programmarbeit bedingte größte Aufmerksamkeit zur Vermeidung von Erschütterungen größerer Hörergruppen aller Richtungen. Deshalb war ein großer Teil der Arbeitsaufgaben in der Beseitigung von Mißverständnissen und Stimmungsschwankungen der Tätigkeit des Rundfunks gegenüber zu suchen. Die Norag-Entwicklung als Ganzes ist hiervon nicht berührt worden."

1929 geriet die Norag in eine personal-finanzpolitische Krisis, überwand sie jedoch in der zweiten Jahreshälfte und betonte fortan noch mehr als bisher "in erster Linie ihre volksbildnerische Arbeit", während daneben anscheinend zur Hebung des Niveaus "durch Sonderaufträge literarischer und musikalischer Art die Bemühungen um eine rundfunkische Form fortgesetzt" wurden. Dem lagen auch technische Fortschritte zugrunde. Immer stärker konnte man vom "Mikrophon-Vortrag im Funksaal ... zur Reportage und unmittelbaren Berichterstattung über aktuelle Tagesereignisse" übergehen. Auch

der Schulfunk fand noch stärkere Berücksichtigung als zuvor. Ende 1929 waren im Sendebereich der Norag alle Schulfunkversuchskreise ... mit Empfangsgeräten ausgerüstet. Seit April 1929 gab die Norag eine Zeitschrift "Kulturfunk und Schule" heraus.

Und die Rundfunkinteressenten begrüßten deutlich diese kulturell-volksbildnerisch betonte Richtung der Rundfunkarbeit. Im Jahre 1929 verzeichnete die Norag mit mehr als 100 000 Zugängen - gegenüber 1928 ein Zugangsmehr von 27,2 Prozent - den "zahlenmäßig und prozentual stärksten Zugang aller deutschen Rundfunkgesellschaften", gefolgt von Königsberg mit 24,2 und Leipzig mit 23,7 Prozent, während zugleich die Zahl der Sendestunden durch die Inbetriebnahme des Senders Flensburg von 21 520 auf 28 211 um mehr als 30 Prozent stieg. Hamburg hatte damit Ende 1929 467 000 Teilnehmer (davon 49,9 Prozent im Oberpostdirektionsbezirk Hamburg selber) und nahm nach Berlin mit 808 000 und Köln mit 709 000 Teilnehmern die dritte Stelle in Deutschland ein. Im Mai 1929 benutzte man eine große landwirtschaftliche Ausstellung in Hamburg, die hauptsächlich für die landwirtschaftlichen Kreise Schleswig-Holsteins bestimmt war, zur Werbung für den Rundfunk. An zwei Bauernhof-Modellen demonstrierte man, "welchen Gewinn und welche Vorzüge der Besitz einer Rundfunkanlage für den Landwirt bedeutet, andererseits aber auch, welche Vorteile dem nicht-Rundfunk-hörenden Landmann dadurch entgehen, wie sich dieser Mangel durch wirtschaftliche Schäden bemerkbar macht". Ja, die Norag erreichte sogar, daß der "Kirchliche Rundfunk Nordwestdeutschland" im Dezember 1929 der Rundfunkgesellschaft mitteilte, "daß innerhalb der Landeskirche im Norag-Gebiet Maßnahmen getroffen sind, die dahingehen, daß den Konfirmanden im Konfirmationsunterricht, in Ankündigungen von der Kanzel sowie bei sonstigen Veranstaltungen der Kirchengemeinden auf die große Bedeutung des Rundfunks von seiten der Kirche im vollen Maße anerkannt wird und daß der Rundfunk hierdurch eine zweifellos hoch einzuschätzende Förderung erfährt" (so im Norag-Bericht).

Wie bei anderen Rundfunkgesellschaften wurde auch in Hamburg 1930 ein neues Funkhaus in Betrieb genommen, was die Arbeit wesentlich erleichterte. Nach eineinhalb Jahren Bauzeit wurde auf dem großen Grundstück an der Rothenbaumchaussee, das mit daraufstehenden Gebäuden 310 000 RM gekostet hatte, ein eigenes Funkhaus bezogen - ein von den Mitarbeitern als "repräsentativ" bezeichnetes Gebäude, während der Historiker der Norag 50 Jahre nach deren Gründung meinte, "der Umzug ... war der Sprung aus der Handwerkerschaft in den Mittelbetrieb". Andererseits befand man sich bereits in der großen Wirtschaftskrise; als die Angestellten der Norag an ihre neuen Arbeitsplätze gingen, wurden ihre Gehälter dem Reichsangestelltentarif angepaßt - d.h. beträchtlich gesenkt. Sonderleistungen z.B. als Sprecher wurden nicht mehr bezahlt, "schöpferische Leistungen im eigentlichen Sinne" (das sollte heißen: Hörspiele, Vorträge usw.) nicht mehr von ihnen, sondern "im allgemeinen von wechselnden freien Mitarbeitern ausgeführt und von Angestellten des Rundfunks nur in seltenen Ausnahmefällen verlangt".

"Trotz des wirtschaftlichen Niederganges" stieg die Teilnehmerzahl "gerade in den Monaten stärker anwachsender Arbeitslosigkeit bemerkenswert" - insgesamt um 90 000 = 19,5 Prozent, wobei die Hörerzahl "sich wieder langsam zugunsten der Teilnehmer in den ländlichen Bezirken verschob". Wie im Süden des Reiches, so existierte auch im Norden ein überdurchschnittlich starkes Stammes- und Landsmannschaftsempfinden - das, was Bredow bei der Eröffnung mißverständlich als "niederländisch" bezeichnet hatte. Diesem "starken Willen der niederdeutschen und niedersächsischen Bevölkerung nach Zusammenschluß ihrer Interessen zu einer einheitlichen großen Kulturbewegung hat sich die Norag angeschlossen", berichtete man 1930. Ich unterstreiche ausdrücklich, daß solche Sätze bei der Norag 1930/31 ganz gewiß nicht als erste Merkmale des Nationalsozialismus bewertet werden dürfen. Der Bericht der Gesellschaft fuhr fort, ihre "Programmarbeit wird dadurch in Zukunft maßgeblich beeinflußt sein. Diese Entwicklungen sind schon zu einem Teil im künstlerischen Programm, andererseits auch in der volksbildnerischen Arbeit, im Schulfunk, im Jugendfunk und in der heimatkundlichen Arbeit berücksichtigt worden". Eine sorgfältige Programm-analyse der Norag in den Jahren 1930 - 1932 wäre gewiß ein zeitgeschichtlich lohnendes Unternehmen, ebenso wie eine Analyse der Norag-Mitarbeiter hier, der Hörer dort - falls sie möglich ist.

Seit etwa Mitte 1930 machte sich bei der Norag die Wirtschaftskrise auch deutlicher und schnell zunehmend bemerkbar. Nach jahrelangem ständigem Ausbau wurde "eine Reihe von Sparmaßnahmen" nötig. "Schärfere Zusammenfassung und Ausnutzung der Sendezeit, Einschränkung der Werbung, der Portokosten, Reise- und Repräsentationsausgaben und Überstunden." Nach wie vor stand das Bildungswesen im Vordergrund, und innerhalb desselben war "die Schulfunkarbeit in Deutschland ... organisatorisch am weitesten gediehen". Sämtliche Rundfunkgesellschaften haben damals zusammen mit der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, dem Preußischen Kultusministerium und dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht eine Zentralfunkstelle in Berlin geschaffen, von der aus die gesamte Schulfunktätigkeit in Deutschland einheitlich gestaltet werden sollte. Die sich aus der Praxis überall ergebenden Schwierigkeiten sind von der Norag in ihrem Bereich von Grund auf untersucht worden. Das organisatorische Ergebnis lag zu Beginn des Berichtsjahres 1930 vor und ist dann durch entsprechende Maßnahmen so ausgewertet worden, daß es 1931 im wesentlichen als Arbeitsmuster für den ganzen deutschen Schulfunk anerkannt war. Der Jahresbericht beschrieb anschließend eingehend die Arbeitsweise des Norag-Schulfunks.

Im Vortragswesen, das annähernd 10 Prozent der Gesamt-Sendezeit einnahm, standen bei der Norag an der Spitze Haushalt und Ernährung mit 301, Naturwissenschaft und Wanderfunk mit 212 sowie Rechtswesen, Politik und soziale Angelegenheiten mit 192 Sendungen. Immer wieder betonte der Norag-Bericht für 1930 den niederdeutschen Charakter des Sendegebietes und den Vorrang niederdeutscher Sendungen. Ein langer Abschnitt war der "niederdeutschen und heimatkundlichen Arbeit", auch den Sendungen in niederdeutscher Sprache, gewidmet. Da hieß es u.a.: "Die Grundlage jeder bewußten und charaktervollen Programmbildung ist die Volkskunde, das Wissen

vom geistigen Aufbau des Volkes, die Erforschung der Volksseele und ihrer Bindungen an ihre Umwelt. Nur diese Kräfte können die Gestaltung des Programms entscheidend beeinflussen, weil sie in ihren Grundlagen unzerstörbar sind." Bei der Norag, so fuhr man fort, decke sich "der Begriff Volk mit dem Begriff Hörer"; das führe "zu der Erkenntnis, daß das Endziel jedes Senders nur das sein kann, die Gesamtheit des Volkes in seinem Gebiet als Hörer zu gewinnen". Die "Schule des Niederdeutschen" ist bei der Norag der "einzige Zweig ..., der keinen unmittelbaren praktischen Nutzen für den Hörer hat, dafür schafft sie Gesinnung, einen heimatbewußten Menschentyp, dem die Liebe zur Scholle Ausgangspunkt seines Denkens wird". So ging es mehrere Seiten weiter, auf denen man u.a. lesen konnte: "Der Mensch unseres Gebietes ist also der Niederdeutsche, der Niedersachse, der Hansadeutsche. Wenn er auf der Geest sein Brot erarbeitet, ist er lebendig, körperlich und geistig, forschend und erschließend. Wenn ihm die Marsch ihre Schönheit öffnet, wird er schwer, selbstherrlich, breit und dickblütig, ein Herrenmensch." Ende 1930 war auch bei der Norag die Einleitungs- und Aufbauphase abgeschlossen. Als man im Frühjahr 1932 über das Geschäftsjahr 1931 berichtete, lag der Schwerpunkt bei Entlassungen, Einsparungen und Zusammenlegungen. So hatte "zur Durchführung von Sparmaßnahmen" das kaufmännische Vorstandsmitglied mindestens 20 Prozent der im Haushalt aufgestellten Summen - auch der Programmkosten - zu seiner besonderen Verfügung einzubehalten und "gleichzeitig die Befugnis, im Laufe des Jahres Reserven neu auszuscheiden". Waren bisher die Rundfunkgebühren den Angehörigen der Norag zurückerstattet worden, so hörte nicht allein dies am 1. April 1931 auf, sondern es wurden außerdem auch die Spensätze herabgesetzt, das Personal von 271 auf 260 Personen um 8 Prozent gekürzt, dem gesamten Orchester gekündigt, das Unterhaltungs- und Tanzorchester entlassen und der ganze Orchesterdienst, "welcher bisher vom großen Norag-Orchester ausgeführt wurde, künftig vom Philharmonischen Orchester übernommen". Man ging dabei ganz nüchtern vor und stellte am Ende einfach fest, daß nach diesen Reorganisationsmaßnahmen "das künstlerisch wertvollere Philharmonische Orchester, das durch die allgemeine wirtschaftliche Notlage in seinem Bestehen gefährdet war, der Hamburgischen Bevölkerung erhalten geblieben" war.

Da gleichzeitig die Teilnehmerzahl um 11,45 Prozent auf 627 720 stieg (wobei interessanterweise der Anteil des Oberpostdirektionsbezirks Hamburg von 49,9 auf 44,1 Prozent zurückging, also "starke Zugänge" nur auf dem Lande zu verzeichnen waren), verbesserte sich in dieser schlechten Zeit die wirtschaftliche Lage der Norag erheblich. Das Reinvermögen stieg, die Schulden sanken. Durch die Einsparung von Sendestunden (27.611 1/2 Stunden gegen 30.141 3/4 Stunden im Jahre 1931) sparte man 27.000 RM. Alles in allem konnte man mühelos die Mitte 1930 vorgenommenen Gehaltserhöhungen beibehalten, während andere Sender die Gehälter entsprechend denen der Staatsangestellten kürzen mußten. Dagegen wurden die Honorare, "insbesondere bei den Vorträgen", erheblich herabgesetzt.

Bei dem Bericht über das Programm verwendete man im Frühjahr 1931 die gleichen Worte und Formulierungen wie früher mit dem Schwergewicht beim Niederdeutschen und Bodenständigen. Das ging so weit, daß man die folgenden Sätze drucken ließ: "Eine besondere Eigenheit unseres Gebietes ist die Art des Humors, auf die der Niederdeutsche reagiert. Sie erfordert eine bevorzugte Heranziehung der geradlinigen herberen Literatur im Gegensatz zur spitzen witzigpointierten Berlins und zur behaglich-sinnlichen Art des Süddeutschen." Beispiele dafür brauchte man nicht extra anzuführen; die beiden "geradlinig herben" Sätze selber genügten vollauf. Sie waren in der Tat weder "spitz-witzig" noch "behaglich und sinnlich". Weiter hieß es: "Auf dem Gebiet der künstlerischen Unterhaltung verlangt der Sendekreis der Norag eine stärkere Abkehr von der Kabarettform und von der musikalischen Form des Jazz und eine Neugestaltung auf volkisch-deutscher Grundart." 1933 bedurfte es nun keiner tiefgreifenden Programm-Umgestaltungen mehr, zumal man auch dem "Widerspruch gegen die Pflege ernsterer Programme" bereits 1931 erheblich entsprach, indem man etwa Opern- und Theaterstücke beträchtlich kürzte. Bei den Vorträgen verstand sich die Norag durchaus als "staatliches Aufklärungsmittel", das zeitweise in den Aufgaben-Bezirk eines amtlichen Gesetzblattes trat - etwa bei den Ministerreden und regierungsseitigen Veröffentlichungen zu den Notverordnungen. In welchem Maße der Rundfunk gerade mit diesen Darbietungen die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf sich zog, bestätigten die Funkhändler. Während der fraglichen Tage setzte "geradezu ein Massensturm der Kundschaft nach Ersatzteilen und neuen Geräten ein".

Offensichtlich trat die Norag nach dem Abschluß der Aufbauphase wirtschaftlich gesund und folglich stark in das letzte Jahr der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise. Und dann folgte eine neue Zeit, auf die hier nicht mehr eingegangen werden soll. Hier, an der Wende von der Wirtschaftskrise, die sich in Hamburg so schwer wie in Berlin auswirkte, zur Machtergreifung einer kulturell, sozial und wirtschaftlich sehr komplexen Bevölkerungsgruppe möchte ich mein Referat schließen. Ich hoffe, Ihnen mit Hilfe einiger allgemeiner Bemerkungen über den Regionalismus zwischen München und Königsberg und einem etwas genaueren Blick auf die Norag angedeutet zu haben, daß eine umfassend angelegte Geschichte des Regionalismus im Deutschen Rundfunk in den Jahren vor der nationalsozialistischen Gleichschaltung nicht nur der Länder, sondern auch der Kulturschaffenden in den Reichskultur-, Reichs-schrifttums- und anderen Kammern, eine Darstellung also der regionalgeschichtlichen Grundlagen wie der regionalprogrammatischen Leistungen der Rundfunkgesellschaften auf diesen Grundlagen eine schöne Aufgabe sein kann - vielleicht mit einigem Nutzen auf für den künftigen Regional- und Lokal-Rundfunk.

Arnulf Kutsch

DIE NACHKRIEGSRUNDFUNKBEZIEHUNGEN ZWISCHEN NWDR UND RADIO BREMEN
UND DAS STUDIO OLDENBURG

Die folgende Darstellung liefert einen historischen Beitrag zu dem gegenwärtig diskutierten Thema der Dezentralisierung der Funkmedien. Der Fall des NWDR-Studios in Oldenburg bietet für die längst überfällige Aufarbeitung dieses auch rundfunkhistorischen Gegenstandes den Vorzug, wenigstens einige Ursachen und Schwierigkeiten der Dezentralisierung von Programmproduktion und -verbreitung zu benennen: die Topographie¹⁾ des Nachkriegsrundfunks in Norddeutschland mit der Besonderheit von zwei Rundfunkeinrichtungen in unmittelbarer Nachbarschaft, eine kaum zureichende Ausstattung des NWDR mit Rundfunkwellen nach der Kopenhagener Wellenkonferenz 1948 sowie schließlich der Beginn des UKW-Programms. Dabei geht es nicht um eine Entstehungsgeschichte des Studios Oldenburg im engeren Sinne. Seine Entstehung resultierte aus dem Bemühen des NWDR, die genannten Probleme im Westen Niedersachsens zu lösen. Die rundfunkpublizistische Arbeit des Studios konzentrierte sich bis zur Mitte des Jahres 1954 auf die Mitwirkung an aktuellen Regional-Sendereihen im Mittelwellen- und im UKW-Programm des NWDR. Auf beide Aspekte wird daher vor allem eingegangen. Über die Entstehung des UKW-Nord-Programms des NWDR wurden bisher keine historischen Untersuchungen durchgeführt. Auch fehlt für diesen Teil des NWDR-Programms eine Veröffentlichung von der Art wie die von Walter Först vornehmlich für den westdeutschen Rundfunk edierte Sammelpublikation "Rundfunk in der Region".²⁾ Nicht zuletzt wegen dieser Forschungslage muß sich die Darstellung auf den Versuch beschränken, die Phänomene zu beschreiben.³⁾

I.

Die Beziehungen zwischen Nordwestdeutschem Rundfunk (NWDR) und Radio Bremen (BR) waren bis zur Mitte der fünfziger Jahre bestimmt durch die problematische, von der britischen und von der amerikanischen Besatzungsmacht im Norden Deutschlands geschaffenen Rundfunktopographie. Die Briten hatten für ihre Zone eine zentralistische Rundfunkanstalt, den NWDR, errichtet. Er versorgte sein ausgedehntes, soziographisch, kulturell und wirtschaftlich sehr unterschiedlich strukturiertes, bevölkerungsreiches Verbreitungsgebiet von Flensburg im Norden bis Bonn im Süden nur unter erheblichen sende- und empfangstechnischen Schwierigkeiten mit einem Pro-

1) Zur historisch-systematischen Herleitung vgl.: Winfried B. Lerg, Über die Entstehung der deutschen Rundfunktopographie, in: Walter Först (Hrsg.), Rundfunk in der Region. Probleme und Möglichkeiten der Regionalität, Köln et al. 1984, S. 13-50

2) Walter Först (wie Anm. 1)

3) D. Verf. schuldet dem Norddeutschen Rundfunk (Hamburg) großen Dank für die Gewährung der Einsichtnahme von Akten und Herrn Joachim Drengberg für die Bereitstellung dieser Materialien.

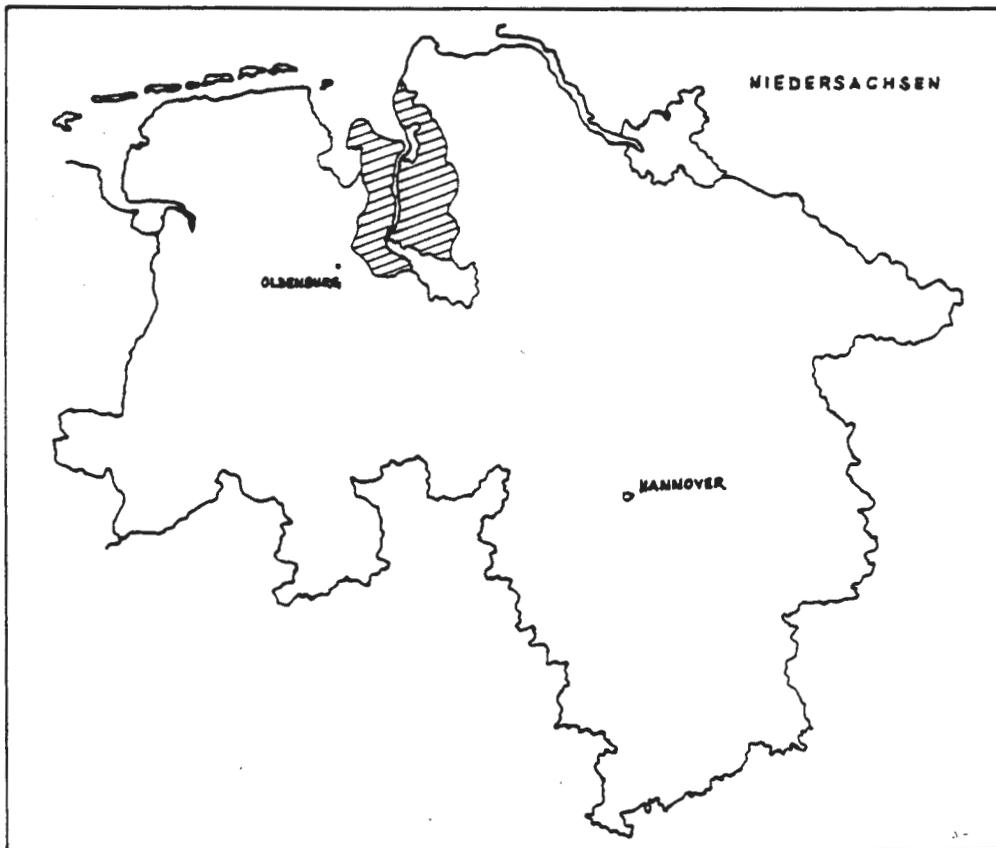
gramm über Mittelwelle (MW). In einem nordwestlichen Segment des NWDR-Verbreitungsgebietes, im amerikanisch besetzten Bremen war der Sender Radio Bremen aufgebaut worden, der die zahlenmäßig ungleich geringe Bevölkerung der sogenannten "Enklave Bremen" auf eigener, von der amerikanischen Besatzungsmacht zugewiesener Welle ebenfalls mit einem Programm versorgte. Diese Rundfunktopographie im Norden entsprach zwar den hoheitsrechtlichen Ansprüchen und den medienpolitischen Zielen der beiden Besatzungsmächte. Rundfunkpublizistisch machte sie jedoch wenig Sinn, denn RB war aus eigenem Gebührenaufkommen nicht lebensfähig. Andererseits verstand es der Sender an der Weser als seinen Auftrag, auch die um Bremen liegenden Gebiete in der britischen Zone publizistisch zu versorgen.

Solange RB unter amerikanischer Kontrolle arbeitete, stand im Zentrum der Beziehungen zwischen den beiden norddeutschen Rundfunkeinrichtungen vornehmlich die Frage der Finanzierung von RB, wobei der Controller der Broadcasting Branch der britischen Militärregierung und Generaldirektor des NWDR, Hugh Carleton Greene, die Existenzberechtigung von RB allerdings grundsätzlich negierte.⁴⁾ Gleichwohl kam es am 5. Mai 1947, knapp ein halbes Jahr nach der Gründung des neuen Landes Niedersachsen, zu einem Abkommen zwischen der amerikanischen und der britischen Militärregierung über die Finanzierung von RB, das insbesondere die Zuteilung der Hörergebühren aus dem ehemals zur "Enklave Bremen" gehörenden, seit⁵⁾ Gründung des Landes aber niedersächsischen Landstreifen regelte. Das Abkommen legte fest, daß RB a) die Hörergebühren aus der ehemaligen Enklave sowie b) die Bruttohörergebühren aus dem Land Bremen erhielt; der Postanteil der letztgenannten Gebühren erstattete der NWDR dem Bremer Sender. Zusätzlich vereinbart wurde, daß neue britisch-amerikanische Verhandlungen stattfinden sollten, wenn RB nicht mehr als militärische Sendestation der Amerikaner benötigt würde. Mit der doppelten Subvention durch den NWDR sowie mit einem von den Amerikanern gewährten Zuschuß aus Überschüssen der amerikanisch-lizenzierten "Neuen Zeitung" besaß RB eine gesicherte finanzielle Grundlage. Nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 entfiel jedoch der Zuschuß der Amerikaner. Diese hatten am 9. August 1948 zudem den Bremer Senat damit beauftragt, ein bremisches Rundfunkgesetz zu erlassen. Damit war der Zeitpunkt für neue britisch-amerikanische Verhandlungen gekommen. Sie fanden am 14. September 1948 in Berlin statt. Zuvor hatte Greene dem NWDR-Verwaltungsrat empfohlen, RB als Nebenstelle des NWDR zu übernehmen. Der Verwaltungsrat schloß sich diesem Vorschlag an und gab ferner zu verstehen, daß die im Abkommen vom 5. Mai 1947 vereinbarten Subventionen nicht länger zu vertreten seien.

4) vergl.: Dirk Ludwig Schaaf, Politik und Proporz im NWDR. Rundfunkpolitik in Nord- und Westdeutschland 1945-1955, Phil. Diss. Hamburg 1971, S. 109

5) Durch Artikel IV der Verordnung Nr. 118 (Nordwestdeutscher Rundfunk) der Britischen Militärregierung standen die Hörergebühren aus dem Gebiet der britischen Zone (also auch aus Niedersachsen) abzüglich eines Postanteiles dem NWDR zu.

Die Verhandlungen am 14. September in der ehemaligen Reichshauptstadt verliefen ohne Ergebnis. Die Briten wiesen indes darauf hin, "daß finanzielle Angelegenheiten des NWDR jetzt unter rein deutscher Verantwortung stünden und daß (sie) gegen diese Entscheidung (des NWDR-Verwaltungsrates, A.K.) nichts unternehmen" könnten.⁶⁾ Daraufhin teilte Greene dem Bremer Intendanten Walter Geerdes mit, daß der NWDR ab 1. November 1948 nicht mehr bereit sei, den Postanteil der im Land Bremen eingezogenen Hörergebühren an RB zu erstatten. Die ungelöste finanzielle Zukunft von RB war mithin in deutsche Hände übergeben worden, zumal da das RB-Gesetz am 22. November 1948 von der Bremischen Bürgerschaft angenommen wurde und am 15. März 1949 in Kraft trat. In den folgenden drei Jahren bis Ende 1951 entwickelte sich ein mit zuweilen äußerster Härte ausgetragener Streit darüber, ob Greene tatsächlich sämt-



Streitobjekt:
Hörergebühren
der Enklave
Bremen

liche Subventionszusagen des NWDR (oder nur einen der beiden Teile) gekündigt hatte, und ferner darüber, ob RB einen Rechtsanspruch auf die Hörergebühren der ehemaligen "Enklave Bremen" besitze. Diese Fakten wurden alsbald überwuchert von landes- und medienpolitischen Interessen sowie von persönlichen Animositäten,

6) (Übersetzter) Vermerk über die "Zusammenkunft bei OMGUS am 14.9.(19)48 zwecks Diskussion über den Sender Bremen" (Abschrift). NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: NWDR - Radio Bremen

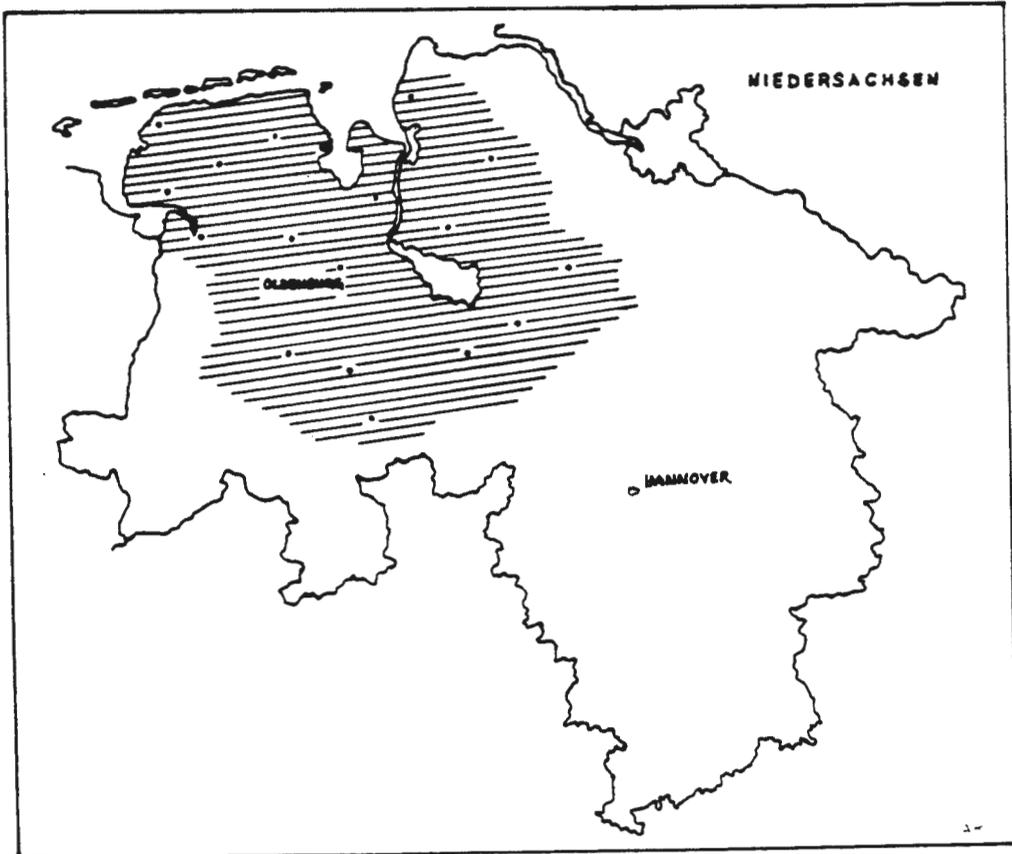
deren Zielscheibe vorzugsweise der Bremer Intendant Geerdes bildete. Dadurch wurde aber auch das grundsätzliche Problem dieses Streites zunehmend unklarer, nämlich die von den Organen der beiden Rundfunkhäuser nicht zu lösende Aufgabe, die Rundfunkstruktur in Norddeutschland neu zu ordnen.

Gleich zu Beginn der Auseinandersetzungen hatte dieses Problem durch die Beschlüsse der Kopenhagener Wellenkonferenz vom September 1948⁷⁾ wenigstens für den NWDR eine neue Qualität erhalten. Die Konferenz hatte der Hamburger Rundfunkanstalt lediglich zwei Mittelwellen von durchschnittlicher technischer Qualität zugeteilt, was die ohnehin problematische Versorgung des riesigen NWDR-Sendebereiches weiter erschwerte. Neben dem Ausbau des bestehenden MW-Sendernetzes entschloß sich die Hamburger Anstalt daraufhin, den UKW-Bereich zu erschließen. In ihm sollten zusätzliche Angebote verbreitet werden, um die insbesondere von Landespolitikern und Interessenvereinigungen geforderten regionalen Bezüge im NWDR-Programm zu realisieren. Damit stellte sich die Frage, wie der zuvor vom NWDR kaum erschlossene westniedersächsische Raum in dieses verbreitungstechnische und programmpolitische Konzept einzubeziehen war. Denn durch die technische Reichweite seiner Welle und die auf den westniedersächsischen Raum bezogenen Angebote seines Programms hatte sich RB dort bereits eine Stammhörerschaft aufgebaut, die den Sender an der Weser als ihren "Heimatsender" betrachtete und somit demonstrierte, daß die durch die Besatzungsmächte geschaffenen Verbreitungsgebiete der norddeutschen Rundfunkanstalten nicht ihren Erwartungen entsprach.⁸⁾ Das Interesse des NWDR an der Eingliederung von RB hatte mithin hohe Aktualität. Unnötige Investitionen und Doppelarbeit im Programm sollten vermieden werden, zumal da der NWDR durch den beginnenden Fernseh-Versuchsbetrieb, durch neue Rundfunkbauten und eben nicht zuletzt durch den Aufbau eines UKW-Programms finanziell und personell äußerst belastet war.

Da aber die Organe des Bremer Senders, Intendant und Aufsichtsgremien, unterstützt durch Landes- und Bundespolitiker sowie durch die ehemalige amerikanische Besatzungsmacht, zäh an ihrem Erbe Radio Bremen festhielten, kam als Lösung des Streites zwischen den beiden norddeutschen Häusern einzig eine verbreitungstechnische und eine Zusammenarbeit bei der speziell für Westniedersachsen konzipierten Programmproduktion in Frage. Tatsächlich wurden verschiedene Varianten einer derartigen Kooperation bis zur Vertragsreife entwickelt. Ihr Abschluß scheiterte aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt jedoch an den Zermürbungsstrategien des NWDR, die zwischen Elbe und Wester ein eisiges Klima und gegenseitigen

7) vgl.: Georg von Glowczewski, Der Kopenhagener Wellenplan 1948 und seine politischen, rechtlichen und technischen Folgen für die ARD, in: Winfried B. Lerg/Rolf Steiniger (Hrsg.), Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung, Berlin 1975, S. 385-410

8) (38) Unaufgeforderte Stellungnahmen für Radio Bremen aus dem Postleitzahlbezirk 23 der Oberpostdirektion Bremen (August/September 1948), (Abschriften). NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: NWDR - Radio Bremen



Das Abkommen vom 20. Dezember 1951: geographischer Arbeitsbezirk von RB im NWDR-Sendegebiet

Argwohn erzeugt hatten. Als bevorzugstes Mittel dieser Strategien benutzte der NWDR die jeweils nur für einen kurzfristigen Zeitraum gewährte Prolongierung der für RB lebensnotwendigen Hamburger Zuschüsse in Höhe von monatlich 80.000 DM, um sich den Bremer Sender doch noch einzugliedern oder wenigstens den Umfang seiner Programmangebote einzuschränken.

Da die Zeit bis zum Inkrafttreten des Kopenhagener Wellenplanes am 15. März 1950 drängte, hatte der NWDR begonnen, sein für Westniedersachsen geplantes Sendernetz aufzubauen. Anfang Mai 1950 wurde in Oldenburg ein kleines Studio eröffnet. Bereits seit Mitte März 1950 arbeiteten die NWDR-Sender in Norden-Osterloog und Oldenburg. Im Gegenzug hatte RB im nur 20 Kilometer von Oldenburg entfernten bremischen Farge seinen MW-Sender verstärkt und mit dem Aufbau eines UKW-Senders begonnen, der Mitte Oktober 1951 eröffnet wurde. Schon im Januar 1949 war in der Oldenburger "Nordwestdeutschen Rundschau" das offenbar von Bremen lancierte, wegen der Finanzlage des Senders und seiner geographischen Nähe aber wenig glaubhafte Gerücht verbreitet worden, RB plane selbst die Einrichtung eines Studios in der Stadt an der Hunte. Trotz dieser angespannten Atmosphäre und der unterdessen errichteten Sendeanlagen verständigten sich beide Anstalten in einem Abkommen vom 20. Dezember 1951 doch noch auf eine Zusammenarbeit.

Die zehn Punkte umfassende Vereinbarung regelte zunächst die Teilnahme eines Mitgliedes des NWDR-Verwaltungsrates an Sitzungen des Bremer Rundfunkrates sowie die Teilnahme eines Mitgliedes des Bremer Rundfunkrates an Sitzungen des NWDR-Verwaltungsrates, allerdings nur soweit sie Angelegenheiten von RB berührten. Ein eindeutiges Gegenseitigkeitsprinzip bestand also nicht. Ferner wurden laufende Programmabsprachen zwischen den Intendanten der NWDR-Funkhäuser Hamburg und Köln und dem Bremer Intendanten vereinbart und festgelegt, daß der NWDR an RB einen monatlichen Zuschuß in Höhe von 135.000 DM zahlte. Das Abkommen enthielt darüber hinaus drei weitere Absprachen. RB verpflichtete sich, dem NWDR seine Mittel- und seine Ultrakurzwellen zur Ausstrahlung der NWDR-UKW-Programme für insgesamt 25 Stunden je Woche zur Verfügung zu stellen. Für die Programmkooperation wurde vereinbart, daß "die beiden Redaktionen der niederdeutschen Sprache (in Hamburg und Bremen; A.K.) gemeinschaftlich produzieren und ihre eigenen Programme aufeinander abstimmen." Über die rundfunkpublizistische Berichterstattung aus der westniedersächsischen Region endlich erzielten die beiden Anstalten folgenden Beschluß: "Das Funkhaus Hamburg des NWDR wird sich beim Aufbau eines lokalen Programms im niedersächsischen Raum neben seinen eigenen auch der Mittel bedienen, die Radio Bremen zu Verfügung stellt. Radio Bremen bearbeitet zu diesem Zweck unter der Bezeichnung 'Programmgemeinschaft NWDR-Radio Bremen' mit Korrespondenten und Übertragungswagen die Landkreise: Norden, Wittmund, Aurich, Leer, Friesland, Wilhelmshaven, Ammerland, Oldenburg, Cloppenburg, Vechta, Diepholz, Hoya, Wesermarsch, Verden, Rotenburg, Osterholz, Bremervörde, Wesermünde. Unter der

Kennzeichnung 'Programmgemeinschaft NWDR-Radio Bremen' werden auch die hierfür bestimmten Aufnahmewagen Radio Bremens tätig werden."⁹⁾

Durch diesen letzten Punkt des Abkommens war das gerade 1 1/2 Jahre bestehende NWDR-Studio in Oldenburg ernsthaft in Frage gestellt, da sein geographisches Arbeitsgebiet an RB abgetreten worden war. Tatsächlich teilte der Justitiar des NWDR, Hans Brack, bereits am 1. Dezember 1951 dem Vorsitzenden des NWDR-Verwaltungsrates Emil Dovifat mit, es bestehe die Möglichkeit, das Oldenburg-er Studio an den britischen Militärsender BFN zu verkaufen.¹⁰⁾ Gut einen Monat später wurde während einer Chefbesprechung bei Generaldirektor Adolf Grimme zudem darüber nachgedacht, den Sender Norden-Osterloog an die BBC zu verpachten.¹¹⁾

Doch diese Pläne blieben unverwirklicht. Denn offenbar bildete nicht die in der Vereinbarung mit RB beschlossene Programmkooperation das genuine Ziel des NWDR-Managements. Sie stellte bestenfalls einen Aspekt der Strategie dar, RB in den NWDR zu integrieren. Ganz in diesem Sinne interpretierte Brack die im Abkommen vom 20. Dezember 1951 getroffene Vereinbarung über die gegenseitige Teilnahme von Gremienmitgliedern an den Sitzungen der Aufsichtsorgane der beiden Häuser als "konstruktive(n) Schritt zur Eingliederung Radio Bremens in den NWDR" - freilich zunächst noch unter "Aufrechterhaltung der Bremer Selbständigkeit".¹²⁾ Nicht unerheblich für die weitere Verfolgung dieser Strategie dürfte eine persönliche Einschätzung des Referenten für Presse, Rundfunk- und Filmwesen im Bundesinnenministerium, Regierungsdirektor Carl-Heinz Lüders, gewesen sein. Als im Frühjahr 1951 die Frage der Subventionierung von RB durch den NWDR auch vom Bundesinnenministerium behandelt wurde, hatte Lüders seinem Minister Robert Lehr einen Vorschlag ausgearbeitet, der die Zahlung weiterer Zuschüsse an RB vorsah. Offiziell war dieser Vorschlag damit begründet worden, daß sich das Ministerium mit "dem Verwaltungsrat des NWDR darin einig zu wissen glaub(t), daß eine durch finanzielle Maßnahmen erzwungene Vorabentscheidung über die Existenz Radio Bremens vor der endgültigen Ordnung des deutschen Rundfunkwesens durch das Bundesrundfunkgesetz vermieden werden sollte."¹³⁾ In einem persönlichen

-
- 9) Abkommen zwischen dem Nordwestdeutschen Rundfunk und Radio Bremen vom 20.12.1951. NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: NWDR - Radio Bremen; detaillierte Angaben zur Vorgeschichte bei: Dirk Ludwig Schaaf (Anm. 4) und bei: Liselotte von Reinken, Rundfunk in Bremen 1924-1974. Eine Dokumentation, Bremen 1975, S.91ff.
 - 10) Schreiben Hans Brack an Emil Dovifat vom 1.12.1951. NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: NWDR - Radio Bremen
 - 11) Protokoll der Chefbesprechung am 16.1.1952, S.2, NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: Chefbesprechungen
 - 12) Schreiben Hans Brack an Emil Dovifat vom 1.12.1951. NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: NWDR - Radio Bremen
 - 13) Schreiben Bundesinnenministerium an Hauptausschuß des NWDR vom 6.3.1951 (Abschrift), NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: NWDR - Radio Bremen

Begleitschreiben an Brack hatte Lüders aber folgende Interpretationshilfe mitgeliefert:

"Ich würde es doch sehr begrüßen, wenn auf dieser Basis (des Vorschlages des Innenministeriums; A.K.) ein Vergleich zustande käme, auch wenn der NWDR seine formellen Bedenken (oder darf ich zu Ihnen Vorwände sagen) zurückstellen würde. Daß letztlich Bremen eines Tages im NWDR aufgehen muß, scheint mir persönlich nicht zweifelhaft zu sein. Aber auf diesem Wege (des Vorschlages; A.K.) schafft man einen langsamen Übergang und vermeidet Friktionen mit beiderseitiger Kampf Stimmung."¹⁴⁾

In diesem Zusammenhang betrachtet, scheint das Abkommen vom 20. Dezember 1951 auf Seiten des NWDR als mittelfristige Strategie verstanden worden zu sein, um für den Fall einer bundesgesetzlichen Neuordnung des Rundfunks, die zu dieser Zeit vorbereitet wurde, die vollständige Eingliederung von RB in den NWDR zu präjudizieren.

Wie wir heute wissen, ist es dazu nicht gekommen.¹⁵⁾ Ende 1951 indes war dem NWDR die Aussicht auf die mögliche Übernahme des Bremer Rundfunks immerhin die monatliche Summe von 135.000 DM wert, die nun ohne die zuvor üblichen, langen Diskussionen an die Weser überwiesen wurde. Auch die anderen Punkte des Abkommens wurden erfüllt. Nur die Programmkooperation kam nicht zustande, sieht man ab von der Gemeinschaftssendung der beiden niederdeutschen Redaktionen in Hamburg und Bremen, der "Niederdeutschen Chronik", die seit 5. März 1952 jeden Mittwoch 15.30 - 16.00 Uhr über die UKW-Programme beider Anstalten ausgestrahlt wurde. Auch die Atmosphäre zwischen Hamburg und Bremen blieb gespannt. Schon am 27. Dezember 1951 ließ NWDR-Finanzdirektor Georg Hubrich seinen Kollegen Brack in einem Aktenvermerk wissen, er glaube nicht an eine Befriedung von RB, solange "ein Herr Geerdes dort Intendant" spielt.¹⁶⁾

Schwerer wog hingegen, daß Grimme im Juni 1953 nachhaltig darüber verärgert war, daß sich RB in Sitzungen der ARD mehrfach auch bei solchen Punkten gegen den NWDR gestellt habe, bei denen Bremer Interessen nicht berührt worden seien.¹⁷⁾ Nur einen Monat später wurde die keineswegs geringe Anzahl an Eklats zwischen NWDR und RB um einen weiteren vermehrt. Während einer gemeinsamen Sitzung der Bremer Aufsichtsgremien Mitte Juli 1953 berichtete der dort als Mitglied des NWDR-Verwaltungsrates anwesende Rechtsanwalt Heinz Adler über das "weiter angespannte Verhältnis Bremen/NWDR" und darüber, daß Intendant Ernst Schnabel die Zusammenarbeit beider

14) Schreiben Carl-Heinz Lüders an Hans Brack vom 7.3.1951 (Abschrift), ebenda

15) vgl.: Hans Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, Teil 1, München 1980, S.309ff

16) Aktenvermerk von Georg Hubrich vom 27.12.1951, NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: NWDR - Radio Bremen

17) Schreiben von Hans Brack an Heinz Adler vom 7-7-1953 (Durchschlag), ebenda

Häuser als unbefriedigend bezeichnet habe. Auf seine erstaunte schriftliche Rückfrage erhielt Intendant Geerdes von seinem Hamburger Kollegen ein geharnischtes, dreiseitiges Schreiben, eine Liste von Beschwerdepunkten und folgende Diagnose Schnabels:

"Man kann doch nur ein Verhältnis kritisieren, das positiv existiert. Lamentabel ist (...) aber gerade, daß es zwischen uns zu einem solchen Verhältnis nicht gekommen ist. (...) Inzwischen (habe) ich mich an den Gedanken gewöhnt, daß zwischen uns eine Zusammenarbeit offenbar nicht möglich ist."¹⁸⁾

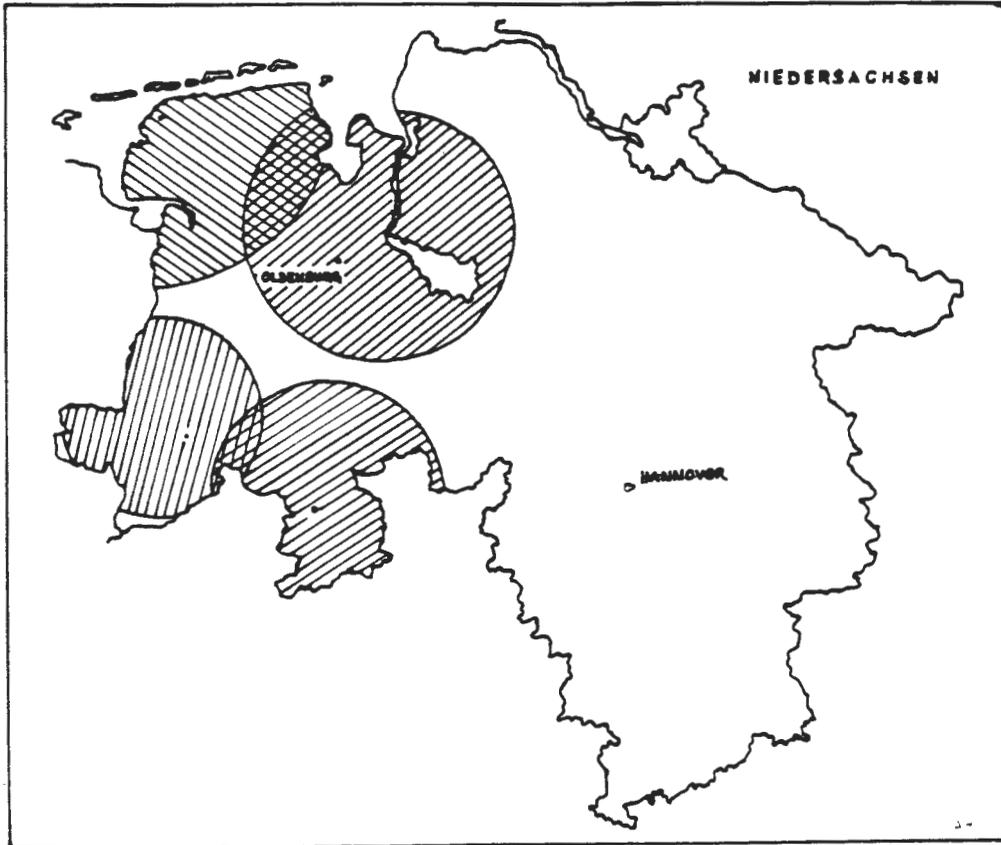
Für die Programmkooperation war das Abkommen, das 1954 durch den ARD-Finanzausgleich seinen Wert verlor und daher aufgekündigt wurde, lediglich ein Stück Papier geblieben. Für das Oldenburger Studio indes konnte diese Entwicklung nicht ohne Folgen bleiben.

II.

Die Entscheidung für den Bau eines MW-Senders und einer mit ihm verbundenen Besprechungsstelle in Oldenburg fiel im NWDR-Verwaltungsrat am 16. November 1948, also zwei Monate nach dem Ende der Kopenhagener Wellenkonferenz. Die dem NWDR auf dieser Konferenz zugeteilten MW-Wellen von technisch durchschnittlicher Qualität (971 kHz statt bisher 904 kHz; 1586 kHz statt bisher 1330 kHz sowie die Mitbenutzung der Internationalen Gemeinschaftswelle 1484 kHz mit Sendern bis zu maximal 2 kW) erforderten die Erweiterung des bestehenden Netzes um neun kleinere Sender. Nur so konnte im Verbreitungsgebiet des NWDR weiterhin ein einwandfreier Empfang gewährleistet werden. Vordringlich galt es, dieses Aufgabe in jenen Teilen des Sendegebietes zu lösen, in welchen schon bisher der Empfang nur schlecht oder überhaupt nicht möglich war. Dazu gehörte Westniedersachsen. Dort konnte die NWDR-Mittelwelle am Tage mäßig, mit Beginn der Abendstunden aber kaum noch empfangen werden. Der Standort Oldenburg für einen neuen MW-Sender war daher¹⁹⁾ aus vornehmlich verbreitungstechnischen Gründen gewählt worden. Feldmessungen hatten ergeben, daß Ostfriesland, das Oldenburger und das Emsland mit dem bereits seit September 1948 arbeitenden Sender sowie mit dem von den Briten an den NWDR übergebenen Strahler in Norden-Osterloog und endlich mit dem in diesem Konzept mit der größten Leistung ausgelegten Sender (Endstufe: 40kW) in Oldenburg optimal versorgt werden konnten.

18) Schreiben Ernst Schnabel an Walter Geerdes vom 27.7.1953
(Durchschlag), ebenda

19) Ob bei der Wahl des Sonderstandortes eine bewußte Konkurrenz zu RB gesucht wurde, ist aus den eingesehenen Akten nicht zu entnehmen.



Mittelwellen-Sender für Westniedersachsen:
Planung nach dem Kopenhagener Wellenplan

Die dort ebenfalls vorgesehene Besprechungsstelle galt in ihrer Planungsphase nur als aufnahmetechnischer Außenstützpunkt des NWDR. Obwohl schon um die Jahreswende 1948/49 für sie gelegentlich die Bezeichnung "Studio" verwendet wurde, sollte die Oldenburger Einrichtung zunächst ausschließlich der Aufnahme von Vorträgen und Gesprächen dienen, also keine redaktionellen Aufgaben erfüllen. Die Notwendigkeit dieses Studios ergab sich aus der geringen aufnahmetechnischen Mobilität des NWDR Ende der vierziger Jahre. Er verfügte noch nicht über eine Flotte gut ausgestatteter Ü-Wagen²⁰⁾; zudem war das zeitgenössische Straßennetz im agrarisch strukturierten Westniedersachsen unterentwickelt. Als Standort für die Außenstelle bot Oldenburg im Dreieck zum Hamburger Funkhaus und zu dem damals im Aufbau begriffenen, noch als Hamburger Nebenstelle bezeichneten Funkhaus in Hannover eine geographisch günstige Position, zumal da es als die einzige größere Stadt in der Umgebung den Vorteil besaß, von Kriegszerstörungen weitgehend verschont geblieben zu sein.

Zusätzliche Bedeutung erhielt die Senderkonzeption durch die geplante Ausstrahlung eines zweiten Programms im UKW-Bereich. Im westlichen Niedersachsen bildeten die MW-Sender für dieses Vorha-

20) als Beispiel vgl.: Heinz-Josef Hubert, Vor 40 Jahren trampfen die Reporter, in: WDR-Print Nr. 125 (September 1986), S.3

ben die verbreitungstechnischen Markierungspunkte und sollten daher jeweils mit zusätzlichen UKW-Strahlern ausgelegt werden. Aber auch das für Oldenburg vorgesehene Studio erfuhr im Zuge der UKW-Konzeption eine Aufwertung. Die Planung des UKW-Programms hatte Anfang 1950 ein konkretes Stadium erreicht.²¹⁾ Anders als die NWDR-Mittelwellen, die technisch nur die Verbreitung eines einzigen Programms zuließen, bot sich dem NWDR im UKW-Bereich die Möglichkeit, zwei voneinander unabhängige Programme auszustrahlen. Zwei Sendergruppen wurden gebildet, deren technische Verbreitungsregion mit je etwa gleichgewichtiger Bevölkerungszahl sich an Verwaltungsgrenzen orientierte: UKW-Nord hatte von Hamburg aus den Stadtstaat und die Flächenländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie Berlin, UKW-West von Köln aus das 1946 neugebildete Land Nordrhein-Westfalen mit je einem Programm zu versorgen. Das UKW-Nord-Programm sei, so erklärte der Leiter der Hamburg Hauptabteilung Wort, Walter Hilpert, im Februar 1950, durch zwei allgemeine Absichten bestimmt: "1.) Es wird ein Ausgleich zum Mittelwellenprogramm sein; 2.) es wird regionale Sonderwünsche der einzelnen Landschaften berücksichtigen."²²⁾ Freilich wurde die publizistische Alternative zwischen erstem (MW-)Programm und zweitem (UKW-)Programm anfangs noch sehr holzschnittartig verstanden. Hierzu noch einmal eine Erklärung von Walter Hilpert: "Das zweite Programm wird also unterhaltende Musik bringen, wenn auf der Mittelwelle das anspruchsvolle Sinfoniekonzert gesendet wird. Der Hörer wird im zweiten Programm Musik hören, wenn auf der Mittelwelle gesprochen wird."²³⁾

Die Betonung regionaler Bezüge mag neben den erwähnten Forderungen aus landespolitischen Kreisen, von Gebietskörperschaften und Heimatverbänden auch noch zwei weitere Aspekte berücksichtigt haben. Die beiden norddeutschen Länder wiesen im Bundesdurchschnitt den weitaus größten Anteil an Heimatvertriebenen auf. In Niedersachsen etwa machten sie 1950 mehr als ein Drittel der gesamten Wohnbevölkerung aus. Jeder siebte NWDR-Hörer, so hatte 1951 eine Umfrage ergeben, war Flüchtling. Programmteile mit regionalem Bezug konnten mithin dazu beitragen, den aus ostdeutschen Gebieten Vertriebenen oder Geflüchteten ihre neue Heimat im Westen darzustellen und verständlich zu machen. Außerdem verstand sich das NWDR-Programm bis weit in die fünfziger Jahre als ein politisches und kulturelles Bindeglied zwischen West- und Ostdeutschland, das den Hörern in der DDR das Bild von der deutschen Heimat jenseits des Eisernen Vorhangs wachhalten sollte.

Die Entwicklung des UKW-Programms mußte noch ohne die heute übliche Akzeptanzforschung und ohne Pilotprojekte auskommen. Zu seiner Planung blieb wenig Zeit, die personellen Ressourcen in den beiden Funkhäusern in Hamburg und Köln waren für die Aufgabe, zwei Programme zu gestalten, knapp bemessen. Überhaupt mußten die Re-

21) zu älteren Konzeptionen vgl.: Dirk-Ludwig Schaaf (wie Anm. 4), S. 97 ff.

22) Walter Hilpert, Das Programm der Ultrakurzwelle, in: Die Ansage Nr. 8 vom 24.2.1950, S.3

23) ebenda

dakteure zunächst lernen, wie dem UKW-Programm ein eigener, identifizierbarer Zuschnitt gegeben werden konnte. Ebenso mußten sie erst die intramediären und Rezeptionsspezifika kennenlernen, die eine sinnvolle Koordination des neuen mit dem eingeführten MW-Programm gestatteten. Dabei gaben ihnen Prognosen über die Hörereteiligung wenig Anlaß zu Optimismus. Werner Nestel, der Technische Direktor des NWDR, hatte sich bereits Anfang 1949 ein Gutachten der Rundfunkindustrie besorgt, wonach auf Grund der Produktionskapazitäten der Gerätehersteller erst Ende 1950 im gesamten NWDR-Gebiet mit der ersten UKW-Hörer-Million zu rechnen war. Er empfahl daher, das UKW-Programm bis Dezember 1950 mit "einfachsten Mitteln" zu bestreiten, und zwar durch: "Wiederholungen aus dem ersten (MW-)Programm; Ausschöpfung der vorhandenen Bandarchive; Benutzung von Schallplatten, die im (MW-NWDR-)Programm nicht verwendet werden; eine Neuproduktion, die nicht eine allzu große Erhöhung des Personal- und Kostenaufwandes der Programmseite darstellen muß."²⁴⁾

Sozialstatistische Erkenntnisse der Zeit ließen selbst noch die Prognose der Industrie als zu optimistisch erscheinen. Danach lag das monatliche Einkommen von über zwei Dritteln der Haushalte im NWDR-Gebiet Mitte 1951 bei nur 300 DM oder weniger. Die potentielle Käuferschaft von neuen Rundfunk- oder Zusatzgeräten, die erst den UKW-Empfang gewährleisteten, war also begrenzt. Tatsächlich ermittelte eine DISMA-Studie, daß zu Beginn des Jahres 1951 erst knapp sechs Prozent aller NWDR-Hörer Geräte für den UKW-Empfang besaßen. Als Reaktion darauf startete der NWDR im Frühjahr 1951 eine Aktion zum Ratenkauf von UKW-Empfängern.

Als das UKW-Nord-Programm am 14. Mai 1950 und damit zwei Monate nach Inkrafttreten des Kopenhagener Wellenplanes begann, war seine Struktur erst in Umrissen erkennbar. Im damals üblichen Planungsrhythmus von Sommer- und Winterprogramm erfuhr sie in den folgenden Jahren vielfältige Veränderungen, wobei durchaus Probleme der Nachkriegszeit eine Rolle spielten. Noch im Winterprogramm 1951/52 etwa mußten die Hauptabendausgaben der Nachrichten und mit ihnen der Beginn des Abendprogramms vorverlegt werden - "mit Rücksicht auf die Kohleknappheit", wie der Hamburger Intendant erläuterte.²⁵⁾ Ebenso wie das MW-Programm war das UKW-Angebot ein Kästchenprogramm ohne großflächige Auslegung von Programmplätzen. Gleichwohl waren ihm bereits im Sommer 1950 einige

24) Werner Nestel, Zweites NWDR-Programm, masch. Manuskript, 2 S., v. 1.2.1949; NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: I/3

25) Ernst Schnabel: Funkhaus Hamburg des NWDR. Monatsbericht (15.11.1951), S.1; NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: Monatsberichte der Funkhäuser und Studios

ZWEITES PROGRAMM		
Hamburg: 90.1 MHz (UKW)		
09.00	MUSIK AM SONNTAGMORGEN Helene Werth (Sopran), Rupert Glawitsch (Tenor). Das Hamburger Rundfunkorchester. Leitung: Wilhelm Stephan	18.00 19.00
10.00	TANZBILDER AUS NIEDERDEUTSCHLAND Wolfgang Ziolkowski (Violine), eine Instrumentalgruppe Das Hamburger Rundfunkorchester. Leitung: Wilhelm Stephan, eine Bläsergruppe aus dem Hamburger Rundfunkorchester. Leitung: Richard Müller-Lampertz	20.00 20.10
10.30	FROHLICHES UND UNTERHALTUNGS AUS DEM SCHATZ DER KAMMERMUSIK Menuett aus dem Streichquintett A-dur (Boccherini). Liebes Mädchen, hor mir zu, Lied (Haydn). Serenade aus dem Streichquartett F-dur op. 3 Nr. 5 (Haydn). Ermunterung, Lied (Haydn). Menuett aus dem Divertimento B-dur (Mozart). Rondo aus dem Streichquintett C-dur (Boccherini). Lob der Faulheit, Lied (Haydn). Menuett aus dem Septett (Beethoven). Menuett aus dem Streichquartett (Haydn)	20.15 20.20
11.00	CHORMUSIK UND LANDSCHAFTSBILD AUS DEM HARBZ	
12.00	KURZWEIL IN WORT UND KLANG	
13.30		
13.45	Sportvorschau	
16.00	EFFI BRIEST. I Von Alfred Prugel nach dem Roman von Theodor Fontane	
16.30	TANZWEISEN ANNO DAZUMAL Das Hamburger Rundfunkorchester. Leitung: Wilhelm Stephan	22.00 22.15
17.00	5-UHR-TEE Der Hamburger Radio-Tanz- und Unterhaltungsorchester und das Radio-Tango-Orchester. Leitung: Alfred Hause, das Tanzorchester des NWDR Hamburg. Leitung: Franz Thon	23.45 00.00
	Sportmeldungen	
	SINFONIEKONZERT Hermaan Gadea (Klavier). Das Sinfonieorchester des NWDR Hamburg. Leitung: Haas Schmidt-Isserstedt Siegfried-Idyll (Wagner). Klavierkonzert A-dur (Liszt). Don Juan, Tondichtung nach Nicolaus Lenau für großes Orchester op. 20 (Richard Strauß)	
	NACHRICHTEN, Wettersvorhersage	
	Tototanz	
	GLÜCK UNTERWEGS Kleine Lustspiel-Operette von Kurt Bortfeldt und Helmut M. Backhaus Musik: Werner Bochmann Funkbearbeitung: Kurt Bortfeldt und Kurt Meister Nelly: Anneliese Rothenberger Werner: Otto Albrecht Kit: Elisabeth de Freitas Max: Arno Admann Theo: Joseph Offenbach Gundelach: Adalbert Kriwal Geschäftsführer: Konrad Maserhoff Kommissar: Helmut Penne Gepäckträger: Max Zawisak Kellner: Joachim Hoene Regie: Kurt Meister	
	Anschließend TANZMUSIK	
	NACHRICHTEN, Wettersvorhersage	
	Der halbe Weg I Spiegel und Chronik des Jahrhunderts Horloge von Axel Eggebrecht	
	NUN SICH DER TAG GEENDET HAT Lieder und Volksweisen am Abend Sendeschluß	

Der erste UKW-Nord Programmtag: 14. Mai 1950

Charakteristika zu entnehmen, die für seine nächste Entwicklung bestimmend werden sollten. Landschaftliche, regionale oder lokale Bezüge - die Termini wurden in der Regel synonym verwendet - dokumentierten sich in Landschafts- und Städtebildern von meist halbstündiger Dauer, nieder- oder plattdeutschen Hörspielen und Abendsendungen. Eine unregelmäßig ausgestrahlte, halbstündige "Niederdeutsche Autorenstunde" war eingeführt worden. Das Bemühen, "kulturelle Kräfte der Region für den Rundfunk nutzbar zu machen" (Troester), zeigte sich in zahlreichen volksmusikalischen Sendungen sowie sonntags im Vormittagsprogramm in den Aufnahmen mit norddeutschen (Kirchen-)Chören. Das erste Wochen-Schema enthielt zudem drei Zielgruppen-Sendungen. Der Landfunk mit dem Titel "Die Mittagspause" wurde montags, dienstags, donnerstags und freitags von 12.00 bis 12.30 Uhr gesendet. Seinen Programmplatz belegte mittwochs und samstags der Frauenfunk mit dem Angebot "Dreißig Minuten für Sie". Ab 20. Mai 1950 startete schließlich im Samstag-Vorabendprogramm eine Jugendfunksendung, zunächst mit dem Titel "Aktuelles für die Jugend".

Das UKW-Nord-Programm begann im Sommer 1950 werktags erst um 12.00 Uhr. Das Mittagsprogramm endete bereits wieder um 13.30 Uhr nach dem viertelstündigen Informationsbeitrag "Die Anschlagssäule" mit Nachrichten über Veranstaltungen aus dem Sendegebiet UKW-Nord. Darauf folgte eine vierstündige Sendepause bis zum Vorabendprogramm; Sendeschluß war in der Regel um 24.00 Uhr. Den Kern des Vorabendprogramms bildete die aktuelle, von Hamburg ausgestrahlte Sendereihe "Von Land und Meer". Deutlicher als dieser Titel läßt ihr Untertitel "Mit dem Mikrophon durch Norddeutschland" erkennen, daß es sich um die erste aktuelle regionale Sendereihe im UKW-

Nord-Programm handelte. Ihr Konzept erläuterte Walter Hilpert im April 1950 so: "Von Land und Meer" wird "alles berichten, was an aktuellen Ereignissen im Bereich von Politik, Wirtschaft und Kultur vorgefallen ist. Hier soll stärker als bisher in den aktuellen Sendungen (des MW-Programms; A.K.) das Land dieses engeren Sendebezirkes sprechen. Die Sendestellen Hannover, Flensburg und Oldenburg werden aus ihrem engeren Arbeitsgebiet die Beiträge zu dieser Stunde liefern. Mit Berichten von Seefahrt und Hafen wird Hamburg in dieser Sendung vertreten sein."²⁶⁾ Das Oldenburger Studio hatte mithin noch vor seiner Eröffnung eine zusätzliche Aufgabe erhalten. Es sollte nicht mehr nur als eine Besprechungsstelle im engeren Sinne dienen, sondern zudem redaktionelle Aufgaben übernehmen, Nachrichten, Berichte und Reportagen aus seinem geographischen Umfeld liefern. Ebenso wie das am 12. November 1950 offiziell eröffnete Studio in Flensburg und das Funkhaus Hannover galt es nun als redaktioneller Stützpunkt für die regionale Berichterstattung.

Das geographische Gebiet, auf welches sich die aktuelle Regional-Sendereihe thematisch konzentrieren sollte, wurde gleichgesetzt mit der technischen Verbreitungsregion von UKW-Nord. Das verdeutlichte Hilpersts Zitat ebenso wie ähnlich lautende Formulierungen des Hamburger Intendanten Willy Troester. Dabei fiel allerdings auf, daß Hamburg im Vergleich zu den beiden Flächenstaaten thematisch eine untergeordnete Rolle zu spielen schien. Lediglich "Berichte von Seefahrt und Hafen" waren als Beitrag aus der Hansestadt vorgesehen.

"Von Land und Meer" bildete den ersten Typus einer aktuellen Regional-Sendereihe im UKW-Nord-Programm: in der Hamburger Zentrale zusammengestellt und redigiert, setzte sich die im gesamten UKW-Nord-Bereich verbreitete Reihe aus dezentral in den Außenstellen produzierten und thematisch auf deren jeweiliges geographisches Arbeitsgebiet bezogenen Einzelbeiträgen zusammen. Kaum zu erkennen war zu diesem Zeitpunkt einschließlich im Rahmen der beginnenden Regionalberichterstattung ein Statusunterschied zwischen den Studios. Gleichwohl war im ausgedehnten Niedersachsen mit seinen zwei NWDR-Dependancen bereits eine Rangfolge vorgezeichnet. In Hannover wurde nämlich mit den "Funkbildern aus Niedersachsen" schon seit 22. Mai 1948 zunächst dreimal wöchentlich, seit 1. November 1948 jeden Werktag eine aktuelle Regionalsendung produziert, eine Art Fensterprogramm, das auf MW ausschließlich im Verbreitungsgebiet des Senders Hannover zu hören war - während der zur Wartung des Hamburger Hauptsenders erforderlichen Sendepause des MW-Programms in der Zeit von 11.30 bis 12.00 Uhr.

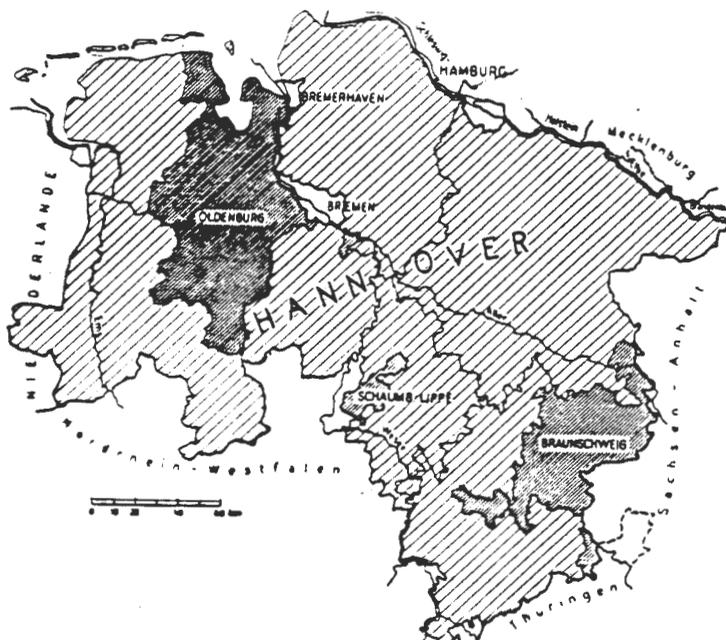
26) Walter Hilpert, Das Sommerprogramm des NWDR, in: Die Ansage Nr. 14 v. 11. April 1950, S.3

III.

Nachdem bekannt geworden war, daß der NDWR dort ein Studio aufbauen wollte, begangen sich verschiedene Persönlichkeiten in Oldenburg für diese Einrichtung zu engagieren. Vor allem der ehemalige Minister Kaestner und die Oberschulrätin beim Präsidenten des Verwaltungsbezirks Oldenburg, Erna Buschmann, bemühten sich um geeignete Räumlichkeiten, die schließlich in einem unweit des Stadtzentrums gelegenen Gebäude auf dem Gelände des historischen "Ziegelhofes" gefunden wurden. Für diesen Ort mag seine - zeitgenössisch so verstandene - Qualität als Kulturzentrum gesprochen haben, worauf bei den Mietverhandlungen gelegentlich hingewiesen wurde. Auf dem Gelände "Ziegelhof" befand sich neben einer Freilichtbühne auch ein Vortragssaal; ein Kino und ein Konzertsaal sollten alsbald eingerichtet werden. Der Rundfunk war also in guter Umgebung. Die Bemühungen gingen aber noch weiter. Erna Buschmann sondierte, ob dem Studio nicht eine Art Kulturbeirat beigegeben werden könnte, wobei ihr die entsprechende - im übrigen irrelevante, weil rechtlich nicht verankerte - Organisation in Hannover vor Augen stand.

Die Oberschulrätin und ihr Gleichgesinnte verstanden das Studio fraglos als ein Symbol der Aufwertung Oldenburgs, wenn nicht gar - jedenfalls was den Rundfunk betraf - als eine Gleichstellung mit Hannover. Diese Einstellung gründete in der jüngeren politischen Vergangenheit Oldenburgs. Bis 1918 Großherzogtum, von 1919 bis 1933 Freistaat und während des "Dritten Reiches" eingegliedert in den Reichsgau Weser-Ems, erhielt Oldenburg unter britischer Okkupation 1945 zunächst wieder den Status eines selbständigen Landes. Nach kaum einjährigem Bestehen verlor das Land diesen Status jedoch wieder durch seine unter heftigem Oldenburger Protest vollzogene Eingliederung in das am 23. November 1946 neugeschaffene Land Niedersachsen. Um die Jahreswende 1949/50

Politische Neugliederung:
Niedersachsen 1946



war der Schmerz über den Verlust politischer Selbständigkeit keineswegs überwunden und die Abneigung gegen die neue Landeshauptstadt Hannover noch wahrnehmbar. Jede Aufwertung des zum niedersächsischen Verwaltungsbezirk gewordenen Landes kam daher willkommen.

Allerdings konnte das Engagement für das Studio nicht davon ablenken, daß die breite Stimmung in Oldenburg und Umgebung gegen den NWDR war. Anfang Dezember 1949 hatte den Bundestagsausschuß für Presse, Funk- und Filmwesen eine in Oldenburg abgefaßte Resolution der "Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Heimatverbände" erreicht, die im Namen der rund 56.000 Einzelmitglieder das unmißverständliche Plädoyer abgab: "Wenn der Hörer selbst entscheiden könnte, welcher Sender seine Gebühr erhalten soll, dann würden die Hörer auch aus den Gebieten von Lüneburg bis Ostfriesland und vom Wesergebirge bis zur Küste sich für Radio Bremen entscheiden."²⁷⁾ Als wenige Wochen später die Hamburger Absicht publik wurde, die niederdeutschen Sendungen vom MW-Programm in das neue, noch kaum zu empfangende UKW-Nord-Programm zu verlegen, hagelte es an der Hamburger Rothenbaumchaussee heftige Proteste, die von Sympathiebekundungen für den Sender an der Weser begleitet waren. Und Anfang Mai 1950 sprach die Oldenburger "Nordwest-Zeitung" unumwunden von "der Abneigung, die in vielen Kreisen Oldenburgs gegen den NWDR besteht".²⁸⁾ Noch vor Beginn seiner Tätigkeit und wegen seiner Nachbarschaft zu RB war das Studio im Spannungsfeld der Auseinandersetzungen zwischen den beiden norddeutschen Rundfunkanstalten.

Generaldirektor Grimme ließ sich deshalb die Unterlagen der Bewerber für den Studioleiter-Posten zur persönlichen Einsicht vorlegen - ein "vernünftiger Mann" sollte nach Oldenburg geschickt werden. Aus dem Bündel von 20 Bewerbungen fiel der Zuschlag auf diejenige des damals 36jährigen Walter Weymann-Weyhe. Der promovierte Philosoph und Bekannte des Oldenburgers Karl Jaspers hatte seit 1947 gemeinsam mit Rüdiger Proske die Redaktion der "Frankfurter Hefte" besorgt und gelegentlich Rundfunkmanuskripte philosophischen und zeitkritischen Inhalts (vorwiegend für den NWDR-Köln) verfaßt. Er war also Publizist ohne Erfahrungen in den Niederungen des Tagesjournalismus. Aus dem Oldenburger Raum stammend, besaß er aber den Vorzug, nicht als eine Freund von RB zu gelten. Für die aktuellen rundfunkjournalistischen Aufgaben wurde ihm aus der Hamburger Nachrichtenredaktion Günther Hönicke zur Seite gestellt. Gemeinsam mit einer Sekretärin und einem Studiotekniker begannen die beiden Anfang Mai 1950 mit ihrem Auftrag, über die NWDR-Diaspora Westniedersachsen zu berichten. Eine offizielle Eröffnung des Studios hatte übrigens nicht stattgefunden. Weymann-Weyhe begann seine Tätigkeit am Tag der Arbeit, am 1. Mai 1950, Hönicke kam am 17. Mai nach Oldenburg. Grimme wollte offenbar die ohnehin gespannte

27) Schreiben Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Heimatverbände an Bundestags-Ausschuß für Presse, Funk- und Filmwesen vom 3.12.1949; NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: In/41 (Photograph. Reproduktion)

28) -: Zukunftsaufgaben im Studio Oldenburg. Gespräche mit Intendant Troester, in: Nordwest-Zeitung vom 10.5.1950

Atmosphäre zwischen RB und NWDR nicht noch weiter belasten. Aus diesem Grund war der Sender zunächst auch nach seinem Standort Etzhorn benannt worden, einem Vorort Oldenburgs.

Erst am 9. Mai 1950 hatte der Hamburger Intendant Troester einen Abstecher nach Oldenburg gemacht, um dort "mit Herrn Dr. Weymann-Weyhe die organisatorische Form des Studio noch einmal (zu besprechen) und auch die Wünsche des NWDR Hamburg wegen des Programms teils von Oldenburg" festzulegen, wie er Grimme in gutem Amtsdeutsch berichtete.²⁹⁾ Bestätigt wurde dabei, daß das Studio Berichte, Reportagen und Meldungen aus den Gebieten Oldenburg und Ostfriesland für die aktuelle Sendereihe "Von Land und Meer" liefern sollte, dazu regelmäßig für den Landfunk die Notierungen vom Nutzviehmarkt in Leer und vom Freimarkt in Oldenburg. Weymann-Weyhe und Hönicke begannen, eine Netz von semiprofessionellen Korrespondenten aufzubauen und Kontakte zu Körperschaften, Verbänden und Vereinen zu knüpfen. Wie die monatlichen Berichte des Studios zeigten, wurde über die nach Hamburg per Fernschreiber übermittelten Nachrichten und deren Verwendung im MW- und UKW-Programm peinlich genau Buch geführt. Das Studio stand offenbar unter einem Legitimationsdruck und mußte seine Produktivität beweisen.

Die erste Sendung vom Oldenburger Studio war ein Landschaftsbild über "100 Jahre Nordseebad Borkum", das von Hamburg aus am 7. Juli 1950 im MW-Programm gesendet wurde. Sein Autor Hönicke konnte vierzehn Tage später einen weiteren Erfolg verbuchen, als ebenfalls über MW am 25. Juli sein Beitrag "Wilhelmshaven. Panorama einer Stadt" ausgestrahlt wurde, allerdings in der nachtschlafenden Zeit von 22.15 bis 22.45 Uhr. Drei Monate darauf folgte eine wiederum von Hönicke besorgte kleine Reihe von drei halbstündigen Landschaftsbildern über "Land ohne Wald - Ostfriesland" (18.10.), "Wasser, Watt und Deiche" (23.10.) und "Die Oldenburger" (30.10.). Obschon auch diese Reihe im MW-Programm verbreitet wurde, dürfte sie ihr avisiertes Publikum doch verfehlt haben. Denn der Sender Oldenburg war zu dieser Zeit nicht mehr als ein Provisorium, ein aus zwölf schweren Kraftwagen mit Anhängern bestehender, mobiler MW-Strahler, der zwar eine Sendeleistung von 20 kW erreichen konnte, nach seiner Inbetriebnahme am 15. März 1950 aber immer wieder ausfiel. Die Fertigstellung des stationären Senders Oldenburg-Etzhorn dauerte bis Ende Dezember 1950. Seitdem wurde über den 100 m hohen Sendemast das NWDR-MW-Programm mit 20 kW (ab September 1951: 40 kW) und das UKW-Nord-Programm mit 10 kW in das west-niedersächsische Gebiet verbreitet.

Trotz solcher anfänglicher Mängel des Senders hatte Weymann-Weyhe schon Anfang Mai 1950 in Hamburg den Vorschlag gemacht, aus Oldenburg in der Sendepause des MW-Programms, also am späten Vormittag, eine halbstündige Sendung zu verbreiten, um - wie er begründete - "unsere Oldenburger Hörer besonders anzusprechen". Troester nahm diesen Vorschlag positiv auf und leitete ihn mit dem rundfunkpoli-

29) Willy Troester, Funkhaus Hamburg des NWDR, Monatsbericht (19.5.19509), S.1; NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: Monatsberichte der Funkhäuser und Studios

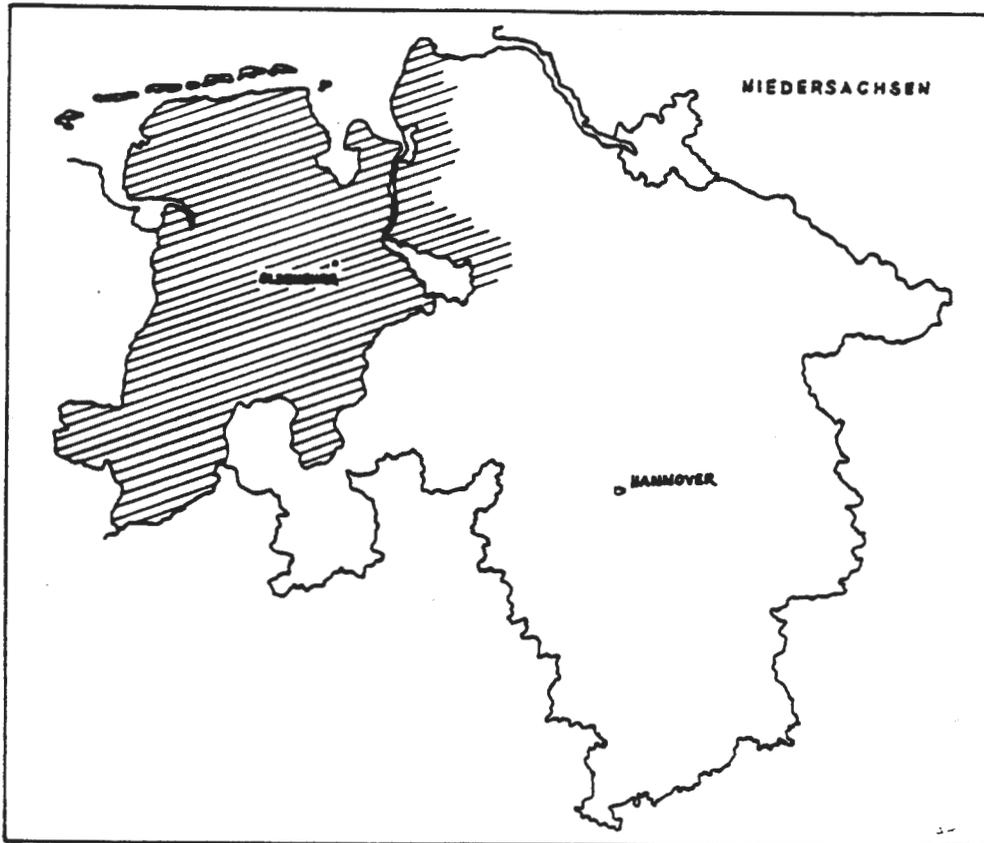
tischen Argument an den Generaldirektor weiter, "mit Rücksicht auf die Bremer Situation befürwortet das Funkhaus Hamburg diese Anregung".³⁰⁾ Während der Chefbesprechung am 16. Juni 1950 bei Grimme fiel bei der Behandlung des Oldenburger Vorschlags eine wichtige Entscheidung. "Es wird über die Hereinnahme gewisser Sendungen aus Oldenburg in das Programm gesprochen", vermerkt das Protokoll und notiert den Beschluß: "Die Ansicht geht dahin, daß Oldenburg ein Teil Niedersachsens ist, also bei Hannover mit berücksichtigt werden muß."³¹⁾ Das rundfunkpolitische Argument wurde also einem programmpolitischen untergeordnet. Das Studio sollte keinesfalls in eine Konkurrenz zu RB manövriert werden. Mit dem Beschluß war aber nicht nur der Oldenburger Wunsch nach einer eigenen Sendereihe abgelehnt. Zugleich war die Rangfolge der NWDR-Außenstellen in Niedersachsen geklärt. Obwohl dem Hamburger Intendanten unmittelbar unterstellt, wurde das Studio hinsichtlich seiner Programmaufgaben in erster Linie als Zulieferer von Berichten und Reportagen aus dem westniedersächsischen Raum für aktuelle Sendungen des Funkhauses Hannover verstanden. Die Definition dieser Funktion erhielt zwar alsbald einige Modifikationen, die Hierarchie wurde jedoch prinzipiell nicht mehr geändert. Auch wenn das Oldenburger Studio in regelmäßigen Abständen mit Einzelsendungen im MW- und UKW-Programm vertreten war und von Oldenburg aus zuweilen Unterhaltungsprogramme wie das Funkdenkspiel "Einer wird glücklich" oder die Musikwunschsendung "Dein klingendes Autogramm" übertragen wurden, konzentrierte sich die Arbeit des Studios fast ausschließlich auf die Mitarbeit an aktuellen Regional-Sendungen des NWDR.

In der täglichen Praxis indes bereitete die Funktionsaufteilung der beiden niedersächsischen NWDR-Einrichtungen noch einige Komplikationen. Schon zu Beginn des Jahres 1951 berichtete Günther Hönicke nach Hamburg, daß die Beziehungen zu Hannover doch sehr unpersönlich seien. Und im Februar 1951 lag auf dem Tisch des Hamburger Intendanten eine Oldenburger Beschwerde darüber, daß man von Hannover aus versuche, Korrespondenten, die für das Studio arbeiteten, für sich zu interessieren. Das sei bereits in einem Falle gelungen. Zudem erfahre das Studio zuweilen von der Oldenburger Landwirtschaftskammer, daß ein Ü-Wagen aus Hannover in der Stadt sei. Man werden also informiert,³²⁾ wenn auch nicht durch die Kollegen aus der Landeshauptstadt. Solche Reibereien um das journalistische Hoheitsgebiet des Studios legten sich alsbald. Etwa seit Anfang 1952 zeigten die Themen der Beiträge aus dem Oldenburger Studio, daß sich ein geographisches Arbeitsgebiet auf das Oldenburger Land, das Emsland und Ostfriesland, auf die ostfriesischen Inseln und auf den holländischen Grenzbereich beschränkte. Eine thematische Subregion hatte sich in Niedersachsen herausgebildet.

30) ebenda, S.2f.

31) Protokoll der Chefbesprechung am 16.6.1950; NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: Chefbesprechung

32) Günther Hönicke, Studio Oldenburg. Monatsbericht (15.2.1951), S.4, NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: Monatsberichte der Funkhäuser und Studios



Subregion: das geographische Arbeitsgebiet des Studios Oldenburg

IV.

Schon mit Beginn des Winterprogramms 1950/51 bekam das Oldenburger Studio zusätzliche Aufgaben. Die Reihe "Von Land und Meer" war aus dem UKW-Programm genommen worden. Statt dessen starteten am 20. November 1950 mit der "Umschau am Mittag" (13.00-13.30 Uhr) und der "Umschau am Abend" (18.15-19.00 Uhr) zwei in Hamburg zusammengestellte und im gesamten NWDR-Nord-Gebiet verbreitete aktuelle Regional-Reihen, für die neben dem Hamburger Funkhaus die NWDR-Dependancen in Hannover, Flensburg, Oldenburg und Berlin die Einzelbeiträge beisteuerten. Das Studio in Oldenburg hatte außer den "Funkbildern" nun auch die Hamburger "Umschauen" mit seinen im Monatsdurchschnitt jedoch selten mehr als zehn Berichten und Reportagen aus dem Westen Niedersachsens zu beliefern.

Die Einführung der beiden "Umschauen" markierte für die weitere UKW-Programmentwicklung eine wesentliche Neuerung: der Programmplatz für aktuelle Regional-Reihen war seit Winter 1950 auf das Mittags- u n d auf das Vorabendprogramm festgelegt, ein

Schema, an welchem noch häufig experimentiert, das in den folgenden Jahren aber nicht mehr aufgegeben wurde. Auch im Sommerprogramm 1951, das ab 20. Mai bereits um 11.00 Uhr begann, blieben die Programmplätze der "Umschauen" erhalten, allerdings wurde ihre Sendedauer verkürzt. Zusätzlich aufgenommen und nun im UKW-Vormittagsprogramm plazierte, erschien wieder die Reihe "Von Land und Meer". Dabei dürfte es sich aber um kaum mehr als um einen Versuchsballon gehandelt haben. Da "Von Land und Meer" zeitgleich mit der MW-Reihe "Funkbilder aus Niedersachsen" (11.30-12.00 Uhr) und etwas zeitversetzt zu der Berliner MW-Regionalsendung "Rund um die Berolina" (10.30.-11.30 Uhr) ausgestrahlt wurde, wollte man in Hamburg offenbar die Akzeptanz einer solchen Reihe im UKW-Vormittagsprogramm testen. Immerhin hatte "Von Land und Meer" eine neue Sendeform erhalten, die einen abwechslungsreichen Eindruck vermitteln sollte. Die einzelnen Ausgaben der Reihe wurden im werktäglichen Wechsel zwischen Hamburg und den NWDR-Außenstellen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein dezentral produziert, aber wiederum im gesamten UKW-Nord-Gebiet gesendet. Thematisch bezogen sich die täglichen Ausgaben auf das geographische Arbeitsgebiet der jeweils verantwortlichen Redaktion. In seiner neuen Form bildete "Von Land und Meer" den zweiten Typus einer aktuellen regionalen Sendereihe im UKW-Nord-Programm.

Wahrscheinlich erfüllte die Reihe neben ihrer regionalen noch die zusätzliche programmpolitische Funktion, den Umfang des UKW-Nord-Programms mit möglichst geringem Kostenaufwand auszuweiten. An denjenigen Tagen jedenfalls, an denen die Ausgabe der Reihe aus Hannover kam, bestand sie lediglich aus einer Übernahme der zeitgleich im MW-Programm ausgestrahlten "Funkbilder aus Niedersachsen". Folgt man den Untertiteln der Sendereihe in den Ausdrucken der NWDR-Programmfahnen, so wurde dieses Prinzip auch zu den beiden wöchentlichen Hamburger Sendeterminen befolgt.

Da auch die Landfunksendung "Die Mittagspause" im Sommer 1951 die Sendeform von "Von Land und Meer" übernahm, war das Oldenburger Studio zweimal in der Woche mit eigenständig produzierten Ausgaben im UKW-Programm vertreten, also nicht mehr allein Zulieferer für die "Umschauen" (Hamburg) und die "Funkbilder" (Hannover). Im übrigen hieß die Oldenburger "Von Land und Meer"-Ausgabe "Berichte aus Moor, Geest und Marsch" - eine von mehreren kleinen Gesten, mit welchen sich das Studio aus dem Schatten des Hannoveraner Funkhauses zu lösen suchte. Verständlicherweise reichten die personellen Kapazitäten des Studios und seine technische Ausstattung kaum aus, um die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen. Daher wurden in der Regel Berichte und Reportagen aus Oldenburg mehrfach verwendet. Sie gelangten sowohl in den "Funkbildern" als auch in den "Umschauen" oder in den "Berichten aus Moor, Geest und Marsch" zur Ausstrahlung. Wie ihre Kollegen in Flensburg und Hannover hatten die beiden Oldenburger Redakteure zudem einen spezifischen Lernprozeß zu durchlaufen. Sie mußten erst ein journalistisches Gespür für die Themen der Region entwickeln, deren Angebot, wenigstens in der Umgebung Oldenburgs, nicht unbegrenzt gewesen sein dürfte. Daß dieser Lernprozeß nicht ohne Reibungsverluste ablief, bekam etwa Günther Hönicke im Februar 1951 zu spüren. "Nicht gesendet wurde

ein Kommentar von mir über die 'Selbständigkeitsbestrebungen in Oldenburg', den die Umschau am Abend haben wollte", meldete er dem Intendanten in Hamburg. Der Leiter der dortigen Abteilung Wort, Gerhard Starke, sei der Ansicht gewesen, "der Lärm, der darüber entstehen könnte, stehe in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Themas."³³⁾

Eine letzte Ursache für die den monatlichen Tätigkeitsberichten zu entnehmenden häufigen Wiederholungen von Beiträgen lag in der geringern Mobilität der Oldenburger Redakteure: es fehlte ihnen der für ihren Auftrag dringend erforderliche Ü-Wagen. Noch im März 1951, fast ein Jahr nach seinem Arbeitsbeginn, monierte Weymann-Weyhe mit resignierendem Unterton, "an der großen Kundgebung des Landvolkverbandes in Oldenburg konnten wir nur persönlich teilnehmen und eine erweiterte Nachricht darüber bringen, da ein Ü-Wagen in Hamburg nicht frei war".³⁴⁾ Mehr noch als dieses Beispiel mag die Lösung des Problems ein bezeichnendes Licht auf die Startschwierigkeiten der Reginalberichterstattung werfen. Als das Studio endlich im Hochsommer 1951 einen Ü-Wagen erhielt, mußte der neue Intendant Ernst Schnabel in seiner Art, die Dinge darzustellen, über die Qualität des Autos eingestehen, sie könne "bei vorsichtiger Beurteilung nicht mehr ganz ernst genommen werden".³⁵⁾ Tatsächlich handelte es sich um einen alten VW-Käfer, in dessen Fond ein Magnetophon aus ehemaligen Marine-PK-Beständen eingebaut war.³⁶⁾ Als Folge solcher mangelhaften aufnahmetechnischen Ausstattung schlug sich in den Themen der Beiträge des Studios eine nicht zu übersehende Konzentration auf Ereignisse in Oldenburg und seiner Umgebung nieder.

Der Beginn des Sommerprogramms 1951 war schließlich mit einem weiteren wichtigen Schritt zur Dezentralisierung von Programmproduktion und -verarbeitung im Norden verbunden: am 11. Juni begann das Studio Flensburg mit der Sendereihe "Von Binnenland und Waterkant". Ebenso wie die "Funkbilder" (Hannover) und "Rund um die Berolina" (Berlin) wurde die neue Reihe während der Hamburger Sendepause im MW-Programm zunächst dreimal wöchentlich in der Zeit von 11.00-11.30 Uhr ausgestrahlt. Die Themen der Beiträge bezogen sich vornehmlich auf das Land Schleswig-Holstein, ausgestrahlt wurde die Reihe nur im Verbreitungsgebiet des Senders Flensburg. Der Beginn dieses Fensterprogramms auf MW lieferte ein Indiz dafür, daß die Hamburger Programmplaner die thematische Region nicht mehr unbedingt gleichsetzten mit der nördlichen technischen Verbreitungsregion des NWDR. Neben Berlin, das in dieser Hinsicht wegen seiner isolierten Lage einen Sonderstatus einnahm, begannen sich die Flächenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen als verbreitungstechnische u n d als thematische Regionen für die

33) ebenda, S.2

34) Walter Weymann-Weyhe, Studio Oldenburg. Monatsbericht (15.3.1951), S.2, ebenda

35) Ernst Schnabel, Funkhaus Hamburg des NWDR. Monatsbericht (13.10.1951), S.5, ebenda

36) Auskunft von Wolfgang Verres in einem Gespräch mit d.Verf. am 28.9.1986

aktuelle Regionalberichterstattung herauszukristallisieren. Der Stadtstaat Hamburg allerdings war abermals nicht in diesen Prozeß einbezogen. Das notwendige Übel, die MW-Sendepause, war genutzt worden für die Einführung regionaler Fensterprogramme. Dezentralisierung von Programmproduktion und -verbreitung gilt mithin nicht als ausschließliches Spezifikum des UKW-Nord-Programms.

Die Flensburger Neuerung war in Oldenburg aufmerksam registriert worden. Im Juni 1951 machte Weymann-Weyhe noch einmal in Hamburg den Vorschlag, in der MW-Sendepause auch von Oldenburg aus eine eigene Sendereihe zu verbreiten. Sein Vorschlag konfligierte jetzt aber mit der sich abzeichnenden Konzeption von den Ländern als thematischen und verbreitungstechnischen Regionen, die für Niedersachsen mit den "Funkbildern" gelöst erschien. Als das Winterprogramm 1951/52 am 20. Oktober 1951 begann, mußte das Oldenburger Studio daher eine herbe Enttäuschung erleben. Die Reihen "Die Mittagspause" und "Von Land und Meer" waren der Experimentierfreude der Hamburger UKW-Planer zum Opfer gefallen. Statt dessen erhielt die "Umschau am Mittag" eine neue Sendeform, die bereits durch ihren Untertitel "Mikrophon auf für Hamburg, Flensburg, Hannover und Oldenburg" angedeutet wurde. Die "Umschau" ging nun werktags um 13.10 Uhr als 35-minütige Konferenzschaltung in den Äther. Oldenburg war also im UKW-Programm nicht mehr mit selbständig produzierten Ausgaben für eine Sendereihe vertreten. Dafür hatte das Studio aber im begehrten MW-Programm einen Platz bekommen. Seit 28. November 1951 kamen die "Funkbilder" jeden Mittwoch aus Oldenburg, womit die subregionale Berichterstattung formal ihre Verankerung in der regionalen gefunden hatte. Den Oldenburger Redakteuren indes mag diese Antwort auf ihren Wunsch nach einer eigenen Sendereihe nur ein bescheidener Trost gewesen sein. Denn die seit 1948 eingeführten "Funkbilder" galten trotz der nun wöchentlich einmal in Oldenburg produzierten Ausgabe als Hannoveraner Reihe, die obendrein als Vormittagssendung nur eine zahlenmäßig kleine Hörerschaft aufweisen konnte. Für eine Identifikation des Oldenburger Studios im NWDR-Programm reichte das nicht hin.

Zudem hatte das Studio sein Image in Oldenburg auch nach fast zweijährigem Bestehen nicht wesentlich verbessern können. Mitte August 1951 waren in der Presse der Region Artikel mit Überschriften wie "Radio Bremen, der Heimatsender für Ostfriesland" oder "Radio Bremen - der Sender Niederdeutschlands" erschienen, die es an deutlichen Sympathien für das benachbarte RB nicht fehlen ließen.³⁷⁾ Als zwei Monate später, am 15. Oktober 1951, der neue RB-Sender in Farge feierlich eingeweiht wurde, nutzte der aus Oldenburg stammende und dort sehr populäre Bundestagspräsident Hermann Ehlers diese Gelegenheit, um demonstrativ zu erklären: "er wäre als Oldenburger erfreut, daß Bremen seine Sendeenergie verstärke und die Sendungen weiteren Kreisen zugänglich würden. Er

37) vgl.: Presseartikel in: Radio Bremen. Anstalt des öffentlichen Rechts. Jahrbuch 1950/51, Bremen 1951, S.78-82

hoffe (...), daß seine Beziehungen zum NWDR nicht getrübt würden, wenn er erkläre, daß Radio Bremen viel für seine Hörer auch im niedersächsischen Raum getan habe." ³⁸⁾

Technisch nur bescheiden ausgerüstet, standen dem Studio noch immer kaum zureichende Räume in einem Gebäude zur Verfügung, das der reiche NWDR nicht gekauft, sondern lediglich gemietet hatte. In Oldenburg galt dies als untrügerisches Zeichen für den provisorischen Charakter des Studios. ³⁹⁾ Diese Meinung schien Ende 1951 durch das Abkommen zwischen RB und NWDR bestätigt zu werden, das dem Sender an der Weser das gesamte geographische Arbeitsgebiet des Studios in Ostfriesland und im ehemaligen Land Oldenburg überließ und dem Studio damit im Grunde jegliche Existenznotwendigkeit entzog.

V.

Die Vermutung, daß das Abkommen zwischen RB und NWDR vom Hamburger Rundfunkmanagement in erster Linie als Ansatz zur schrittweisen organisatorischen Eingliederung des Bremer Hauses verstanden wurde und daß die am 20. Dezember 1951 vereinbarte Programmzusammenarbeit in dieser Strategie eher nachgeordnete Qualität besaß, wurde indirekt bestätigt durch die schon im Sommer 1952 zu beobachtenden strukturellen Veränderungen im regionalen UKW-Nord-Programm. Trotz des definitiven, durch das Abkommen festgelegten Auftrages an RB, im Rahmen der regionalen Aufgaben des NWDR in Niedersachsen die Berichterstattung aus dem west-niedersächsischen Raum zu übernehmen, wurde nicht etwa der Bremer Sender, sondern das Oldenburger Studio immer stärker in die sich ausweitenden Aktivitäten dieses Programmbereiches integriert. Nirgendwo im UKW-Nord-Programm dokumentierte sich diese zwiespältige NWDR-Politik deutlicher als in der einzigen zeitgenössischen Kooperation mit RB von Dauer, der ab 5. März 1952 jeden Mittwoch von 15.30-16.00 Uhr im Bremer und im Hamburger UKW-Programm gesendeten Reihe "Niederdeutsche Chronik". Die nicht an Tagesaktualität gebundenen "Berichte aus dem Heimatleben", so ihr Untertitel, nahmen außer Einzelbeiträgen aus Hamburg, Hannover und Bremen auch solche aus dem Oldenburger Studio auf. Dessen Tätigkeitsberichte lassen sogar vermuten, daß das Studio seit etwa Mitte 1955 einer der Hauptlieferanten von Beiträgen aus dem westniedersächsischen Raum für die "Niederdeutsche Chronik" war, obschon gerade diese Aufgabe, wie noch zu zeigen sein wird, von RB gewissermaßen als Reservat begriffen wurde.

38) zitiert nach: Informationsbericht über die Eröffnung des Bremer Sender 15.10.1951 (Bagemihl); NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: NWDR - Radio Bremen

39) vgl. Schreiben des Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg, Koch, an Grimme vom 6.3.1954, NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: Studio Oldenburg

Darüber hinaus räumten zwei weitere markante Veränderungen des UKW-Nord-Programms dem Oldenburger Studio im Sommer 1952 wieder jene Bedeutung für aktuelle Regionalberichterstattung ein, die es bereits ein Jahr zuvor besessen hatte. Als Ersatz für die "Umschau am Mittag" startete am 12. Mai die werktägliche Reihe "Wir blättern in Zeitungen" (ursprünglicher Titel: "Zwischen Schlagzeile und Annonce. Wir blättern in Zeitungen und Zeitschriften"). Ebenso wie bei "Von Land und Meer" kamen die Einzelausgaben der neuen 20minütigen Reihe (12.10-12.30 Uhr) im werktäglichen Wechsel aus Hamburg und den NWDR-Außenstellen unter Einbeziehung Berlins. Der Grund für die Einführung dieser Regionalpresse-Schau ist schwer zu erklären. Die Übernahme der Themenvorgabe der Regionalpresse als inhaltliches Gestaltungsprinzip einer aktuellen Regionalsendung resultierte möglicherweise aus der zuvor gesammelten Erfahrung. Offenbar hatte sich ergeben, daß die personellen und technischen Kapazitäten des NWDR in der Region ebenso begrenzt waren wie die Möglichkeit, dort Ereignisse und Sachverhalte in rundfunkpublizistisch geeigneter Form zu thematisieren. Immerhin hatten die NWDR-Dependancen unterdessen täglich die Ausgaben mehrerer Reihen mit Reportagen und Berichten zu füllen. Allerdings dürfte die Oldenburger "Wir blättern in Zeitungen"-Ausgabe, deren Manuskript in regelmäßigem Wechsel von Weymann-Weyhe und Hönicke geschrieben wurde, eher uninteressant gewesen sein. Ihnen standen lediglich zwei Zeitungen zur Verfügung, in welchen sie blättern konnten. Um so erstaunlicher mutet es an, daß diese Reihe über zwei Jahre in unveränderter Form im Programm blieb.

Die durch diese Reihe angedeutete Adaption von Form- und Thematisierungsprinzipien der Regionalzeitung bildete für die Regionalredakteure des Rundfunks eine offenbar nur schwer zu umgehende Verlockung. Denn für ihren im Rundfunk der beginnenden fünfziger Jahre neuen Auftrag bot sich als journalistisches Vorbild, als Vergleichs- und Lernobjekt hauptsächlich dieser ebenfalls neue, während der Lizenzzeit namentlich in der britischen Zone installierte Zeitungstyp an. Es gibt durchaus verschiedene Hinweise, aber auch unterschiedliche Ursachen für diesen Adaptionsprozeß. Zu Beginn des Jahres 1951 etwa wurde der Etat der Hamburger Nachrichtenabteilung für die Honorierung der frei- und nebenberuflichen Korrespondenten, die die NWDR-Außenstellen in der Region mit Nachrichten versorgten, drastisch gekürzt. Daher landeten zu dieser Zeit etwa zwei Drittel der Meldungen des Oldenburger Studios im Papierkorb. Zur Kompensation dieses auf finanziellen Gründen eingedämmten primären Nachrichtenflusses erhielt Günther Hönicke aus Hamburg die Empfehlung, die vom Studio abonnierten Periodika gründlicher als zuvor auszuwerten.⁴⁰⁾

Eine andere Adaptionsebene bildeten Analogien bei der umgangssprachlichen Typisierung von Sendereihen. Als "Funkische Heimatzeitung auf UKW" jedenfalls wurde die zweite bedeutsame Änderung der aktuellen Regionalberichterstattung im UKW-Nord-Sommerprogramm

40) Günther Hönicke, Studio Oldenburg. Monatsbericht (15.2.1951) S.1; NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: Monatsberichte der Funkhäuser und Studios

An: Herrn Schnabel, Intendant des Funkhauses Hamburg
Von: Studio Oldenburg, Dr. Weymann-Weyhe

Tätigkeitsbericht vom 23.10. bis 15.11.52

28 Nachrichten für UKW und Mittelwelle an Nachrichten-
Redaktion in Hamburg.

Davon gesendet: UKW: Mittelwelle:

7

2

Reportagen und Interviews
für Sendungen:

27.10. Mittelwelle 15.00-15.30	Manuskript: Dr.Weymann-Weyhe "Der Schriftsteller und seine Leser"
28.10. UKW 12.10.-12.30 "Wir blättern in Zeitungen"	Manuskript: Dr.Weymann-Weyhe
29.10. Mittelwelle 11.30-12.00 "Funkbilder aus Niedersachsen"	"Besuch in Bonn" "Verkehrserziehung auf neuen Wegen" "Stadttheater Wilhelmshaven ... ohne Ensembl, aber mit Spielplan" "Schach den Schachspielern" "Spiel mit der Dame" Exzellenz Birgirumwami in Cloppenburg" "Afrika braucht Fahrräder" "Wenig Flüchtlinge und dennoch kein Platz" "Sozialer Wohnungsbau in Ostfriesland"
29.10. UKW 15.30-16.00 "Niederdeutsche Chronik"	"Doppelsinn der Sprache"
30.10. UKW 19.15-20.00 "Niedersachsen - Land und Leute"	"Versener Wehr" "Ach, wer doch das könnte!" "Segelflieger in Oldenburg" "Besuch in Holland"
4.11. UKW 12.10-12.30 "Wir blättern in Zeitungen"	Manuskript: Dr.Weymann-Weyhe
1.11. UKW 17.50-18.00	"Konkurrenten" von Karl Bunje
5.11. UKW 17.50-18.00	"In't Roof von de Vries"

Publizistischer Alltag: Subregion

1952 bezeichnet. Dabei handelte es sich um die Übernahme eines während der Sendepause des MW-Programms längst praktizierten Dezentralisierungsmodells. Am 12. Mai 1952 starteten auf dem zuvor von der "Umschau am Abend" belegten Programmplatz in UKW-Nord (19.15-20.00 Uhr) drei Fensterprogramme: für Niedersachsen sendete Hannover die Reihe "Niedersachsen - Land und Leute", für Schleswig-Holstein und Hamburg begann die Sendereihe "Zwischen Nord- und Ostsee" und in Berlin wurde "Rund um den Funkturm" berichtet. Die zeitgleich im Vorabendprogramm gesendeten Regionalfenster, dezentral produziert und verbreitet, bildeten den dritten Typus einer aktuellen Regional-Sendereihe im UKW-Nord-Programm. Mit ihrer Einführung fand die Konzeption auch für den UKW-Bereich Bestätigung, die die Länder als thematische und als verbreitungstechnische Region für aktuelle regionale Programmangebote definierte. Eine Ausnahme machte erneut der Stadtstaat Hamburg, der kein eigenes Fensterprogramm erhielt. Für die Hansestadt wurde "Zwischen Nord- und Ostsee" übernommen. Auch von "Niedersachsen - Land und Leute", das als ein "Feierabend-Programm" mit Nachrichten und Berichten, mit Anekdoten, Erzählungen und Volksmusik aus Niedersachsen bezeichnet wurde, kam jede Woche eine Ausgabe aus dem Oldenburger Studio.

Diese Struktur der aktuellen Regionalberichterstattung auf UKW-Nord blieb bis in den Sommer 1954 erhalten. Zu diesem Zeitpunkt indes war das Oldenburger Studio längst in weitere Programmangebote eingebunden. Seit 8. November 1952 kam aus Oldenburg eine zweite wöchentliche Ausgabe der "Funkbilder aus Niedersachsen". Ende 1952 wurde das Studio auch an nieder- und plattdeutschen Sendungen beteiligt. Den Auftakt plattdeutscher Hörspiele aus dem Studio bildete am 20. Dezember 1952 "Heini un de Scholmester". Das Manuskript hatte Carl Hinrichs geschrieben - die Inkarnation plattdeutscher Literatur in Oldenburg schlechthin. Seit Mai 1954 steuerte das Studio zudem zweimal im Monat Beiträge zur zehnminütigen UKW-Nord-Plauderei "Wi snackt platt" bei. Seit 25. Januar 1954 endlich kam ebenfalls zweimal im Monat die im werktäglichen Wechsel zwischen Hamburg, Berlin, Hannover, Flensburg auf UKW-Nord verbreitete Musiksendung "Unterhaltung am Mittag" (12.30-13.40 Uhr) aus Oldenburg. Zur Mitte des Jahres 1954 war das Studio im Monatsdurchschnitt mit etwa 970 Minuten am NWDR-Programm beteiligt, im statistischen Mittel also jeden Werktag 35 Minuten im Äther.

Auch der Kreis der Mitarbeiter hatte sich vergrößert. Bereits am 1. Januar 1952 wurde Hans-Heinrich Isenbart, später ARD-Koordinator Sport, als Redakteur und Reporter fest angestellt, nachdem er schon in den Monaten zuvor als freier Mitarbeiter für das Studio tätig gewesen war. Im Sommer 1951 konnten zudem mit Walter Bäumer und Günther Zill zwei Schauspieler des Staatstheaters Oldenburg als nebenberufliche Sprecher und Ansager verpflichtet werden; am 15. November 1951 hatte Ingenieur Richard Kettelhake in Georg Zoller einen Kollegen für die Studio-Technik erhalten. Ein Jahr später, im November 1952, kam der heutige Leiter des Studios, Wolfgang Verres, nach Oldenburg als Reporter speziell für landwirtschaftliche Themen - ein erstes Anzeichen für eine Differenzierung der redaktionellen Aufgaben. Ende Juni 1953 bekam das Studio mit

Ehrhardt Imelmann einen neuen Leiter. Zudem war die technische Ausstattung verbessert worden. Ebenfalls im Juni 1953 erhielt das Studio einen zweiten Ü-Wagen, der diese Bezeichnung verdiente, ein Auto der Marke - nomen est omen - Opel Blitz. Erst die personellen und technischen Erweiterungen gestatteten es, das geographische Arbeitsgebiet des Studios tatsächlich rundfunkpublizistisch zu erschließen und die Konzentration der Berichterstattung auf den Oldenburger Raum aufzugeben. Spätestens die Pläne für seine bauliche Erweiterung im Jahre 1954 zeigten endlich, daß das Studio von einem Provisorium zu einer festen Größe als NWDR-Dependanz in Niedersachsen avanciert war. Je unrealistischer sich die Eingliederung von RB in den NWDR erwies und je unbedeutender sich gleichzeitig die Zusammenarbeit der beiden nordeutschen Anstalten für das sich ausfaltende UKW-Nord-Programm darstellte, desto stärker wurde das Oldenburger Studio an diesem Programm beteiligt.

Freilich wuchs mit dieser Bedeutung auch der publizistische Wettbewerbsdruck des benachbarten Bremer Senders. Der neue Studioleiter Imelmann besaß journalistischen Spürsinn genug, um zu erkennen, daß es in diesem Wettbewerb um die Gunst der Hörer nicht nur darauf ankam, im westniedersächsischen Äther zu sein, sondern daß auch Inhalt und Präsentationsform der Oldenburger Beiträge eine Rolle spielten. Imelmann war noch keine drei Monate im Amt, als er im September 1953 Form und Inhalt der Oldenburger Ausgabe von "Niedersachsen - Land und Leute" änderte. Einen Monat darauf hatte er sogar den "Funkbildern aus Niedersachsen" einen neuen Zuschnitt gegeben, jedenfalls soweit sie aus Oldenburg kamen. Der neue Untertitel "Eine halbe Stunde voll Musik mit kurzen Berichten", so erklärte er dem Hamburger Intendanten, weise die Hörer darauf hin, daß neben informierenden Wortbeiträgen reichlich Musik geboten werde, um die Vormittagszeit nicht "kopflastig" zu machen. Die Anzahl der Wortbeiträge je Sendung sei nicht verringert worden. Allerdings werde jede Langatmigkeit dadurch vermieden, daß die durchschnittliche Beitragslänge weniger als zwei Minuten betrage. Mit dieser Veränderung wolle er versuchen, "die 'Funkbilder' weitgehend aufzulockern, um ein ernst zu nehmendes Gewicht gegen die Bremer Unterhaltungsprogramme zu schaffen".⁴¹⁾

Die Konkurrenz in Bremen veranlaßte Oldenburger Redakteure ferner zu einer thematischen Auslotung ihres publizistischen Auftrages. Im Januar 1954 notierte Imelmann dazu: Wir bemühen uns, "jetzt auch an den kommunalpolitischen Fragen unseres Arbeitsgebietes nicht länger vorüberzugehen. So ist in einem Interview mit dem neueingesetzten Verwaltungspräsidenten Dr. Koch das Verhältnis Oldenburg-Hannover behandelt worden. Die vorliegenden Reaktionen beweisen, daß die Beschäftigung mit solchen allgemein als heikel bekannten Themen sowohl bei den Hörern als auch in der Öffentlichkeit reges Interesse an unseren Sendungen hervorrufen können."⁴²⁾ Zudem galt es in der Oldenburger Provinz, kleinere psychologische

41) Ehrhardt Imelmann, Studio Oldenburg, Monatsbericht (23.11.1953) S.1f., ebenda

42) Ehrhardt Imelmann, Studio Oldenburg. Monatsbericht (20.1.1954), S.2; ebenda

Grabenkriege zu bestehen. In vielen Fällen seien Ü-Wagen und Vertreter aus der benachbarten Hansestadt nur aus Prestige-Gründen im Arbeitsgebiet des Studios, ließ Imelmann die Hamburger Zentrale im Februar 1954 wissen, und fügte als Beleg für den verschärften Wettbewerb hinzu: "Darüber hinaus werden Themen, mit denen wir uns bereits beschäftigt haben, im Bremer Programm besonders breit und ausführlich noch einmal behandelt."⁴³⁾ Und endlich mußte das Studio abermals sein journalistisches Hoheitsgebiet verteidigen - diesmal gegenüber RB. Ende März 1954 erreichte den Hamburger Intendanten die Warnung, "daß Bremen (...) keinesfalls darauf verzichten wolle, im Rahmen der 'Niederdeutschen Chronik' als Vertreter der Belange Oldenburgs und Ostfrieslands aufzutreten, da dieses Gebiet schon von je her ein Bremer Reservat darstelle."⁴⁴⁾

Die Notwendigkeit solcher Profilierungsbemühungen des Oldenburger Studios offenbarten die Befunde einer Ende 1953 von der NWDR-Hörerforschung unter Leitung von Wolfgang Ernst durchgeführte Untersuchung im "Sendegebiet Studio Oldenburg". Die Studie hatte nämlich zu Tage befördert, daß lediglich ein Drittel der Befragten des Gebietes überhaupt wußten, daß es in Oldenburg ein Studio des NWDR gab. Von Ihnen wiederum hatte nur die Hälfte, also ein Sechstel aller Befragten, angegeben, schon einmal bewußt Sendungen aus dem Oldenburger Studio gehört zu haben. Sehr vage drückte Wolfgang Ernst seine Erkenntnis über den Bekanntheitsgrad der "Funkbilder aus Niedersachsen" aus. Sie seien "nur einem verhältnismäßig kleinen Prozentsatz" der Hörer im Oldenburger Raum bekannt. Kaum erwähnenswerte drei Prozent der befragten Hörer hätten zur Sendezeit der "Funkbilder" ihr Rundfunkgerät tatsächlich eingeschaltet. Bessere Quoten erreichte erstaunlicherweise das UKW-Programm. Immerhin besaßen bereits 37 Prozent der Hörer Rundfunkgeräte für den UKW-Empfang. Auch war den meisten der UKW-Hörer die Reihe "Niedersachsen - Land und Leute" bekannt. Nicht bekannt hingegen war ihrer Mehrzahl, daß diese Sendereihe auch aus Oldenburg kam.

Die für die Gegebenheiten vor Ort entscheidenden Frage indes, wann, wie häufig und welche Sendungen von RB gehört wurde, hatten die Hamburger Hörerforscher offenbar erst gar nicht gestellt.⁴⁵⁾ Ihr Bericht ging auf dieses Problem nicht ein. Mit anderen Worten: die Oldenburger Rundfunkarbeit ging noch weitgehend am Hörer vorbei. Dem Studio fehlte offensichtlich eine eigene Sendereihe, pro-

43) Ehrhardt Imelmann, Studio Oldenburg. Monatsbericht (23.2.1954). S.1; ebenda

44) Ehrhardt Imelmann, Studio Oldenburg. Monatsbericht 24.3.1954), S.1; ebenda

45) Nordwestdeutsche Rundfunk. Hörerforschung: Ergebnisse einer Untersuchung im Sendebiet Studio Oldenburg des NWDR Nov(ember)/Dez.(ember) 1953, masch. Manuskript, 9 S., NDR-Archiv, Akten der Generaldirektion: Studio Oldenburg

Zahlreiche Angaben zu den erwähnten Sendungen und Sendereihen finden sich in der NDWR-Hauspublikation "Die Ansage". Dieses Angaben sind in den Anmerkungen nicht eigens belegt.

duziert und verbreitet ausschließlich für die Subregion Westniedersachsen. Verbreitungstechnisch wäre die Ausstrahlung einer subregionalen Reihe kein Problem gewesen. Sie paßte nur (noch) nicht in das zeitgenössische programmpolitische Konzept, das gerade mühsam die Länder als thematische und verbreitungstechnische Regionen definiert hatte. Die formale Qualität dieses Konzeptes indes lehrt der Fall des Oldenburger Studios. Denn das Zentrum seines geographischen Arbeitsgebietes, das Land Oldenburg, hatte noch nicht einmal ein halbes Dezennium vor Beginn des UKW-Programms seinen Länderstatus verloren.

Rolf Geserick

DEUTSCH-DEUTSCHER RUNDFUNK BEIDERSEITS DER ZONENGRENZE

(17. Jahrestagung des Studienkreises, Hannover, 3.10.1986)

Auf den ersten Blick paßt das Thema nicht in das Programm der 17. Jahrestagung, denn in ihm dominieren der NDR und sein Landesprogramm für Niedersachsen. Werfen wir aber gemeinsam einen zweiten Blick. 1959 ermittelte Infratest, daß zwei Drittel aller westdeutschen Zuschauer, für die die technischen Voraussetzungen zum Empfang des DDR-Fernsehens gegeben sind, im Sendebereich des NDR wohnen. Folglich beschränkte das Institut seine Analyse der "Ostzonalen Fernsehsendungen auf westdeutschen Bildschirmen"¹⁾ (so der Titel) auf 1032 Fernsehteilnehmer aus den Oberpostdirektionsbezirken Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig. 36 von Hundert schalteten häufig oder gelegentlich den Deutschen Fernsehfunk der DDR ein, 34 lehnten dies ab. 30 Prozent der Befragten wußten nichts von der Empfangsmöglichkeit oder hatten noch keinen Gebrauch davon gemacht. Aufgeschlüsselt nach Bundesländern ergab sich ein differenziertes Bild. In Hamburg schalteten 16, in Schleswig-Holstein 24 von Hundert zuweilen auf ostdeutsche Sender; 84 (in Hamburg) und 76 (in Schleswig-Holstein) lehnten diese Programmauswahl ab, oder sie hatten den Kanal Berlin-Adlershof noch nie eingeschaltet. In Niedersachsen nutzten 51 Prozent der Befragten das ostdeutsche Angebot, nur 49 Prozent lehnten das prinzipiell ab oder wußten nichts von der Möglichkeit zum Empfang. Ein 1984 von ZDF-Intendant Dieter Stolte dem Fernsehrat vorgelegter Bericht bezifferte die West-Berliner Empfangsmöglichkeit für das erste DDR-Fernsehprogramm auf 88,2 und die für das 1969 eingeführte zweite Programm auf 82,0 Prozent. An zweiter Stelle folgte Niedersachsen mit 51,1 für das erste und 33,4 Prozent für das zweite Programm. Bei der relativen Nutzung dieses Angebotes rangierten die Niedersachsen hinter den West-Berlinern und den Einwohnern Schleswig-Holsteins an dritter Stelle. In Berlin ermittelte der ZDF-Bericht eine mehrmalige wöchentliche Nutzung des DDR-Fernsehprogramms von 23 Prozent für das erste und 20 Prozent für das zweite Programm, in Schleswig-Holstein von 25 (erstes) und 11 (zweites Programm), in Niedersachsen von 11 (erstes) und 8 (zweites Programm) - jeweils gemessen an der Zahl der Haushalte, für die der Empfang technisch möglich ist.²⁾

Sehen wir von West-Berlin ab, so sind die Empfangsmöglichkeiten des ostdeutschen Fernsehens in keinem westdeutschen Bundesland besser als in Niedersachsen. Eine wichtige Ursache dafür bildet der DDR-Fernsehsender auf dem Brocken im Harz. An diesem Standort hatte die Deutsche Reichspost bereits 1936 die Reichweite von Fernsehsendern getestet.³⁾ Bei der Infratest-Befragung von 1959

-
- 1) Vgl. Infratest: Ostzonale Fernsehsendungen auf westdeutschen Bildschirmen (Bearbeiter: Viggo Graf Blücher), o.O. 1959, bes. S. 9 ff.
 - 2) DDR-Fernsehen in der Bundesrepublik, in: Frankfurter Rundschau, 21.12.1984 (Nr. 298), S. 8
 - 3) Vgl. Zwei neue Fernsehsender für Deutschland. Versuche auf dem Brocken und Feldberg i. Taunus erfolgreich abgeschlossen, in:

nannten 66 Prozent der das DDR-Programm nutzenden Zuschauer den Sender auf dem Brocken als Empfangskanal, gefolgt vom Sender Schwerin mit 20 Prozent. Die Einstrahlungsbereiche der mit etwa der gleichen Leistung ausgestatteten südlicheren Fernsehsender der DDR fallen aufgrund der geographischen Gegebenheiten wesentlich geringer aus. Die ARD-Versorgung der nördlichen Gebiete der DDR leisteten der am 25. Dezember 1952 in Betrieb genommene Sender Hamburg (10 kW) und der am 30. September 1954 in Betrieb genommene Sender Harz-Torfhaus (1956 auf 10 kW verstärkt).

Die Untersuchungen von 1959 und 1983/84 signalisierten eine weitere Kontinuität. Das westdeutsche Interesse am ostdeutschen Programm ist auf unterhaltende Angebote konzentriert. Die von den Stationen DDR 1 und DDR 2 nunmehr jährlich ausgestrahlten rund 800 Spielfilme stehen an der Spitze der Präferenzen. Von der anderen Seite der Grenze liegen dagegen weniger verlässliche Daten vor. Einen - für unser Thema unbefriedigenden - Ausweg bieten die Befragungen von Flüchtlingen und Aussiedlern aus der DDR. Denn diese Grundgesamtheiten verstoßen zweifach gegen das Gebot der Repräsentativität: erstens durch den Ausreisewillen aller Befragten, zweitens durch deren regionale Zusammensetzung. Die Absicht, die DDR zu verlassen, könnte eine verstärkte Orientierung auf die bundesdeutschen Medien und auf Sendungen über die Bundesrepublik zur Folge haben. In der regionalen Struktur sind die südlichen Bezirke sowie Ost-Berlin deutlich überrepräsentiert. Die Zahl der Ausreisewilligen und Ausreisenden in den drei nördlichen Bezirken - Schwerin, Rostock und Neubrandenburg - liegt deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Hierin mag ein Grund liegen, weshalb dem NDR in einer von Infratest im 4. Quartal 1984 vorgenommenen Befragung im Notaufnahmelaager Giessen nur bescheidene Einschaltquoten zugeschrieben wurden.⁴⁾ 18 Prozent der Übersiedler gaben an, NRD I zu hören, 5 Prozent taten dies "(fast) jeden Tag", 4 "häufig", 6 "manchmal" und 2 "sehr selten". NRD II erreichte 31 Prozent der Befragten: 13 "(fast) jeden Tag", 7 "häufig", 7 "manchmal" und 4 "sehr selten". Doch bleibt zu bedenken, daß die derart ermittelten Werte für die bundesdeutschen Hörfunkanstalten mehr über die regionale Verteilung der Aussiedler als über die Hörgewohnheiten der gesamten DDR-Bevölkerung aussagen.

Die Geschichte des deutschen Nachkriegsrundfunks ist zugleich die Geschichte der Konkurrenz zwischen westdeutschen und ostdeutschen, zwischen West-Berliner und Ost-Berliner Stationen. Einen ersten bescheidenen, für die spätere Entwicklung indessen außerordentlich wichtigen Einblick in diese Konkurrenz gestatten Meinungsumfragen, die die Information Control Division des Office of Military Government zwischen 1945 und 1949 in der amerikanischen Besat-

Fernsehen und Tonfilm, Zeitschrift für Technik und Kultur des Fernsehens und des Tonfilms 7. Jg. 1936, Nr. 6, S. 47

- 4) Vgl. Infratest Kommunikationsforschung: Bundesdeutsche Medien in der DDR. Der Stellenwert westlicher Hörfunk- und Fernsehprogramme in der DDR für potentielle Übersiedler in der Zeit vor ihrer Ausreise. Eine Befragung von DDR-Übersiedlern im IV. Quartal 1984, München 1985, Tabellen 29 und 30

zungszone sowie im amerikanischen Sektor von Berlin durchführte. Dem Report Nr. 45 vom 17. Februar 1947 zufolge hörten 67 Prozent der Westberliner die Programme des sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunks, der am 13. Mai 1945 den Sendebetrieb aufgenommen hatte. Mit der Errichtung des Drahtfunks im amerikanischen Sektor (DIAS) am 21. November 1945 verlor der Berliner Rundfunk sein Monopol; am 5. September 1946 erfolgte seine Umwandlung in den RIAS. Am 17. August 1946 nahm die NWDR-Zweigstelle in Berlin-Wilmersdorf den Programmbetrieb auf. Das NWDR-Jahrbuch 1949/50 beschrieb ihre Funktion so: "Das Funkhaus Berlin des NWDR hat eine Sonderaufgabe zu erfüllen. Es soll eine ständige und unzerstörbare Brücke zwischen den Deutschen im Westen und im Osten herstellen. ... Man kann damit von dem Berliner Funkhaus des NWDR als dem vorgeschobenen Pfeiler einer Brücke sprechen, über die der verbindende Strom des Rundfunks noch mitten in die abgeschnittenen deutschen Gebiete hineingetragen werden kann."⁵⁾ Der hohe Wortanteil in den Produktionen des Berliner Studios ist ein Ausdruck dieser Funktion. Die Musik nahm am Ende der vierziger Jahre nur zwischen einem Drittel und einem Viertel der Sendestunden ein. Über die Zeitfunkserie "Berlin am Mikrofon" berichtete das Jahrbuch: "Die Sendereihe wurde ab 15.8.1949 thematisch grundlegend umgestaltet. Sie beschränkte sich nicht mehr darauf, Westdeutschland über die Ereignisse in der sowjetischen Okkupationszone und in Berlin zu unterrichten, sondern legte besonderen Nachdruck darauf, die unter sowjetischer Kontrolle lebenden Deutschen über die Vorgänge in der westlichen Welt zu unterrichten."⁶⁾

In der zweiten Septemberhälfte des Jahres 1947 fiel der Vorsprung des Berliner Rundfunks in der Hörergunst nur noch minimal aus: "In West Berlin Radio Berlin hat 46, per cent of this audience, followed by RIAS with 38 per cent."⁷⁾ Der Report Nr. 106 vom 27. März 1948 wußte zu berichten, daß in Berlin 67 Prozent der Bevölkerung Radioprogramme verfolgen konnten. 57 bevorzugten den RIAS und der Berliner Rundfunk erreichte nur noch 31. Während der vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 dauernden Blockade Berlins stiegen die Einschaltquoten des RIAS weiter: auf 80 Prozent im August 1948 und auf 91 Prozent im Mai 1949, was einer Gesamt-Reichweite von 65 Prozent der West-Berliner Bevölkerung entsprach. Noch vor der Gründung beider deutscher Staaten erschien der amerikanischen Besatzungsmacht die sektorenüberschreitende Hörfunknutzung der genauen Beobachtung wert. Bereits in diesen Jahren etablierte sich die bis heute gültige Konstellation. Westliche Programme erzielten eine größere Attraktivität und höhere Nutzungsdaten bei den ostdeutschen Hörern und Zuschauern als ostdeutsche Sendungen beim westdeutschen Publikum.

5) NWDR (Hrsg.): Jahrbuch des Nordwestdeutschen Rundfunks 1949-1950, o.O. o.J., S. 27

6) Jahrbuch (Anm. 5), S. 29

7) Anna J. und Richard L. Merrit (Hrsg.): Public Opinion in occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945-1949, Urbana/Chicago/London 1970, S. 188; vgl. die Reports Nr. 106 (S. 219), Nr. 135 (S. 254) und Nr. 181 (S. 303 f.)

Ähnliche Umfragen sind über die Nachkriegsgeschichte des Hörfunks in Norddeutschland nicht bekannt geworden. Dort besaß der 100-kW-Mittelwellensender Hamburg zunächst für ein halbes Jahr das Sendemonopol. Erst am 24. Dezember 1945 begann der Landessender Schwerin als Zweigstelle des (Ost-)Berliner Rundfunks. Das Bemühen des NWDR um eine Langwellenfrequenz am Beginn der fünfziger Jahre ist ohne den ostdeutschen Vorsprung kaum vorstellbar. Seit dem 25. Dezember 1945 strahlte der Sender Königs Wusterhausen das Programm des Berliner Rundfunks aus, seit dem 15. Dezember 1947 betrug seine Leistung 100 kW.⁸⁾ Nach zweijährigen Verhandlungen erteilte die Alliierte Hohe Kommission dem NWDR am 1. Oktober 1952 die Erlaubnis für Versuchssendungen auf der Langwelle. Am 8. Mai 1953 begann ein umgebauter Mittelwellensender in Hamburg mit der Ausstrahlung des NWDR-Programms auf der Langwelle. Der 1949/50 errichteten NWDR-Kurzwellenanlage in Norden-Osterloog schreibt Hans Rindfleisch in seiner Untersuchung der Technikgeschichte des deutschen Rundfunks als Hauptaufgabe ebenfalls die Versorgung der DDR zu.

Die Kopenhagener Wellenkonferenz von 1948 hatte jeder Besatzungszone in Deutschland nur zwei Mittelwellenfrequenzen zugestanden, was einem Rückschritt gegenüber dem erreichten Stand gleichkam. Die Konsequenz beider deutscher Staaten bestand im forcierten Ausbau der Ultrakurzwellennetze. Neben die Mittelwellensender in Hamburg (errichtet 15. Januar 1940, Leistung: 100 kW), Göttingen (22. Dezember 1950, 5 kW) und Braunschweig-Salzgitter (23. Dezember 1950, 2 kW) traten die für die Hörfunkversorgung der nördlichen DDR-Bezirke bedeutsamen UKW-Sender Hamburg (14. Mai 1950, 10 kW), Hannover (1. Februar 1951, 10 kW), Göttingen (1. Dezember 1951, 1 kW), Braunschweig-Salzgitter (15. Dezember 1951, 1,5 kW) und Dannenberg (20. Dezember 1953, 0,5 kW).

Die erste Prognose eines "Wettlaufes zwischen Ost und West" auf dem Gebiet des Fernsehens ist aus dem Jahre 1950 überliefert.⁹⁾ Die Daten lassen aufhorchen: das ostdeutsche Versuchsprogramm nahm am 21. Dezember 1952 den Betrieb auf, der NWDR strahlte am ersten Weihnachtsfeiertag - also vier Tage danach - die ersten Beiträge aus. Neben der minimalen Verbreitung des neuen Mediums (in der DDR gab es am Jahresende 1952 75 angemeldete Fernsehgeräte) verhinderten die voneinander abweichenden technischen Parameter eine direkte Konkurrenz der beiden deutschen Fernsehsysteme. Weil der Abstand zwischen Bild- und Tonfrequenz in Westdeutschland 5,5 MHz, in Ostdeutschland aber 6,5 MHz betrug und die in der DDR produzierten Geräte keine Adapter besaßen, konnten die am westlichen Programmangebot interessierten Bildschirmbesitzer nur entweder das Bild oder den Ton empfangen.

8) Vgl. Wolf Kahle: Vor 30 Jahren: Gründung des Deutschen Demokratischen Rundfunks, in: radio fernsehen elektronik 24. Jg. 1975, Nr. 9, S. 285 f.

9) Vgl. Fernseh-Vorbereitungen in der Ostzone. Auch hier Wettlauf zwischen Ost und West, in: Fernseh-Informationen 1. Jg. 1950, Nr. 1, S. 7

Mehrere Faktoren hoben dann diese Beschränkungen auf und führten beim Fernsehen rund ein Jahrzehnt später als im Hörfunk zu einer inneren oder deutsch-deutschen Konkurrenz. Das Post- und Fernmeldeministerium der DDR paßte den Frequenzabstand zwischen Bild und Ton im Dezember 1956 der westdeutschen Norm von 5,5 MHz an. Damit waren Bild und Ton des NWDR von nun an mit den in der DDR hergestellten Geräten zu empfangen. Dem Ausbau des ostdeutschen Sendernetzes lag seit 1955 ein "Westplan" zugrunde. Die Inbetriebnahme der Fernsehsender Berlin-Stadtmitte am 21. Juni, auf dem Brocken am 23. Juli, auf dem Inselberg am 8. September und in Marlow am 6. Oktober 1955 gewährleisteten die Fernsehversorgung weiter Teile der DDR und zugleich der Grenzgebiete auf bundesdeutscher Seite. Der gesamtdeutsche Anspruch des aus Adlershof kommenden Programms reichte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre so weit, daß die Resonanz des westdeutschen Publikums als wichtigstes Indiz für den Erfolg galt. Zur gleichen Zeit forderten führende Ostberliner Fernsehfunktionäre die völlige Politisierung des Programms und dessen Konzentration auf die agitatorisch-erzieherische Funktion.¹⁰⁾ Diese Spannung begleitet die Programmgeschichte des ostdeutschen Fernsehens bis heute. Einerseits soll es eine Alternative zu ARD und ZDF darstellen, andererseits mit den westdeutschen Anstalten konkurrenzfähig sein. Weil sich diese Rivalität um die Einschaltquoten bevorzugt auf dem Unterhaltungssektor abspielte, kopierte der Fernsehfunk der DDR westliche Sendeformen und steigerte den Anteil unpolitischer oder nur sehr vermittelt politischer Beiträge auf Kosten des politisch-agitatorischen Auftrages.

Die gesamtdeutsche Zielrichtung des Staatlichen Rundfunkkomitees wurde durch die Einrichtung mehrerer Stationen unterstrichen, deren Zielgruppen in der Bundesrepublik lebten. Seit 1948 arbeitete der Deutschlandsender auf der Langwelle für Hörer in beiden Staaten. Am 17. August 1956, einen Tag nach dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht, nahm der "Deutsche Freiheitssender 904" seine täglich fünfstündigen Sendungen auf. Auf derselben Frequenz strahlte seit September 1960 zu alternierenden Sendezeiten der "Deutsche Soldatensender 935" sein Programm für die Angehörigen der Bundeswehr aus. "904", benannt nach seiner Mittelwellenfrequenz, gab vor, eine illegale Station der KPD auf westdeutschem Boden zu sein; seine Redaktion befand sich jedoch in Berlin-Grünau und die Sendeanlagen standen bei Burg in der Nähe von Magdeburg. Wirkung zeigten beide Stationen offenbar nur in ihrem Herkunftsland. 1962 erging ein Verbot an die Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der ostdeutschen Grenztruppen, diese Programme zu hören. Wenn sie die den Bundeswehrsoldaten zugedachten Verhaltensempfehlungen befolgten, gefährdeten sie die militärische Disziplin in der NVA.¹¹⁾ Die "Berliner Welle" - nicht zu verwechseln mit dem

10) Vgl. Hermann Ley: Kultur in Funk und Fernsehen, in: "Neues Deutschland" (ND) 27.9.1957 (Nr. 228), S. 4; Werner Fehlig: Fünf Jahre Deutscher Fernsehfunk - Unser Leben neu gesehen, in: ND 5.12.1957 (Nr. 287), S. 4

11) Vgl. Pankower Soldatensender für Zonen-Armee verboten. Propaganda gefährdet eigene Disziplin, in: Der Tagesspiegel 18.9.1962; Karl Wilhelm Fricke: Klassenkampf auf illegalen

Berliner Rundfunk - strahlte seit Dezember 1959 ein Programm für die Westberliner Bevölkerung aus; ihrem Selbstverständnis gemäß handelte es sich um eine Konkurrenz für RIAS und SFB. Eine fast vergessene Kuriosität bedeutete "Ops". Auf der Frequenz der "Berliner Welle" (98,6 MHz auf UKW und 1358 KHz auf Mittelwelle) zielte die ostdeutsche AFN-Kopie mit täglichen Beiträgen zwischen 23.45 und 0.15 Uhr auf die an der Mauer stationierten amerikanischen Soldaten.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre strahlten der Hörfunk und das Fernsehen einige auf das westdeutsche Publikum zugeschnittene Sendereihen aus. Dazu zählten das von Chefkomentator Karl-Eduard von Schnitzler moderierte "Mittwochsgespräch", der bundesdeutsche Zuschauerfragen beantwortende "Tele-West-Briefkasten" (ab 29. November 1958) und - seit 1960 - "Der schwarze Kanal" als die bis heute bekannteste Reaktion des DDR-Fernsehens auf bundesdeutsche Programme. Anlässlich der 75. Folge des "Sonntagsgesprächs" im Deutschlandsender betonte der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees, Gerhart Eisler, 1965: "Wir verfolgen in erster Linie das Ziel, die westdeutsche Bevölkerung zu informieren!"¹²⁾ Noch propagandistischer wirkt die Bekanntmachung der Programmillustrierten von 1965, die Sendereihe "Die Brücke" wolle den Kontakt zu den jetzt in der Bundesrepublik lebenden ehemaligen DDR-Bürgern aufrechterhalten, die ihre Flucht als eine Fehlentscheidung eingesehen hätten.

Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verschärften die schnelle Ausweitung der Sendestunden und die rasch ansteigende Zahl der Fernsehteilnehmer die innerdeutsche Konkurrenz. 1956 gab es 70.000 Gerätebesitzer in der DDR, 1960 bereits mehr als eine Million. 1955 sendete Berlin-Adlershof 15 Stunden pro Woche, 1960 waren es bereits 58 Stunden. Die jährliche Verdopplung der Teilnehmerzahlen und der seit 1954 zur Regel gewordene private Empfang (im Gegensatz zum anfänglich propagierten Gemeinschaftsempfang in Betrieben und Kulturhäusern) vergrößerten die Reichweite der ARD auf ostdeutschem Boden.

Das spektakulärste Kapitel in der Geschichte des grenzüberschreitenden innerdeutschen Rundfunks schrieben die ostdeutschen Gerichte, die SED und die staatliche Jugendorganisation FDJ nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Bereits in den fünfziger Jahren hatten Staat und Partei versucht, die Nutzung der elektro-

Frequenzen. Die Agitation des kommunistischen "Freiheitssenders 904" und des "Deutschen Soldatensenders", in: SBZ-Archiv 12. Jg. 191, Nr. 14, S. 218-220; Achtung, hier ist die "Berliner Welle". Interview der "Wahrheit" mit der Intendantin des Berliner Rundfunks, Frau Herta Classen, in: Die Wahrheit 10.12.1959; Soldaten-Sender. Don't fence me in, in: Der Spiegel 16. Jg. 1962, Nr. 4, S. 41

- 12) Gerhart Eisler: Meine lieben Hörer und Zuschauer des "Sonntagsgesprächs": In: Funk und Fernsehen der DDR 1965, Nr. 9, S. 2; vgl. H. Dohms: Brücke in die Zukunft, in: Funk und Fernsehen der DDR 1965, Nr. 31, S. 8-9

nischen Medien aus dem Westen einzuschränken. Je deutlicher sich die Konkurrenz herausbildete, desto brachialer gerieten die zu diesem Zweck eingesetzten Methoden. Seit 1951 veröffentlichte die Fachzeitschrift "Neue Justiz" Gerichtsurteile, in denen die Weiterverbreitung von Meldungen westlicher Stationen als strafverschärfend oder als ein Straftatbestand gewertet wurde.¹³⁾ Zwar gab es zu keiner Zeit ein Gesetz, welches das Einschalten von ARD, RIAS, SFB, Deutschlandfunk oder NDR verbot. Doch enthielt das ostdeutsche Strafrecht zu allen Zeiten "Gummiparagraphen", die die "Verbreitung von Hetznachrichten", die "Übermittlung staatsgefährdender Äußerungen" und das halböffentliche Verfolgen westlicher Programme in Gaststätten oder in Gartenkolonien unter Strafe stellten. Das bekannt gewordene Strafmaß reichte bis zu 18 Monaten Zuchthaus für die Verbreitung im RIAS ausgestrahlter Meldungen.

Eine zweite Strategie bildete der bisweilen mit wenig Augenmaß praktizierte Einsatz von Störsendern. 1954 berichtete der Bezirksvorstand Chemnitz der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, daß der ortsansässige "Kammerer" den Empfang sowohl des RIAS als auch der DDR-Station Berlin III unmöglich mache. Um sich informieren zu können, schalteten viele Menschen andere westliche Programme ein. 1954 ersetzten die ostdeutschen Behörden die wenigen großen Störsender durch ein dichtes Netz kleinerer Anlagen. Westliche Schätzungen beliefen sich auf 335 Störsender im Jahre 1955 und auf rund 400 solcher Anlage 1960.¹⁴⁾ Seit September 1959 galten die Störungen auch bundesdeutschen Kurzwellenstrahlern, darunter der Frequenz 6075 KHz des NDR-Senders Norden-Osterloog. Dieser Einsatz von Störsendern ist ein Grund für die während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre außerordentlich divergierenden Einschaltquoten, die der RIAS durch die Befragung von sich im Westteil der Stadt aufhaltenden Bürgern der DDR zu ermitteln trachtete. Die Angaben schwanken zwischen 35 (Oktober 1957) und 76 Prozent (März 1960).

Nach dem Bau der Mauer gewann der Kampf gegen den Westempfang eine neue Dimension. Was in jenen Wochen geschah, prägte für Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte die bundesdeutschen Vorstellungen zum Thema "Westlicher Rundfunk in der DDR". Die dritte Strategie - gesellschaftlicher Druck am Arbeitsplatz, in der Hausgemeinschaft und in der Schule - übertraf die gerichtliche Verfolgung und die technischen Störungen. Exemplarisch sei der Beschluß des Rates der Kreisstadt Pritzwalk vom 6. September 1961 zitiert: "Alle Bürger der Kreisstadt Pritzwalk werden aufgefordert, ab sofort das Abhören und das Sehen der Sendungen der westdeutschen und Westberliner Sender und Fernsehstationen zu unterlassen. Die Antennen und die Rundfunk- und Fernsehgeräte sind sofort auf die Sender des deut-

13) Vgl. die Rubrik "Rechtsprechung" in: Neue Justiz 12. Jg. 1958, Nr. 5, S. 175-176; 1958, Nr. 7, S. 250-251; 1958, Nr. 13/14, S. 499; 13. Jg. 1959, Nr. 15, S. 534-535; 14. Jg. 1960, Nr. 11, S. 377-378

14) Vgl. Heinz Rudolf Fritsche: Störsender als Waffe im Ätherkrieg. Versuch einer Übersicht, in: Osteuropa 10. Jg. 1960, Nr. 2/3, S. 141-147, bes. S. 144

schen demokratischen Rundfunks einzustellen."¹⁵⁾ Solche Verbote beschlossen auch andere Gemeinden. Ein entsprechendes Gesetz lehnte Gerhart Eisler aber mit der Begründung ab, die DDR-Regierung hoffe, ihr Ziel durch Aufklärung und erzieherische Maßnahmen zu erreichen. Überdies könne ein gesetzliches Verbot im privaten Bereich nicht kontrolliert werden. Die Nähe zur Kommunikationspolitik der Nationalsozialisten mag ein weiteres - nicht öffentlich zugestandenes - Argument gegen eine Ergänzung des Strafrechts gewesen sein.

Ein "Drei-Punkte-Programm" der SED bis zur bevorstehenden Kommunalwahl in der DDR am 17. September 1961 sah so aus: es waren alle westwärts gerichteten Dachantennen zu beseitigen, alle Elektromonteuere zu verpflichten, keine für den Westempfang einsetzbaren Antennen zu installieren und alle Hausgemeinschaften aufzurufen, freiwillig auf den ARD-Empfang zu verzichten. Denunziationen durch Mitglieder der Freien Deutschen Jugend, die Konfiszierung von Rundfunkgeräten, die Zerstörung von Dachantennen, der Ausbau von Kanal- und Frequenzwählern aus den Geräten sowie die Abgabe öffentlicher Verpflichtungen sollten dazu beitragen, dieses Konzept zu realisieren. Wie unglaublich öffentlich Aufrufe jedoch ausfallen konnten, beweist die Forderung der Eltern der Klasse 2b der Polytechnischen Oberschule Dresden vom September 1961.¹⁶⁾ Um aus den Kindern keine Staatsgegner werden zu lassen, sollten die Erziehungsberechtigten den Westempfang verbieten und selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Den Unterzeichnern der Erklärung wird die Unterschrift nicht schwergefallen sein. Denn als Einwohner Dresdens konnten sie das westdeutsche Fernsehprogramm ohnehin nicht empfangen.

Die ostdeutsche Kampagne übersah allerdings, daß im Berliner Raum und im Zonengrenzgebiet das ARD-Fernsehen auch per Zimmerantenne empfangbar war; die Kritik an der "falsch" ausgerichteten Dachantenne ging also an dieser Zuschauergruppe völlig vorbei. Im November 1960 ermittelte Infratest durch Interviews mit Flüchtlingen, daß 72 Prozent der regelmäßigen Fernsehzuschauer in der DDR eine Dachantenne besaßen, und folgerte daraus, daß rund 300.000 Fernsehgeräte in der DDR, das Westprogramm mittels einer Zimmerantenne empfangen konnten.¹⁷⁾

Schon am Jahresende 1961 beklagten einige SED-Funktionäre, in der Reparaturwerkstatt seien die für den Westempfang benötigten Segmente unaufgefordert wieder eingebaut worden. Wo es technisch mög-

15) Märkische Volksstimme (Kreisausgabe Pritzwalk) 10.9.1961, zit. nach Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands, Teil IV 1958-1961, Bonn/Berlin 1962, S. 44 (Dokument 75)

16) Vgl. Elternaktiv der Klasse 2b der 24. Polytechnischen Oberschule Dresden A 19: An die Eltern! In: Funk und Fernsehen der DDR 1961, Nr. 48, S. 8

17) Vgl. Infratest: Fernsehempfang in der SBZ. Empfangsmöglichkeiten Zuschauerverhalten Beurteilung, München 1961, S. 22

lich war, installierten die ostdeutschen Fernsehteilnehmer ihre Antennen unter dem Dach. Die 1962 vom Verband der Deutschen Journalisten herausgegebenen Handbücher für Betriebszeitungs- und Kreiszeitungsredakteure lobten jene Blätter als vorbildlich, die sich aktiv mit dem Einfluß des RIAS und des westlichen Fernsehens auseinandersetzten. Alle diese Indizien legen die Vermutung nahe, daß die von SED und FDJ betriebene Kampagne an den Fernsehgewohnheiten in Ostdeutschland bestenfalls kurzfristig etwas geändert hatte.

Neben dem Versuch, nach dem Mauerbau den Sozialismus herbeizwingen zu wollen, darf die kommunikationspolitische Motivation der Aktion "Blitz gegen NATO-Sender" nicht übersehen werden. Die Macht der Medien wurde in der DDR nicht in Frage gestellt. Beiträge des ostdeutschen Kanals galten ebenso als ein Stimulans der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, wie der Empfang der ARD als ein Hindernis auf dem Wege zur Gründung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften abqualifiziert wurde. Quantitatives Wirtschaftswachstum erschien - keineswegs nur propagandistisch - den Rundfunkverantwortlichen als das Produkt medial vermittelter Aussagen. Noch 1965 wollte der damalige ZK-Sekretär Erich Honecker den Grund für die schlechte Arbeitsmoral von Studenten beim Ernteeinsatz im Empfang westdeutscher Fernsehprogramme sehen.¹⁸⁾ Dieses Konzept von der Allmacht der Medien erklärt, weshalb die SED nach dem Mauerbau den Fernseh- und den Hörfunknutzungsgewohnheiten eine so essentielle Rolle für den Fortgang der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zuschrieb. Es fußte auf den bescheidenen pressepolitischen Äußerungen von Marx und Lenin. Eine sozialwissenschaftlich fundierte Betrachtung der Wirkungen des Rundfunks stand am Beginn der sechziger Jahre in der DDR noch aus. Vielleicht waren es die Erfahrungen jener Jahre, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 31. Juli 1973 veranlaßten, einen Passus der grenzüberschreitenden Mediennutzung zu widmen: "Was Fernsehen und Rundfunk angeht", so hieß es da, "ist klarzustellen, ... daß insbesondere der Vertrag keine Rechtsgrundlage dafür abgibt, durch entsprechende gesetzliche oder verwaltungsmäßige Maßnahmen Sendungen, die der Deutschen Demokratischen Republik unerwünscht sind, zu unterbinden. Was immer in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der allgemeinen anstaltseigenen Richtlinien und im Rahmen der bestehenden Anstaltsorganisationsgesetze ausgestrahlt wird, kann nicht als mit dem Vertrag unvereinbar angesehen werden; erst recht nicht darf die Bundesrepublik Deutschland sich in eine Vereinbarung einlassen, durch die diese Freiheit der Anstalten beschränkt wird. Mit anderen Worten: Das Grundrecht aus Art. 5 GG kann unter Berufung auf den Vertrag auch dann nicht eingeschränkt werden, wenn die andere Seite mit der Behauptung arbeitet, gewisse Sendungen widersprüchen dem Inhalt und Geist des Ver-

18) Vgl. Erich Honecker: Aus dem Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK, in: ND 17.12.1965 (Nr. 345), S. 6

trags, weil sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Vertragspartners seien, und müßten deshalb in Erfüllung der vertraglich übernommenen Pflichten unterbunden werden."¹⁹⁾

Die Reaktion der ARD auf den Mauerbau bestand in dem Beschluß, keine DEFA-Filme oder Sendungen des DDR-Fernsehens zu übernehmen. Diese später auch vom ZDF befolgte Abmachung wurde im April 1967 bekräftigt, doch galten künstlerisch wertvolle Produktionen der DEFA fortan als Ausnahmen, denen die Ausstrahlung nicht verwehrt werden dürfe.²⁰⁾ Seit 1968 wurden die ARD-Einkäufe beim DDR-Fernsehen über Mittler getätigt, und 1971 fand der erste offizielle DDR-Besuch einer ARD-Delegation statt.

Nach der Kampagne gegen den Westempfang wurde das Thema in der DDR seit 1963 weitgehend tabuisiert. Am Ende der sechziger Jahre stehen jedoch widersprüchliche Belege nebeneinander. Am 13. November 1968 erließ die Volkspolizei in Leipzig eine Dienstanweisung, die die Wachtmeister aufforderte, "stärker, als bisher gegen den Mißbrauch von Kofferradios vorzugehen".²¹⁾ Mit "Mißbrauch" war der öffentliche Empfang westlicher Musiksendungen gemeint. Die Dienstanweisung bestätigte mittelbar, daß die Hörer westlicher Anstalten keine Repressionen fürchteten. Am 1. Februar 1969 begründete ein Volkskorrespondent in der SED-Bezirkszeitung "Märkische Volksstimme", weshalb die eigentliche Freiheit der DDR-Bürger im Verzicht auf die Westkanäle liege. Zwar gebe es kein entsprechendes Gesetz, doch sei den westdeutschen Programmen nichts zu entnehmen, was der ostdeutschen Entwicklung nützlich sei. In derselben Woche lieferte die Programmzeitschrift "Funk und Fernsehen der DDR" eine intensive Auseinandersetzung mit diversen Beiträgen des Senders Freies Berlin, des Norddeutschen Rundfunks und der Deutschen Welle. Die Warnung vor dem Westempfang und die kritische Kommentierung von Beiträgen der ARD-Anstalten, die ihn unterstellte, stehen in jenen Jahren unvermittelt nebeneinander. Eine Untersuchung von Schülern ergab, daß diese 1968 mehrheitlich Musiktitel und Interpreten von Schlagern richtig bestimmen konnten, welche im DDR-Hörfunk noch nicht gespielt worden waren. Die Jugendlichen waren sich offenbar keiner²²⁾ Verfehlung bewußt; anders sind ihre Angaben nicht zu erklären.

19) Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 36. Band, Tübingen 1974, S. 33 f.

20) Vgl. ZDF sendet eine Produktion des DDR-Fernsehens, in: Funk-Korrespondenz 16. Jg. 1968, Nr. 9, S. 10; Ideologische Klippen werden umschifft. Gespräch mit Karl Schnelting über Einkauf von Sendungen des DDR-Fernsehens für die ARD, in: Frankfurter Rundschau 15.5.1975 (Nr. 111), S. 10

21) Volkspolizei reagierte schnell, in: Leipziger Volkszeitung 14.11.1968; Max Marschner: Persönliche Freiheit mit West-Antenne? In: Märkische Volksstimme 1.2.1969; Willy Schebaum: Reinflut der Hellseher, in: Funk und Fernsehen der DDR 1969, Nr. 5, S. 8-9

22) Vgl. Anita Kober: Untersuchungen über die Wirksamkeit von Schule und kulturellen Massenmedien auf die Bevölkerung eines Dorfes, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-

Die offizielle Tolerierung des Westempfangs folgte den Rundfunknutzungsgewohnheiten mit beträchtlicher Verspätung. Am 27. Mai 1973 erklärte SED-Generalsekretär Honecker, versteckt in einer Rede über den Grundlagenvertrag, die westlichen Massenmedien könne "bei uns jeder nach Belieben ein- oder ausschalten".²³⁾ Aber nur einen Monat später leugnete die (Radio-) "Stimme der DDR" die Bedeutung dieses Zitats: "Denn daß man in der DDR westliche Massenmedien technisch empfangen kann und damit ein- oder ausschalten, ist ja nun wirklich keine Neuigkeit. Und daß es Bürger der DDR gibt, die solches tun, ist ebensowenig neu." Ein objektives Weltbild sei durch die Nutzung des westlichen Rundfunks jedoch nicht zu gewinnen. Nur wer sich für die Presse, den Hörfunk und das Fernsehen der DDR entscheide, erlange die richtigen und wichtigen Informationen.

Diese neue Politik folgte der in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre etablierten sozialwissenschaftlichen Medienforschung in der DDR. Sie hatte zweierlei erwiesen: das Ausmaß der Nutzung westlicher Anstalten und die relative Wirkungslosigkeit von Hörfunk und Fernsehen, deren bewußtseinsbildende Leistungen weit hinter den Erwartungen der Programmverantwortlichen zurückblieben. Gerade diese beiden Befunde zwangen zur Tolerierung der einst verfeimten Seh- und Hörgewohnheiten. Je geringer die erzieherischen Effekte der inländischen elektronischen Medien veranschlagt wurden (und je ähnlicher das ostdeutsche Fernsehprogramm in den siebziger Jahren dem westdeutschen wurde), desto leichter tat sich die SED mit den Einschaltquoten für die westlichen Kanäle. Das pragmatische Verhältnis der DDR zum einstigen Reizthema kam seit 1977 im Verkauf von Farbfernsehgeräten zum Ausdruck, die mit Empfangssegmenten für das westdeutsche PAL- und das in der DDR gebräuchliche SECAM-System ausgestattet sind. Bereits von 1974 an waren solche Geräte gegen westliche Devisen in den Intershops erhältlich. Noch 1969 war die Spaltung in zwei deutsche Farbsysteme einigen Journalisten als Chance erschienen, den Zuschauern in Rostock, Leipzig oder Halle den Farb-Fernsehempfang von ARD und ZDF zu verwehren.²⁴⁾ Den in verschiedenen Sendungen artikulierten gesamtdeutschen Anspruch hatte die SED bereits zwischen 1971 und 1972 aufgegeben. Die "Berliner Welle", der "Freiheitssender" und der "Soldatensender" stellten ihre Programme ein und der "Deutschlandsender" wurde umbenannt in "Stimme der DDR". In ihren Angeboten spiegelte sich die zunehmende internationale Anerkennung der DDR statt der früheren Fixierung auf die Bundesrepublik wider.

Universität Halle-Wittenberg 17. Jg. 1968, Nr. 4, S. 115-128

23) Erich Honecker: Zügig voran bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED. Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK, in: ND 28./29.5.1973 (Nr. 147), S. 3

24) Vgl. Pal für die DDR, in: Der Spiegel 32. Jg. 1978, Nr. 1, S. 16; Günter Schumann: "SECAM, schließe Dich!" In: Ostsee-Zeitung 12.3.1969

Seit 1971 dominiert in Hörfunk und Fernsehen eine vierte Strategie in dem Bemühen, der bundesdeutschen Programmkonkurrenz zu begegnen: Attraktive Sendungen und zahlreiche unterhaltende Angebote während der bevorzugten Nutzungszeiten bei - sozusagen eine deutsch-deutsche Konvergenz - Ausgrenzung kultureller und politischer Magazine auf ungünstige Sendeplätze. Die Programmreform des DDR-Fernsehens vom 13. Dezember 1982 forcierte alle diese Tendenzen. Die am 7. März 1986 erneut ausgedehnte "Jugendwelle" des Berliner Rundfunks und der "Stimme der DDR" reagierte auf die im Herbst 1985 vorgenommene Programmstrukturreform von RIAS 2, dem Klaus Schönbach in einem Gutachten vom November 1984 großflächige, über den ganzen Tag verteilte Magazinsendungen mit auch auf die DDR-Hörerschaft zielenden Musik- und Wortbeiträgen empfohlen hatte.²⁵⁾

Ein zweite westlich-östliche Konvergenz ist unübersehbar. In der DDR wie in der Bundesrepublik werden in die Kabelfernsehanlagen die "ortsüblich empfangbaren Programme" eingespeist. Diese Praxis bedeutet in vielen ostdeutschen Hochhäusern verbesserte Empfangsbedingungen für ARD und ZDF. Wie das Ost-Berliner Post- und Fernmeldeministerium auf die Herausforderung des Satellitenfernsehens reagieren wird, ist noch nicht absehbar. Einerseits ist durch die Vereinbarung unterschiedlicher Standorte für osteuropäische und westeuropäische Rundfunksatelliten eine Barriere für den Empfang der von Privatanbietern ausgestrahlten Programme in der DDR errichtet worden. Über den zukünftigen individuellen Besitz von Parabolantennen im real existierenden Sozialismus sind keine fundierten zeitlichen Prognosen bekannt geworden. Andererseits zeigt ein Blick in die innerdeutsche Mediengeschichte, daß - allen Erwartungen von SED und staatlichen Instanzen zum Trotz - kein Programmangebot für immer dem ostdeutschen Publikum verschlossen blieb. Bislang ist jedoch nur der Einsatz fest installierter Antennen auf den Kabelkopfstationen angekündigt worden, die das Nachführen auf andere als die osteuropäischen Satelliten nicht gestatten.²⁶⁾ Ob Staats-, Landes- oder Zonengrenze - für den Empfang der Satellitenprogramme markiert die Trennungslinie zwischen beiden Deutschländern - mindestens vorübergehend - eine Barriere.

Fassen wir abschließend jene Faktoren zusammen, die die innerdeutsche Konkurrenz auf dem Gebiet des Rundfunks bestimmten.

1. Wiederaufbau und Ausbau der Sendetechnik erfolgten in der DDR wie in der Bundesrepublik mit einem gesamtdeutschen Anspruch. Die Versorgung der jeweils jenseits der Grenze Lebenden bestimmte die Wahl der Senderstandorte. Daß beide Fernsehsysteme

25) Vgl. Klaus Schönbach: Radiohören heute: Umriss einer neuen Programmkonzeption für den RIAS. Gutachten im Auftrag des RIAS Berlin, München 1984 (Masch.-Skript), S. 43 f.; Jutta Bielig: Musik-Sprung in den ideologischen Spagat. Kampf gegen Hörer-Abwanderung: Radio DDR mit eigener Rockwelle, in: Süddeutsche Zeitung 1.7.1986 (Nr. 147), S. 33

26) Vgl. Walter Conrad: Kommunikation 2000, Leipzig 1983, S. 115

1960/61 zeitweise ein zweites Programm unter dem Titel "Deutschland-Fernsehen" planten, illustriert diese Rivalität.²⁷⁾

2. In der Empfangstechnik machte die hochgradige Hörfunkversorgung am Ende der vierziger Jahre das Radio zum Schauplatz der medialen Konkurrenz. Erst gegen Ende der fünfziger Jahre galt diese Diagnose auch für die Fernsehsysteme. Der Individualempfang, der Gebrauch von Zimmerantennen und der Kabelanschluß markieren drei empfangstechnische Stationen in der Historie des grenzüberschreitenden Rundfunks.
3. Das Programm bezeichnet den Vorsprung an Attraktivität der westdeutschen Anstalten. Sie erkannten früher, daß das Unterhaltungsangebot den eigentlichen Schauplatz für den Kampf um die Zuschauergunst darstellte. Welche Ursachen der Ähnlichkeit der Nutzungsgewohnheiten von Menschen in verschiedenen Gesellschaftssystemen zugrunde liegen, wäre eine detaillierte Erforschung wert.
4. Die wissenschaftlichen Konzepte für die Medienwirkung. Der Glaube an die relative Allmacht des Rundfunks verlangte in der DDR die Kampagne gegen den Westempfang. Die seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gewonnene Einsicht in die relative Machtlosigkeit von Hörfunk und Fernsehen erlaubte eine pragmatische Reaktion staatlicher und parteilicher Stellen auf die millionenfache Abwanderung zu den Westkanälen.

1962 fand das Thema auch Eingang in die deutsche Literatur. Von einer Hauptfigur in Peter Schneiders "Mauerspringer" heißt es, sie könne "sich über kaum etwas so erregen wie über die westdeutsche Ignoranz gegenüber den Brüdern und Schwestern im Osten. Als der westdeutsche Kanzler die Ausstrahlung einer amerikanischen Fernsehserie über den Holocaust zum Anlaß nahm, dem Staatsratsvorsitzenden der DDR eine Übernahme der Serie zu empfehlen, damit auch das DDR-Fernsehen einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung leiste, schlug Robert mit der Hand so heftig auf den Tisch, daß er sich einen Bluterguß holte. 'Und das empfiehlt ein ehemaliger Offizier der Wehrmacht einem antifaschistischen Widerstandskämpfer, der für seine Überzeugung zehn Jahre im Zuchthaus gesessen hat'."²⁸⁾

27) Vgl. Ernst A. Stiller: Hochgesteckte Fernsehpläne der Zone. Ausstrahlung eines zweiten Programms bald möglich, in: Der Tagesspiegel 28.7.1960 (Nr. 4523), S. 3; mst: Deutschland-Fernsehen der Sowjetzone, in: Neue Zürcher Zeitung 24.8.1960 (Nr. 233), Bl. 9; Auf Kanzler-Welle, in: Der Spiegel 14. Jg. 1960, Nr. 49, S. 30-31

28) Peter Schneider: Der Mauerspringer, Darmstadt 1982, S. 22

HISTORISCHE TONDOKUMENTE DER SCHWEIZ: INFORMATION, DOKUMENTATION, RESTAURIERUNG

Die schweizerische Landesphonothek in Lugano hat am 28. und 29. Oktober 1986 ein internationales wissenschaftliches Kolloquium zum Thema "Geschichte, Erhaltung und Restaurierung historischer Tonträger" abgehalten. Der Leiter der Landesphonothek, Kurt Deggeller, beschreibt hier die Ziele des Projekts "Historische Tondokumente der Schweiz".

Der Aufbau einer kulturellen Institution von nationaler Tragweite ist in unserem Land ein schwieriges Unternehmen. Die politischen Motive, die am Ende des letzten Jahrhunderts zur Gründung der Schweizerischen Landesbibliothek durch die Eidgenossenschaft führten, sind längst überholt, und jüngere Institutionen, wie etwa die zu internationalem Ansehen gelangte Cinémathèque Suisse, entstehen in der Regel dank privater Initiative und haben privatrechtlichen Status.

So mußte auch der Aufbau der Schweizerischen Landesphonothek auf relativ schmaler finanzieller und institutioneller Basis unternommen werden. In einem gewissen Kontrast dazu stehen Zahl und Umfang der Aufgaben, die von Anfang an ins Pflichtenheft der Institution aufgenommen wurden. Sie soll nicht nur für die Erhaltung heute und zukünftig entstehender Tonträger kommerzieller und nichtkommerzieller Herkunft, die zur Dokumentation der Kultur und Geschichte der Schweiz beitragen können, die nötigen Infrastrukturen bieten, sondern auch Bestände an älteren Dokumenten aufspüren und - wenn nötig - vor der Zerstörung retten. Außerdem muß sie, um ihre Existenz zu rechtfertigen, in der Öffentlichkeit eine intensive Informationskampagne über Wert und Erhaltenswürdigkeit von Tondokumenten führen.

Es ist ein Glücksfall, daß sich zumindest die beiden letztgenannten Aufgaben mit wesentlichen Zielsetzungen des Nationalen Forschungsprogramms (NFP 16) "Methoden zur Erhaltung von Kulturgütern" decken, das zur Zeit vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung durchgeführt wird. Dank der Wachsamkeit und der Initiative der Programmleitung konnte schon in der ersten Entwicklungsphase der Landesphonothek, im Herbst 1984, eine Zusammenarbeit ins Auge gefaßt werden. Im Laufe des Jahre 1985 entstand dann unter intensivem Gedankenaustausch das Projekt "Historische Tondokumente der Schweiz", das von den zuständigen Kommissionen des Nationalfonds gegen Ende des Jahres bewilligt und mit einem Kredit von rund Fr. 200'000.- ausgestattet wurde.

Das Ausführungsprogramm des NFP 16 mit seinen vier Schwerpunkten diente als Grundmuster für den Aufbau des Projekts "Historische Tondokumente der Schweiz". Die Verbesserung bestehender und die Entwicklung neuer Methoden der Analyse, Konservierung und Restaurierung, die Aus- und Weiterbildung von qualifizierten Fachleuten, die Koordination der Tätigkeit spezialisierter Institute und die

Verbreitung von Informationen über die Forschungsarbeit erwiesen sich auch für das Kulturgut Tonträger als die wichtigsten Initiativen, die zu seiner Erhaltung unternommen werden mußten.

Das historische Tondokument gehört zweifellos zu jener Kategorie von Kulturgütern, deren Erhaltung nicht nur durch das allgemein geringe Interesse der Öffentlichkeit an solchen Aufgaben in Frage gestellt ist, sondern auch durch die Tatsache, daß ihr Wert als Zeugnisse der jüngsten kulturellen und politischen Geschichte noch kaum erkannt ist. Es war darum zum vornherein klar, daß der Information der Öffentlichkeit und der Fachwelt in diesem Projekt ganz besonderes Gewicht beigemessen werden mußte. Dafür wurden zwei Veranstaltungen eingeplant: ein internationales wissenschaftliches Kolloquium zum Thema "Geschichte, Erhaltung und Restaurierung historischer Tonträger" und für das zweite Projektjahr eine Wanderausstellung "Historische Tondokumente der Schweiz". Mit dem Kolloquium wurden verschiedene Zielsetzungen verbunden. Es sollte einerseits einem nationalen und internationalen Meinungs austausch zwischen Schallarchiven verschiedener Zweckbestimmung über die besonderen Probleme im Zusammenhang mit historischen Tondokumenten dienen, andererseits der Information der Fachwelt und der Öffentlichkeit unseres Landes über die Bedeutung des Tonträgers als eines historischen Dokuments. Die Ausstellung wendet sich dagegen an eine breitere Öffentlichkeit und wird dieselben Probleme in allgemeinverständlicher Weise darstellen. Schließlich ist die Publikation eines "Ratgebers" für den Umgang mit historischen Tondokumenten geplant, und eine Umfrage soll dazu dienen, ein Inventar der wichtigsten öffentlichen und privaten Sammlungen historischer Tonträger und Abspielgeräte in unserem Land als Grundlage für die spätere Erfassung ihrer Bestände zu erstellen.

Wie bereits erwähnt, ist das Projekt "Historische Tondokumente der Schweiz" eng mit dem Aufbau der Schweizerischen Landesphonothek verbunden. Neben der im Ausführungsplan des NFP 16 genannten Koordination der Tätigkeiten bereits bestehender spezialisierter Institutionen ist also die Schaffung neuer Infrastrukturen unserem Projekt gewissermaßen angeboren. Dem kommt vor allem noch der Umstand entgegen, daß als Folge der kurzen, aber von einer rasanten Entwicklung geprägten Geschichte der Tonaufnahme der Übergang vom historischen zum modernen Tonträger fast nicht anders als willkürlich festzulegen ist. Das als Hauptziel unseres Projekts genannte Informations- und Restaurierungszentrum für historische Tondokumente ist entsprechend eng mit dem Gesamtaufbau der Institution Landesphonothek verbunden. Das geplante Restaurierungslaboratorium, ein Komplex von zwei Räumen, der mit einem Aufnahmestudio mit Regieraum zu vergleichen ist, wird auch für die Überspielung moderner Tonträger dienen können, und das im Hinblick auf die Katalogisierungs- und Dokumentationsarbeit der Landesphonothek geschaffene Datenbanksystem kann wiederum auch zum Erfassen älterer Dokumente beziehungsweise aller damit zusammenhängender Informationen dienen.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Ausbildung eines spezialisierten Tontechnikers. Die Spezialisierung auf die Erhaltung und Restaurierung älterer Tondokumente beruht vor allem auf einer soliden Ausbildung in allen die Tontechnik betreffenden Bereichen und Berufserfahrung in der Tonaufnahmetechnik. Die weitere Ausbildung besteht dann vor allem im Sammeln und Auswerten von Informationen über die Tonträgerrestaurierung, die zu einem kleineren Teil in der Fachliteratur enthalten sind, zu einem größeren Teil nur an Ort und Stelle, d.h. in jenen Instituten, die sich schon längere Zeit mit dem Problem der Tonträger-Restaurierung beschäftigen, zu erhalten sind. Darum wurden für den technischen Mitarbeiter des Projekts Stages und Informationsreisen in Europa und den USA eingeplant.

Die Aufgabe der Verbesserung bestehender und Erforschung neuer Methoden zur Analyse, Konservierung und Restaurierung, der letzte Punkt aus dem Ausführungsplan des NFP 16, wurde von Anfang an mit Vorsicht in das Projekt eingebracht. Der zeitliche und finanzielle Rahmen schließt eine Beteiligung an der Entwicklung grundlegend neuer Methoden wie etwa der Abtastung historischer Tonträger mit Laserstrahlen oder der digitalen Signalverbesserung aus. Besonders Gewicht wurde darum auf die Erhaltung der Tonträger gelegt. Das Erarbeiten überzeugender und realisierbarer Konzeptionen für die Einrichtung und die Arbeit eines Schallarchivs ist eine nicht sehr spektakuläre, aber dafür umso vordringlichere Aufgabe. Die wesentlichen Vorbedingungen für eine dauerhafte Archivierung sind zwar schon seit längerer Zeit bekannt, in den wenigsten Phonotheken aber vollumfänglich berücksichtigt. Besondere Probleme bestehen etwa bei der Wahl von Verpackungsmaterialien, die für die Tonträger nicht schädlich sind, oder von geeigneten Reinigungsverfahren und -flüssigkeiten für verschiedene Arten der Verschmutzung. Weiter sind auch Klimatisierung und Brandschutz auf die besonderen Gegebenheiten der Tonträgermaterialien abzustimmen. Auch in diesem Bereich wäre zwar eine eigene Forschungstätigkeit viel zu aufwendig; aber das sorgfältige Auswerten von Informationen, die größere Institutionen des Auslands glücklicherweise bereitwillig zur Verfügung stellen, führt zu durchaus befriedigenden Resultaten.

Im Bereich "Restaurierung" bildet die Entwicklung moderner Apparate zum Abspielen historischer Tonträger einen wichtigen Schwerpunkt, da die originalen Phonographen die Dokumente viel zu stark abnützen. Es handelt sich hier vor allem um z.T. weitgehende Modifikationen von Geräten, die für modernen Tonträger bestimmt sind. Schließlich wird ein Verfahren zur Überspielung alter Tondokumente auf modernen Tonträger (Tonband) unter Benützung des in der Film- und Videotechnik gebräuchlichen Timecodes entwickelt. Es ermöglicht beispielsweise, wichtige technische Vorgänge zu automatisieren und Archivkopien ohne mechanische Schnittstellen, die die Lebensdauer des Dokuments stark verringern, herzustellen.

Das Projekt "Historische Tondokumente der Schweiz" wird zusammen mit der Aufbauphase der Schweizerischen Landesphonothek Ende 1987 seinen Abschluß finden. Es läßt sich heute schon feststellen, daß es wesentlich zum Gelingen eines an und für sich schwierigen Un-

ternehmens, der Schaffung einer nationalen Institution zur Erhaltung des Kulturguts "Tondokument", beigetragen hat. Wir hoffen, es sei damit im guten Sinne dem Geist des Nationalen Forschungsprogramms 16 verpflichtet.

Kurt Deggeller

Walter Först

DAS MEDIUM UND DIE ZEITGESCHICHTE

(Der Text beruht auf einem Vortrag in der Schweizerischen Landesphonothek in Lugano am 29. Oktober 1986)

Mein Beitrag bezieht sich auf die Rolle und die Qualität wie auf die Problematik des historischen Tondokuments, auf seine Bedeutung für die Politik und Kultur und damit nicht nur auf Sammlung, Aufbewahrung und Aufbereitung, sondern auch auf die Benutzung für Programmpurpöcke des Rundfunks wie für die zeitgeschichtliche Forschung. Das sind gleich mehrere Zielrichtungen, die sich zum Teil gegenseitig durchdringen und oft in einem engen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen. Gerade darin aber liegt das dringende Bedürfnis, sich um eine bessere Ordnung der Dinge zu bemühen und dabei möglichst nur noch wenig Zeit verstreichen zu lassen. Denn der beinahe tägliche Anfall an neuen Tondokumenten zumal bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wie bei privaten Programmanbietern und die Menge, die sich ständig vergrößert, erlauben längst nicht mehr, sich lediglich mit Grundsätzen und Theorien zu beschäftigen. Das Material wird immer unüberschaubarer, die Archive haben wachsende Schwierigkeiten, seiner Herr zu werden und dann auch zu bleiben, und das historische Tondokument als nicht bloß dramaturgisches, sondern auch informatives Element im Rundfunkprogramm gerät leicht in die Gefahr, wegen der Schwierigkeiten im Umgang mit ihm in den Hintergrund gedrängt zu werden. Dabei ist es gleichgültig, ob solche Gefahren von Aktualitätsverliebtheit der Programme, von dem international verbreiteten Hang zu leichter Unterhaltung oder der Manie herrühren, die nur die live-Sendung für den wahren Rundfunk hält.

Was den Charakter des historischen Tondokuments betrifft, so gibt es dafür mancherlei Definitionen, die sich nach dem Standpunkt des Beurteilenden richten und deshalb nicht immer übereinstimmen. Schon die Haltung der historischen Wissenschaft ist nicht eindeutig. Die Geschichtsforschung, die sich traditionell noch im 19. und im frühen 20. Jahrhundert fast ausschließlich der Akten in den Archiven bediente, hat sich lange schwer getan, auch die Presse wenigstens als Sekundärquelle anzuerkennen und in die Forschung mit einzubeziehen. Das galt dann, als er aufkam, erst recht für den Rundfunk, obwohl zeitgeschichtlich wirklich relevantes Material hier erst nach und nach anfiel. Seit aber politisches und kulturelles Leben in allen Medien seinen Niederschlag gefunden, ja oft seinen wesentlichen, manchmal sogar ausschließlichen Schauplatz hat, ist eine neue Situation zu bewältigen. Die Kommunikation durch drahtlose Übermittlung überlagert den unmittelbaren individuellen Austausch und tritt gleichberechtigt, wenn nicht gar überwiegend neben die gedruckte Form. Politik artikuliert sich im Rundfunk oft unmittelbarer als die Presse, und in der Wiedergabe von Reden im Parlament oder auf Veranstaltungen ist sie im Rundfunk meist wirksamer, weil Ausschnitt und Zusammenstellung von Kernpassagen schon eine Vorauswahl treffen, die freilich auch manipulierbar ist. Die Wirkung, die davon ausgehen kann, ist kaum zu unterschätzen, wie überhaupt das Tondokument, bei dem der Hörer nicht durch das gleichzeitige Bild abgelenkt wird, einen hohen

Grad an Intensität erreicht. Deshalb haben Gespräch, Interview und Diskussion einen beträchtlichen Aussagewert, der für Literatur, Kunst, Philosophie und Naturwissenschaften nicht geringer ist als für Politik und Zeitgeschehen. Nicht zu vergessen in der breiten Ausfächerung des Tondokuments jeglicher Art wäre aber auch das Zeitzeugnis, für das als Sendeform nicht nur Reportage und Feature zur Verfügung stehen, sondern auch die formlose, von jeder Bearbeitung freie Aussage von Zeitgenossen der Gegenwart oder vergangener Epochen, die mit ihrer Erzählung, der Formulierung individueller Erinnerungen die mehr oder weniger offizielle Geschichte durch ihren Lebensbericht ergänzen, ja manchmal bereichern. Weil sie nicht nachgestellt oder aus einzelnen Teilen zusammengesetzt werden können, sind sie dann unwiderholbare Originaldokumente bestimmter Vorgänge und Ereignisse.

Es gibt natürlich auch Gegenargumente, mit denen Bedeutung und Charakter des Tondokuments eingeschränkt werden können. Da ist dann etwa von Flüchtigkeit, von Zufälligkeiten und mangelnder Repräsentativität die Rede, und das wäre durchaus ernst zu nehmen. Denn daß so manches Tondokument zufällig entsteht, abhängig von äußeren Umständen, zu denen nicht zuletzt das Vorhandensein eines Aufnahmegerätes gehören kann, läßt sich nicht in Abrede stellen. Die Flüchtigkeit hängt damit zusammen; nicht jede Aufnahme kann oder will das Thema, die Situation und die Personen vollständig erfassen, und das führt dann oft zu der mangelnden Repräsentativität, bei der es nicht allein um den offiziellen Charakter des Dokuments geht. Viele Tondokumente sind selbstverständlich nicht repräsentativ für das personen- und sachbezogene Themengebiet und können es nicht sein. Gerade darin liegt aber häufig ihre Stärke. Das Tondokument, oft beiläufig zustande gekommen, trifft Zustände und Entwicklungen im Ausschnitt, manchmal in einem beliebigen Augenblick und markiert durch seine Authentizität das ganze besser als die nachträgliche Zusammenfassung, die abschließende Darstellung. Eben darin liegt sein Wert für die politische und die Kulturgeschichte, die mit diesem Medium eine zusätzliche Dokumentationsart erfahren.

Solche Anmerkungen und Überlegungen sollen hier nun auf das Gebiet Politik und Geschichte konkretisiert werden, das ein besonders empfindliches Gebiet ist, weil auf ihm Entstehung und Wirkung des Tondokuments am häufigsten öffentliche Aufmerksamkeit finden, seine Relevanz für die Zeitgeschichte oft besonders umstritten ist und nicht zuletzt auch Fragen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes eine besondere Rolle spielen. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ein hochentwickeltes, aber eben deshalb auch kompliziertes System der Erfassung, Aufbewahrung und Aufbereitung von Tondokumenten, das in der Hauptsache von den Rundfunkanstalten betrieben wird, und zwar teilweise in Zusammenarbeit mit den staatlichen Archiven. Die Arbeit der Rundfunkanstalten beruht auf Landesgesetzen bzw. Staatsverträgen, ihre Sendegebiere für Hörfunk und Fernsehen stimmen in der Regel mit dem Gebiet eines oder mehrerer Bundesländer überein. Jede dieser Rundfunkanstalten besitzt natürlich Ton- und Bildarchive, genauer gesagt, Archive für Tonträger und Filmmaterial; das gilt auch für die beiden einzigen

Rundfunkanstalten mit bundesrechtlicher Basis, den Deutschlandfunk und die Deutsche Welle, die beide ihren Sitz in Köln haben. Außerdem gibt es noch das Deutsche Rundfunkarchiv in Frankfurt am Main, das von der ARD, der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland, getragen wird. Daß diese ARD keine zentrale Institution, sondern eine Arbeitsgemeinschaft ist, übersieht man auch bei uns in der Öffentlichkeit oft, verführt dazu, weil der Begriff ARD am meisten für das erste Fernsehprogramm gebräuchlich ist, das von den Anstalten gemeinsam betrieben wird und zu dem die größeren Anstalten größere, die kleineren kleinere Programmanteile liefern. Eine Zentralanstalt ist allein das Zweite Deutsche Fernsehen in Mainz, das auf einem Staatsvertrag der Länder beruht und sich von den Landesrundfunkanstalten dadurch unterscheidet, daß es nur Fernsehen und nicht zugleich auch Hörfunk macht.

In den meisten der deutschen Rundfunkanstalten gibt es zunächst historische Archive für die eigene Geschichte, die von der rundfunkgeschichtlichen Forschung auch benutzt werden, obwohl sich vieles Material nur außerhalb der Anstalten findet. Die Hauptaufgabe der Rundfunkarchive ist es aber, Programme aufzubewahren, die gesendet worden sind, und zwar vornehmlich unter dem rundfunkspezifischen Gesichtspunkt der möglichen Wiederverwendung in Sendung. Vor allem unter diesem Gesichtspunkt sind die Rundfunkarchive einst entstanden, als entsprechende Aufzeichnungsmöglichkeiten vorhanden waren, d.h. im Falle der Tonträger seit der Aufzeichnung auf Wachsplatten, in größerem Umfang seit der Einführung des Magnetbandes. Für ältere Bestände ist in erster Linie das Deutsche Rundfunkarchiv in Frankfurt zuständig, das diese oft raren Materialien stellvertretend für die einzelnen Anstalten magaziniert hat, die nicht jede für sich das gleiche Dokumentarmaterial aufbewahren können und wollen. Ein ständiger Austausch von Informationen sorgt selbstverständlich dafür, daß jedes Tondokument beschafft werden kann, das vorhanden ist, unabhängig davon, wer es aus welchen Gründen auch immer bei sich archiviert hat.

Der Begriff der Wiederverwendung in Sendung ist für die Rundfunkanstalten, wenn man so will, zunächst nichts anders als eine weitere Umschreibung ihrer Programmtätigkeit. Ein politischer Jahresrückblick zu Sylvester oder zu Neujahr ist, um das einfachste Beispiel zu erwähnen, nur dann möglich, wenn man über das nötige Ton- und Filmmaterial des abgelaufenen Jahres verfügt. Schwieriger wird es, wenn es um weiter zurückliegende Zeiten geht. Nicht immer sind die historischen Tondokumente, die zur Verfügung stehen, Materialien, die den Kern des jeweiligen Themas treffen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist noch auf Jahre hinaus vieles zwar aufgezeichnet, aber dann doch nicht aufbewahrt worden, weil Tonbänder wegen produktionstechnischer, finanzieller und ökonomischer Engpässe nur in begrenztem Umfang zur Verfügung standen und deshalb viele Bänder neu bespielt werden mußten. Auch die Tatsache, daß die Vorläufer der heutigen Rundfunkanstalten in den ersten Nachkriegsjahren Sender der Militärregierungen in den drei westlichen Besatzungszonen gewesen sind, ist nicht ohne Bedeutung. Ebenso wie die Zeitgeschichtsforschung würde das Programm oft und gern auf

Material zurückgreifen können, das Aussagen über die damaligen deutschen Verhältnisse enthält, so etwa darüber, wie denn die Befindlichkeiten der Menschen in jenen ersten Nachkriegsjahren nicht nur politisch, sondern auch in Bezug auf die alltäglichen Notzustände der verschiedensten Art tatsächlich gewesen sind. Aber dazu ist damals kaum etwas auf Tonband festgehalten worden. Britische, amerikanische und französische Tondokumente aus der Besatzungszeit sind kein Ersatz dafür.

Zieht man ältere Tonbänder mit in die Betrachtung ein, dann zeigt sich, wie fließend die Grenzen zwischen dem Material, für das der Begriff der Wiederverwendung in Sendung gilt, und dem historischen Tondokument sind. Beides läßt sich nicht klar voneinander trennen. Die Zeitgeschichte steht oft in enger Wechselbeziehung zur aktuellen Politik, und wann Aktuelles in die Zeitgeschichte entrückt, ist meistens nur schwer festzustellen und zu bestimmen. Man wird deshalb beides in der Regel im Zusammenhang miteinander zu beurteilen und zu behandeln haben. Dabei tun sich freilich andere Schwierigkeiten auf. Sie liegen zunächst darin, daß neues und älteres Material unter unterschiedlichen Bedingungen anfällt oder angefallen ist. Selbstverständlich lassen sich die älteren Bestände in Menge und Qualität nicht mehr verändern, vor allem aber nicht mehr nach Kriterien behandeln, die man erst in neuerer Zeit im Umgang mit dem historischen Tondokument entwickelt hat. Das aber sind nicht nur publizistische und wissenschaftliche, sondern auch rechtliche Kriterien, die den Umgang mit dem historischen Tondokument erschweren. Gemeint ist damit aber nicht nur der Datenschutz, der, seit er aus guten Gründen intensiviert und ausgeweitet worden ist, das historische Tondokument ebenso wie Schriftgut, vor allem in privaten Nachlässen, der Benutzung oft lange entzieht. Wäre das im Einzelfall auch noch hinzunehmen, zumal es die Möglichkeit gibt, über den Einzelfall zu verhandeln, so ist das historische Tondokument, was den Rundfunk einerseits, die zeitgeschichtliche Forschung andererseits betrifft, von der Rechtslage noch in ganz anderer Weise betroffen. Aufzubewahren für Zwecke der Wiederverwendung in Sendung ist sozusagen legitim, weil es dem Programmauftrag entspricht, den die Rundfunkanstalten besitzen; die für sie zuständigen Gesetze haben ihnen diesen Programmauftrag erteilt. Keines dieser Gesetze enthält aber die Verpflichtung, Tonbänder und Filmmaterial für die spätere zeitgeschichtliche Forschung zu archivieren, ja die Gesetze schließen das eigentlich aus. Die Rundfunkanstalten sind genau genommen nicht berechtigt, aus dem Gebührenaufkommen die nicht unbeträchtlichen Mittel abzuzweigen, die dafür erforderlich wären. Daß dergleichen trotzdem geschieht, und zwar unter geschickter Anwendung und Ausnutzung der rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten, steht auf einem anderen Blatt. Man kann den Ländern ein lebhaftes Interesse an solchem Material nicht bestreiten, und es kommt dann darauf an, ob man einen gangbaren Weg findet. So hat der Südwestfunk und sein Landesstudio Rheinland-Pfalz in Mainz schon früh eine Vereinbarung mit dem Landeshauptarchiv in Koblenz treffen können, nach der landespolitisch relevantes Sendematerial auch dem Landeshauptarchiv zu Verfügung steht. Das ist sozusagen ein Stück Annäherung auf dem Weg zu einer Art Landesphonotheke, die

es offiziell nicht gibt. Andere, ähnliche Wege werden auch bei anderen Rundfunkanstalten beschritten, und die Staatskanzleien der Länder, speziell die Landespressestellen, schneiden alles, was landespolitisch interessant ist, während der Sendung mit, um die Sendetexte hinterher abgeschrieben zur Verfügung zu haben. Auch solche Mitschnittsammlungen könnte man, zumindest wenn das Material später einer Auswahl unterzogen wird, um die tagespolitische Kleinform auszuscheiden, in gewisser Weise als Vorstufe zu einer Phonotheek bezeichnen, dazu geeignet, die rechtlichen Schwierigkeiten zu umgehen.

Freilich bringen alle Versuche, das Material unter allen Umständen erst einmal zu sichern, für die eigentliche Behandlung, die Aufbewahrung und Erschließung des historischen Tondokuments wenig. Denn es kommt doch wohl entscheidend auf Qualität und nicht auf Quantität an. Beim Westdeutschen Rundfunk in Köln weiß man ein Lied davon zu singen, welche Mühe es macht, das gesamte Tonbandmaterial von den Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages aufzubewahren. Das hat man damals, 1949, so begonnen, weil der WDR, der damals noch NWDR Köln hieß, sozusagen der Haussender von Bonn war. Schließlich ist die Bundeshauptstadt eine Stadt in Nordrhein-Westfalen und der WDR die Rundfunkanstalt dieses Landes. 37 Jahre Bundestag, das sind 37 mal an die Hunderte von Stunden Mitschnitte von Plenarsitzungen. So etwas läßt sich, um es räumlich überhaupt noch zu bewältigen, mit fortschreitender Zeit nur durch Umspielen der Originalbänder auf Bänder mit geringerer Laufgeschwindigkeit verkraften. Und um jederzeit den Zugriff zu den einzelnen Stellen und Passagen zu garantieren, mußten und müssen die Wortprotokolle der Plenarsitzungen, die der Bundestag jeweils kurz nach einer Sitzung gedruckt vorlegt, mit einem Raster versehen werden, das in Abständen von 10 oder 15 Minuten markiert, wo die betreffende Stelle auf dem Tonband zu finden ist. Man kann sich vorstellen, was das schon personell für einen Aufwand erfordert. Selbstverständlich wird von dem fast vollständig archivierten Bundestag aus 37 Jahren, einem Dokumentar-Depot, Gebrauch gemacht, und zwar mit zunehmender Zeit in zunehmendem Maße. Hier gehen eben das Prinzip der Wiederverwendung in Sendung und die vollständige Archivierung in die Dokumentation über, mit fließenden Grenzen, was die Zeit, aber auch, was die Sachthematik betrifft. Auf den Mitschnitt der Plenarsitzungen des Bundestages kann die deutsche Zeitgeschichte schwer verzichten. Daß es auch ältere Materialien gibt, hat erst neuerdings zahlreiche Sendungen möglich gemacht, deren Thema vor dreieinhalb Jahren der 30. Januar 1933 und vor anderthalb Jahren der 8. Mai 1945 waren. Das heißt aber nicht, daß die vollständige, also die lückenlose Archivierung der rechte Weg sein würde. Sie gibt es zwar, wie gesagt, für den Bundestag, soweit es um Parlamentsmitschnitte geht, aber schon bei weitem nicht so vollständig für alle Landtage. Darin drückt sich ein deutliches Gefälle in der politischen Bedeutung zwischen Bundestag und Landtagen aus.

Im ganzen ist allerdings dieses Material nicht leicht zu bewerten. Im Parlament und auf der politischen Versammlung, im Interview und in Diskussionssendungen wird so manches Vordergründige gesagt, was den Tag nicht überdauert und für die Zeitgeschichte unerheblich

ist. Die Schwierigkeit liegt darin, darüber ad hoc zu entscheiden und entscheiden zu müssen. Im Nachhinein kann so manches an Relevanz gewinnen, was zuerst unerheblich erschien; es kann in der Retrospektive unter Umständen charakteristisch für eine bestimmte Zeit und für den inneren Zustand der Gesellschaft werden. Die Entscheidung, die hier im Sinne des historischen Tondokuments zu treffen ist, stellt in den meisten Fällen eine mehrpolige Entscheidung dar, für die es verschiedene Kriterien gibt, die kaum alle unter einen Hut gebracht werden können. Was die Politik betrifft, so beschränkt sich diese nicht auf das Verbale. Atmosphäre, Zeitfarbe und die Wirkung der Persönlichkeit, sei diese nun mehr negativ oder mehr positiv, gehören wesentlich dazu. Man erinnert gelegentlich daran, daß, hätte es im deutschen Kaiserreich schon Rundfunk gegeben, Otto von Bismarck öffentlich weit weniger wirksam hätte agieren können, denn er soll eine ziemlich hohe und schmale Stimme gehabt haben. Und wer heutzutage oder künftig als Student der Zeitgeschichte über ein Thema aus den fünfziger Jahren arbeiten will, aber, weil er zu jung dazu ist, noch nie die Stimme von Konrad Adenauer oder von Kurt Schumacher gehört hat, dem fehlt eine zwar nicht zentrale, aber doch nicht unwichtige Kategorie für seine Darstellung und sein Urteil. Das gilt ebenso für den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß mit seinem tiefen Organ und seinem unverkennbaren Schwäbisch wie für viele andere. Sprachkultur, zu der auch die landsmannschaftliche Einfärbung gehört, aber natürlich auch manche Unkultur in der Sprache, ist für das historische Tondokument mehr als nur eine Äußerlichkeit. Von Thomas Mann gibt es beim Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt, um noch ein anderes Beispiel zu erwähnen, eine umfangreiche, übrigens in einem eigenen Katalog in Form einer Broschüre verzeichnete Sammlung von Radioansprachen aus verschiedenen Zeitabschnitten, öffentlichen Reden und eigenen Lesungen aus seinen Werken, ein Fundus für Inhalt, Sprechweise und Persönlichkeitsstruktur - weitere Indizien für die qualitative Bedeutung von historischen Tondokumenten.

Nun ist die Frankfurter Thomas-Mann-Sammlung nicht von selbst zusammengekommen; vielmehr bedurfte es dazu einiger Anstrengungen. Den gedruckten Katalog zu machen und für Interessenten verfügbar zu halten, war ein Entschluß des Archivs, der zeigt, wie weit Archivarbeit gehen kann und daß es Prinzipien gibt, die sich von selbst verstehen. Diese Prinzipien reichen vom Prestige des jeweiligen Archivs bis zur Vorwegnahme von Grundsätzen, die im prominenten Einzelfall außer Frage stehen, für viele mehr oder weniger anonyme Dokumente aber erst erarbeitet werden müssen. Sicherlich wäre niemand auf die Idee gekommen, den Bestand Thomas Mann auf Wichtiges und weniger Wichtiges abzuklopfen. Für die Masse der Tondokumente dagegen ist die Bewertung jedes Teilbestandes, ja of jedes einzelnen Stückes unerlässlich, um zu erreichen, daß tatsächlich nur wirklich historisches Dokumentarmaterial aufbewahrt wird. Das sind dann oft Tondokumente, die ihren historischen Wert erst nach und nach erlangen, indem sie sozusagen Patina ansetzen. Selbstverständlich müssen wie, um dahin zu kommen, überhaupt erst einmal aufgewahrt werden. Darüber zu entscheiden, ist Stück für Stück ein komplizierter Vorgang. Da werden Tondokumente archiviert, die diese Bezeichnung eigentlich noch gar nicht verdienen,

eben weil sie lediglich unter dem Gesichtspunkt der möglichen Wiederverwendung in späteren Sendungen dem Archiv überlassen wurden, und zwar, um sie zu sichern, um sie im Bestand zu erhalten, ohne daß jemand bei der Entscheidung, das Band aufzubewahren, schon wissen kann, ob es später tatsächlich wieder einmal verwendet werden wird. Diese Entscheidung trifft in der Regel der Redakteur in Abstimmung mit dem Archivar. Aber dem Redakteur kann man nicht prinzipiell eine Haltung abverlangen, die ein historisches Bewußtsein voraussetzt, und der Archivar, für den im Gegensatz dazu eine solche Haltung berufsspezifisch sein sollte, befindet sich oft in der Zwickmühle, daß er zwar aufbewahren will, aber immer zugleich auch an die begrenzenden Mittel denken muß, die ihm dafür zur Verfügung stehen. Die Kassationsentscheidung, für die zuletzt der Archivar geradestehen muß, ist oft eine Gratwanderung, weil sich erst sehr viel später erweisen kann, ob es richtig war, bestimmtes Material aufzubewahren oder nicht. Es gibt dafür viele Vorschriften, von denen letztlich keine schlüssig sein kann. Denn die Kriterien, nach denen im Einzelfall zu entscheiden wäre, ändern und verschieben sich immer wieder, weil sich die Erfahrungen, die man damit macht, summieren und neue Gesichtspunkte entstehen, die man früher so noch nicht hat haben können. Auch die Anlässe und Ereignisse selbst, von denen es Tondokumente gibt, haben Einfluß auf den Entscheidungskatalog. Selbst das Zusammenfallen von Tondokument und Ereignis ist in manchen Fällen ein wichtiger Tatbestand. Als der bedeutendste deutsche Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, 1929 nach sechs Jahren gestorben war, übertrug der junge deutsche Rundfunk selbstverständlich die Trauerfeierlichkeiten, und der Reporter am Weg des Trauerzuges bis zum Grab war Alfred Braun, der auf der Programmseite im Berliner Rundfunk eine wichtige Rolle gespielt hat, auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg, so daß die Tondokumente von 1929 gleichermaßen unter dem Namen Stresemann wie unter dem Namen Braun ihren Wert behalten haben. Der Tod eines namhaften, wenn auch nicht unumstrittenen Staatsmannes wird immer auf historische Tondokumente hindeuten, deren Wert unstrittig ist. Das hieße aber nicht, bei der Auswahl Staatliches, also Offizielles überzubewerten. Tondokumente von der Außenparlamentarischen Opposition in Deutschland, der berühmten APO von 1968, sind nicht weniger wichtig, nicht weniger aufschlußreich. Sie gehören ebenso in die Auswahl historischer Tondokumente wie jede alternative Bewegung.

Unter den Provenienzen, von denen einer Landesphonothek Material zuwächst, spielt der Rundfunk eine zentrale, wenn auch keine ausschließliche, keine Monopolrolle. Eine Landesphonothek kann, richtig verstanden und optimal organisiert, nicht ausschließlich vom Rundfunk abhängen, so sehr dieser ihr Hauptlieferant sein wird. Eher möchte man ihr wünschen, daß sie erreicht, in der Auswahl ihrer Bestände einen weiteren Horizont abzustecken, als ihn der Rundfunk bieten kann, der Ton jeglicher Art eben nicht für die Zeitgeschichte, sondern für das Programm aufzeichnet. Dabei sind Politik und Zeitgeschichte sicherlich zentrale Bereiche. Das gilt noch mehr für die Musik, aber auch für private Tonaufzeichnungen, die keinen öffentlichen Charakter haben, obwohl beide, die Musik wie die private Aufzeichnung, stets meist sehr bald die Aufmerk-

samkeit des Rundfunks finden werden. Gerade an der Musik geht so leicht kein Rundfunksender vorbei, und sei es auch nur unter dem ständigen Zwang, täglich viele Stunden simultaner Programme füllen zu müssen. Auf die großen Orchester, die berühmten Solisten und die Spitzeninterpreten kann der Rundfunk, der zu ihrer Popularisierung schon immer beigetragen, ja sie oft erst eingeleitet hat, ohnehin nicht verzichten. Aber auch Laiendarbietungen finden das Interesse sowohl des Rundfunks wie auch einer nationalen Phonothek, weil auch sie ein Ausdruck der Musikkultur sind. So ist die Volksmusik nicht nur etwas für das stille Kämmerlein oder den Wirtshaussaal auf dem Lande, sondern mit ihren verschiedenen modernen Spielarten längst auch etwas für die breite Öffentlichkeit. Und die private Tonaufzeichnung, sozusagen die Privat-Phonothek, dürfte bei der weiten Verbreitung der nötigen technischen Apparaturen schon lange einen solchen Umfang angenommen haben, daß eine Landesphonothek sie nicht übersehen kann, manifestiert sich doch auch hier kulturelles Leben, das aufzuspüren und zu dokumentieren wäre. Wann aus dem reichen Material, das hier anfiel, tatsächlich historische Tondokumente werden würden, bliebe allerdings abzuwarten, obwohl natürlich auch für diese Sparte gilt, daß ein Tondokument nur werden kann, was auch aufbewahrt worden ist.

BIBLIOGRAPHIE

Rundfunkbezogene Hochschulschriften aus
kommunikationswissenschaftlichen Fachinstituten

Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, Uni-
versitätsstraße 7, A-1010 Wien

Wintersemester 1980/81 - Sommersemester 1985

Dissertationen

Gerhard Bitzan: Rundfunksatelliten und Informationsfreiheit. Die
Diskussion um einen internationalen freien Informationsfluß am
Beispiel eines neuen Mediums. 1980 (190 S.)

Dietmar Jungreithmair: Unterhaltung in der Spielfilm-Kommunika-
tion. Medienpädagogische Vorarbeiten zur Grundlegung einer Unter-
richtseinheit 'kontextuelle Ästhetik' der Populärkultur.

Elmar Kickinger: Die Bedeutung technologischer Prognosen für die
Medienfuturistik. 1980 (V, 232 S.)

Reinhard Lorenz: Die Förderalisierung des österreichischen Fern-
sehens - kommunikationswissenschaftliche Unterlagen zum ORF-Pro-
jekt 'Regionalisierung' am Beispiel Kärntens. 1980 (172 S.)

Gertrude Osztovits: Das Freizeitverhalten der Jugendlichen und
deren Rezeption von Musik- bzw. Jugendsendungen im ORF/Fernsehen.
1980 (111, VII S.)

Manfred Weiss: Computerorientierte Informationssysteme für Massen-
medien. Anwendungsmöglichkeiten elektronischer Datenverarbeitung
und -speicherung im Medienbereich unter Berücksichtigung kommuni-
kationspolitischer Zielsetzungen. 1980 (142 S.)

Ilse Gassinger: Sozialisation im Spiegel der Massenmedien. Zum
Einfluß der Massenmedien auf die Persönlichkeits- und Moralent-
wicklung von Kindern und Jugendlichen. 1981 (226, a-q S.)

Karl-Heinz Jeller: Redaktionsstatuten in Österreich. Eine Analyse
der Redaktionsstatutenbewegung in Österreich. Mit einer empiri-
schen Untersuchung über die bisherigen Erfahrungen mit Redak-
tionsstatuten in der Praxis. 1981 (III, 282 S.)

Robert Sedlaczek: Die elektronischen Textmedien Teletext und Bild-
schirmtext. Bisherige Erfahrungen und mögliche Zukunftsentwicklun-
gen aus kommunikationswissenschaftlicher, ökonomischer und sozio-
logischer Sicht. 1981 (659 S.)

Peter Tajmar: Kommunikationspolitische Grundprobleme der künftigen audiovisuellen Medienentwicklung Österreichs. 1981 (125 S.)

Theodor Venus: Die Entstehung des Rundfunks in Österreich. Herkunft und Gründung eines Massenmediums. 1982 (3 Bde., 1.354 S.)

Harald Sicheritz: "Wie unterhält das Fernsehen?" Ein theoretischer Ansatz zur Analyse der Medienpraxis. 1983 (263 S.)

Gerhard Schnabl: Die Geschichte des österreichischen Photojournalismus vom Durchbruch der Autotypie bis zur Einführung des Fernsehens. 1983 (III, 222 S.)

Karin Steiner: Kinder und Fernsehwerbung. Forschungsansätze und Ergebnisse zur Rezeption und Verarbeitung der Fernsehwerbung durch Kinder im Vor- und Volksschulalter. 1983 (259 S.)

Ingrid Duschek: Kinder, Fernsehen und Sprache. Fernseherziehung als Mittel gegen den Bildanphabetismus. 1984 (219 S.)

Irene Roy: Kultureller Wandel und der Einfluß des Fernsehens. 1984 (238 S.)

Shereen Salem: Der deutsche Kurzwellenrundfunk unter Berücksichtigung der Orient-Zone 1939-1945. 1984 (VII, 191 S.)

Randolf Fochler: Grundlagen für eine Innovation der Fernsehwerbung. Die Fernsehwerbung, vor der Notwendigkeit, sich unter Wahrheitsanspruch zu stellen, um die Dissonanz zwischen 'medial vermittelter Wirklichkeit' und alltäglicher Realität zu reduzieren. 1985

Christa Langergraber: Ansprüche an das Fernsehen in der Demokratie als Vermittler von demokratischer Kommunikation. Fernsehen und demokratische Kommunikation in Österreich. 1985 (IX, 222, X-XIX S.)

Manfred Bobrowsky

Zeitschriftenlese 40 (1.6. - 31.8.1986 und Nachträge)

- Ba(umann), W(infried). Radio Prag. 50 Jahre Programme aus Prag, in: Radiowelt. Jg. 3. 1986. Nr. 8. S. 38-39.
- Belgien: Doppelter David. Der Auslandsdienst des Belgischen Rundfunks aus Brüssel, in: Weltweit hören. 1984. H. 9. S. 4-5.
- Biener, Hansjörg. RFI im Wachstum, in: Kurier. Jg. 20. 1986. Nr. 13. S. 6-8.

- Browne, Donald R. International commercial radio broadcasting: nation shall speak profit unto nation, in: Journal of broadcasting & electronic media. Vol. 30. 1986. Nr. 2. S. 195-212.
- Brüning, Jens. "Riskante Sendungen sind in der Regel interessante Sendungen." Gespräch mit Norbert Schneider, dessen Amtszeit als SFB-Programmdirektor endet, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 27. S. 1-3.
- Diller, Ansgar. Die Geburt der Konkurrenz. Vor 25 Jahren: ZDF-Staatsvertrag unterzeichnet/Ende des ARD-Fernseh-Monopols, in: Das Parlament. Jg. 36. 1986. Nr. 23. S. 12.
- Dool, Wim van den. Raadio Bloemendaal. Sechzig Jahre und kein bißchen leise, in: Weltweit hören. 1984. H. 10. S. 4, 27.
- Engler, Jörg. Das Rundfunksystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1986/87. Hamburg 1986. S. B 67 - B 112.
- Euler-Ott, Michael. Hörfunk-Fußballreportagen: mehr Kritik als Ekstase. Über den Wandel des Wir-Gefühls vor den Mikrofonen seit 1954, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 24. S. P2-P4.
- Flamm, Leo. Am Anfang war die Vorzensur. Der Neubeginn von Rundfunk und Presse in Nordrhein und Westfalen, in: Aus den Trümmern. Kunst und Kultur im Rheinland und in Westfalen 1945-1952. Neubeginn und Kontinuität. Köln, Bonn 1985. S. 493-500.
- Freund, Wolfgang S. Presse, Rundfunk und Fernsehen in Nordafrika und Nahost. Ein kritischer Überblick, in: Communications. Die Europäische Zeitschrift für Kommunikation, Jg. 12. 1986. H. 1. S. 91-117.
- Fuchs, Gerhard. Die geschichtliche Entwicklung des Rundfunks (Hörfunks) in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1986/87. Hamburg 1986. S. B 113 - B 116.
- Goodlad, J.S.R. Zur Soziologie des populären Dramas, in: Medienforschung. Bd. 3. Analysen, Kritiken, Ästhetik. Frankfurt a.M. 1986. S. 62-111.
- Green, Murray. Radio 6NR: Western Australia, in: Media in education and development. Vol. 19. 1986. Nr. 2. S. 71-73. Mit einem Abriss der Entwicklung des public broadcasting in Australien.
- Hackel, Renate. "Unerhörte Chance." Kirchliche Hörfunk- und Fernseharbeit in der DDR, in: Medium. Jg. 16. 1986. H. 2. S. 53-55.

- Halefeldt, Horst O. Das erste Medium für alle? Erwartungen an den Hörfunk bei seiner Einführung in Deutschland Anfang der 20er Jahre. T. 2, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 34. 1986. Nr. 2. S. 157-176.
- Herrmann, Günter. Statement zur rundfunkrechtlichen Entwicklung aus der Sicht der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, in: Rundfunk und Fernsehen im Lichte der Entwicklung des nationalen und internationalen Rechts. Baden-Baden 1986. S. 159-165.
- Heydt, Franz. Ratgebersendungen - eine wichtige Programmsache im Fernsehen der DDR, in: Rundfunk und Fernsehen, Prag. Jg. 36. 1986. H. 3. S. 18-19.
- Hickethier, Knut. Das Fernsehspiel, in: Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967. München, Wien 1986. S. 585-597.
- Hickethier, Knut. Literatur und Massenmedien, in: Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967. München, Wien 1986. S. 125-141.
- Hörfunkreform in den Niederlanden. Facelifting für eine ungewisse Zukunft? in: Weltweit hören. 1986. H. 5. S. 14-16.
- Hoff, Peter. Das Fernsehsystem der DDR, in: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1986/87. Hamburg 1986. S. B 117 - B 122.
- Hornstein, Erika von. Jürgen Rühle war 20 Jahre mein Redakteur, in: WDR-print. Nr. 123. 1986. S. 11.
- Hubert, Heinz-Josef. Das "kreative Chaos" der 60er Jahre. Oder: Vor 25 Jahren sendete der WDR "Spektrum", in: WDR-print. Nr. 123. 1986. S. 7.
- Jauslin, Christian. Das deutschsprachige Hörspiel in der Schweiz. Die Situation bei Radio DRS, in: Dramaturg. 1986. Nr. 2. S. 11-14.
- Kossatz, Thomas. Abhängig und doch neutral? 50 Jahre Schweizer Auslandsfunk (SRI), in: Weltweit hören. 1985. H. 7. S. 5-7.
- Kurath, Peter. Die christliche Fernsehwoche. Zur geschichtlichen Entwicklung: Ein Öffnungsprozeß mit Schwierigkeiten, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 23. S. P1-P5.
- Luger, Kurt. Metamorphosen der österreichischen Medienlandschaft, in: Media Perspektiven. 1986. H. 6. S. 366-374.
- M(essingsfeld), P(eter). Good-bye Radio Jackie? Vom (vorläufigen) Ende eines Piratensenders, in: Weltweit hören. 1985. H. 6. S. 14-15.

- 90 Tage Sport rund um die Uhr. Am 4. Juni wird die "Sportschau" 25 Jahre alt, in: Erstes Deutsches Fernsehen. Programm aktuell. 1986. Nr. 14. S. 1-5.
- Ohde, Horst. Das Literarische Hörspiel - Wortkunst im Massenmedium, in: Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967. München, Wien 1986. S. 469-492.
- Peschel, Edeltraut. Aufbruch in den entwickelten Sozialismus - DDR-Journalismus in den 60er Jahren, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1986. H. 1. S. 27-31.
- Prehn, Ole. Lokales Fernsehen in Dänemark - drei Versuchsjahre, in: Media Perspektiven. 1986. Nr. 65. S. 8-10.
- Prümm, Karl. Fremde Blicke auf das Vertraute. Egon-Monk-Fernsehspiele auf Tour in Brasilien, in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 65. S. 8-10.
- Roessler, Günter. 60 Jahre Kurzwelle ... und kein bißchen weise? in: Radiowelt. Jg. 3. 1986. Nr. 8. S. 12-13.
- Rohde, Barbara. Das Rasthaus, in: SWF-Journal. 1986. Nr. 6. S. 6-7.
- Roloff, Eckart Klaus. Rundfunkpolitik in Norwegen: Aufbruch ohne Lösung. Bestandsaufnahme anlässlich eines Regierungswechsels, in: Media Perspektiven. 1986. H. 7. S. 460-466.
- Rundfunk im 2. Weltkrieg. Der deutschsprachige Dienst der BBC 1938 - 1945. T. 1-2, in: Weltweit hören. 1985. H. 6. S. 6-8. H. 8. S. 6-8.
- Der Rundfunk kommt nach Südafrika, in: Weltweit hören. 1985. H. 7. S. 8-9.
- Scharf, Wilfried. Defensivstrategie. Die Fernsehprogramme der DDR in den achtziger Jahren, in: Medium. Jg. 16. 1986. H. 2. S. 55-59.
- Schneider, Irmela. Von der Krise zur Verbannung. Eine Studie zum Hörspiel im Dritten Reich, in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 58. S. 5-8.
- Schnitzler, Karl Eduard von. Brief an Konrad Adenauer vom 17.7.1946, in: Unsere Sendung. Jg. 16. 1986. Nr. 6. S. 5-6.
- Schwarze, Klaus. Die Sportschau: Ein kurzer Blick zurück, in: WDR-print. Nr. 122. 1986. S. 3.
- Schwarzenau, Dieter. Aspekte einer populären Kulturvermittlung. 20 Jahre "Aspekte" - Das Kulturmagazin des ZDF, in: ZDF Jahrbuch 1985. Mainz 1986. S. 101-103.

- Steiger, Hartmut. "Lob der Blindheit." Drei Theoretiker des Hörfunks, in: Medien praktisch. 1986. H. 2. S. 9-10. Günther Anders: Welt als Phantom, Rudolf Arnheim: Hörkunst, Walter Benjamin: Funkerzählungen.
- Stolte, Dieter. Immer präsent für Menschen und Kirche. Diplomat voller Witz und mit Durchsetzungsvermögen. Weihbischof Karl-August Siegel wird 70, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 24. S. 1-6.
- Stoop, Paul. Hollands neue Rundfunk-Säul(ch)en. Muslime, Frauen, Homosexuelle, Alte fordern Sendezeit, in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 63. S. 16-17.
- Stoop, Paul. Vom Underdog zum Giganten. Die steile Karriere des Expiraten "Radio Veronica", in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 54. S. 3-5.
- S(üss), H(arald). Radio Valjewo. Rundfunk in Jugoslawien: ein Beispiel, in: Weltweit hören. 1985. H. 2. S. 6-8.
- Ume-Nwagbo, Ebele N.E. Broadcasting in Nigeria: its post-independence status, in: Journalism quarterly. Vol. 61. 1984. Nr. 3. S. 585-592.
- 40 Jahre Radio Canada. Aus der Chronik eines Kurzwellensenders, in: Weltweit hören. 1985. H. 4. S. 8-9.
- Voice of Malaysia. Die Stimme Malaysias zeichnet ein Bild des Landes, in: Weltweit hören. 1986. H. 2. S. 6-7.

BESPRECHUNGEN

Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1986/87, hg. vom Hans-Bredow-Institut durch Wolfgang Hoffmann-Riem; Redaktion: Eva Hubert, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1986, 976 S. mit zahlreichen Tabellen und Schaubildern.

Das Internationale Handbuch für Rundfunk und Fernsehen des Hamburger Hans-Bredow-Instituts gilt als eines der wichtigsten Nachschlage- und Datenwerke für Rundfunkforscher, -praktiker und -politiker. Bei aller Konstanz seines umfassenden, stets aktualisierten Informationsangebotes über den internationalen Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) bemüht es sich in seiner Anlage und den thematischen Schwerpunkten seines redaktionellen Teiles immer um Verbesserungen. So gilt es bei der Besprechung der jetzt vorliegenden 18. Auflage vornehmlich auf Neuerungen des Kompendiums hinzuweisen und seine traditionellen Teile stillschweigend als bekannt vorauszusetzen. (vgl. Mitteilungen 11. Jg. 1985, Nr. 4, S. 396-398).

Eine wichtige Veränderung ist gleich auf dem Umschlag notiert: das Handbuch erscheint nun in der Baden-Badener Nomos Verlagsgesellschaft, wo seit Beginn dieses Jahres auch die Fachzeitschrift "Rundfunk und Fernsehen" verlegt wird. Der Verlag Hans-Bredow-Institut hat sich von beiden Publikationsobjekten getrennt und sie dem renommierten badischen Verlagshaus anvertraut, um dem Institut die Konzentration auf Forschungsaktivitäten zu erleichtern. Als zweite Neuerung fällt im Vergleich zur letzten Ausgabe 1984/85 die noch deutlicher akzentuierte Berücksichtigung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf. Teil A des Handbuches mit dem unterdessen nicht mehr recht zutreffenden Titel "Massenmedien" wird eingeleitet durch den neu aufgenommenen, ebenso informativen wie anschaulichen Überblicksartikel "Satelliten- und Kabelrundfunk" aus der Feder des Technischen Direktors des Bayerischen Rundfunks, Frank Müller-Römer. Es lohnt sich, diesen Beitrag in Zusammenhang mit zwei weiteren Aufsätzen zu lesen, die etwas versteckt im Teil G "Rundfunk International" des Handbuches erscheinen und in welchen Götz Frank "Völkerrechtliche Probleme des Satellitenrundfunks" behandelt, Reinhard Keune sich mit dem Problem "Elektronische Medien und Dritte Welt" beschäftigt.

Verändert wurde auch der Teil B "Rundfunk in Deutschland", wo die (historische) Übersichtsdarstellung von Dieter Roß, "Der Rundfunk in Deutschland. Entwicklungen, Strukturen, Probleme", jetzt Ergänzung findet in dem - ebenfalls neu aufgenommenen - Aufsatz des wissenschaftlichen Assistenten des Hans-Bredow-Instituts, Jörg Engler, der das (gegenwärtige) "Rundfunksystem der Bundesrepublik Deutschland" beschreibt. Im übrigen endet das Resümee von Roß ("Insgesamt ist die weitere Entwicklung des Rundfunks in der Bundesrepublik ... durch vielfältige Unsicherheiten geprägt.") dort, wo Englers Darstellung einsetzt: es "entfaltet sich derzeit ...

eine Vielzahl untereinander wenig koordinierter Kräfte, deren weitere Entwicklung nicht sicher zu prognostizieren ist. Sie werden jedoch in einer zur Ruhe gekommenen Medienlandschaft schwerlich ihre heutige Gestalt bewahrt haben - wenn sie überhaupt alle überleben." Weniger dem philosophischen Grundsatz Heraklits "pantarei" scheint die Entwicklung des Rundfunksystems der DDR zu folgen. Immerhin ist es der Redaktion des Handbuches jetzt erstmals gelungen, zwei namhafte DDR-Wissenschaftler zur Mitarbeit zu gewinnen. Der Direktor der Sektion Journalistik der Karl-Mark-Universität Leipzig und Herausgeber von deren Fachzeitschrift "Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus", Gerhard Fuchs, stellt "Die geschichtliche Entwicklung des Rundfunks (Hörfunk) in der Deutschen Demokratischen Republik" dar; Peter Hoff, Dozent an der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR (Potsdam-Babelsberg), handelt über "Das Fernsehsystem der DDR". Beide Beiträge sind eher knapp ausgefallen, so daß eine Darstellung vom Zuschnitt etwa der Aufsätze von Roß und Engler nach wie vor zu erwarten bleibt. Gleichwohl sind den Darlegungen der DDR-Rundfunkforscher einige aufschlußreiche Passagen zu entnehmen, von welchen nicht zuletzt Hoff's Abschlußbemerkung Aufmerksamkeit verdient: "Der Satellitenbetrieb (in der DDR) dient vorerst lediglich dem Austausch von Programmen und Programmteilen der Intervisionsmitglieder, nicht der individuellen Nutzung durch die einzelnen Fernsehzuschauer. Der Aufbau eines solchen neuen Systems ist vorerst auch nicht vorgesehen."

Anders als in der vorigen hat sich die Redaktion für die vorliegende Ausgabe entschlossen, die vier Kabelpilotprojekte der Bundesrepublik durch Verantwortliche für diese Projekte selbst darstellen zu lassen. Ob diese Änderung glücklich gewählt ist, mag dahin stehen. Jedenfalls werden einige kritische Leser den im Grundtenor positiven Ausführungen von Claus Detjen (Ludwigshafen), Rudolf Mühlfenzl (München), Thomas Drescher (Dortmund) und Dieter Zurstraßen (Berlin) nicht unbedingt zu folgen bereit sein. Erwähnungs- und lesenswert und für die rasche Information nützlich sind im Teil C "Rundfunkveranstalter in Deutschland" neben den gewohnt sorgfältigen Daten über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk drei Zusammenstellungen, nämlich die nach Bundesländern geordnete Übersicht der "Privaten Rundfunkveranstalter" sowie zwei alphabetisch geordnete Listen "Private Anbieter Hörfunk" und "Private Anbieter Fernsehen" jeweils nach dem Stand vom 1. Dezember 1985.

Eine erfreuliche Erweiterung des Informationswertes des Handbuches stellt ferner die Berichterstattung im Teil E "Rundfunkveranstalter in Europa" über jetzt sämtliche Staaten (außer Albanien und Bulgarien) dar. Die einzelnen Beiträge sind von Autoren aus den jeweiligen Ländern verfaßt worden. Neu aufgenommen werden konnte endlich im Teil F "Rundfunkveranstalter außerhalb Europas" ein gründlicher Beitrag über das "Rundfunksystem Australiens" von Marc Armstrong, Autor einer Monographie über "Broadcasting law and policy in Australia" (Sidney 1982) sowie ein Aufsatz über das "Rundfunksystem Südkoreas" von Joung-Chun Rie, Professor für Massenkommunikation an der Chung-Ang Universität in Seoul, der in den siebziger Jahren an der Universität Münster Publizistik studiert und

dort auch promoviert hat. Diese Länderartikel über die europäischen und außereuropäischen Rundfunksysteme sind hinsichtlich ihrer Ausführlichkeit unterschiedlich angelegt. Immerhin berücksichtigen einige wenigsten in knappen Abschnitten auch die jeweilige rundfunkgeschichtliche Entwicklung, was der einschlägig interessierte Leser namentlich in solchen Fällen, wo rundfunkhistorische Darstellungen nicht leicht zugänglich sind (etwa für Finnland, Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien oder die Türkei), sicherlich als erste Information zu schätzen weiß.

Arnulf Kutsch

Doris Rehme (Bearb.), Rundfunkpublikationen. Eigenpublikationen des Rundfunks und Fachperiodika 1923-1986. Ein Bestandsverzeichnis, hg. vom Deutschen Rundfunkarchiv: Historisches Archiv der ARD, Frankfurt/Main: DRA 1986 (= Materialien zur Rundfunkgeschichte, Bd. 3), 175 Seiten.

Nach Horst O. Halefeldts Quellenverzeichnis zum "Schul- und Bildungsrundfunk in Deutschland 1923-1945", das bereits vor zehn Jahren erschienen ist, legt das Historische Archiv der ARD in diesem Jahr gleich zwei Veröffentlichungen in seiner Schriftenreihe "Materialien zur Rundfunkgeschichte" vor. Dabei handelt es sich zunächst um die im Frühjahr erschienene Sammlung "Zur Programmgeschichte des Weimarer Rundfunks" (vgl. Mitteilungen 12. Jg. 1986, Nr. 3, S. 237 f.). Etwa zur gleichen Zeit erschien der hier anzuzeigende dritte Band dieser Reihe als ein Bestandsverzeichnis der im Historischen Archiv der ARD gesammelten Eigenpublikationen des deutschen Rundfunks von 1923 bis 1986. Dieser Band gibt Zeugnis von einer langjährigen systematischen Sammeltätigkeit des DRA, seinem gezielten Versuch, Lücken der eigenen Bestände zu schließen, Materialien insbesondere aus der Zeit der Weimarer Republik, des "Dritten Reiches" und der unmittelbaren Nachkriegszeit zu komplettieren. Das Verzeichnis, vornehmlich für den Hausgebrauch innerhalb der ARD konzipiert, stellt ein nützliches Findmittel für alle am Rundfunk und seiner Geschichte in Deutschland Interessierten dar, die nach gedruckten Quellenmaterial suchen, also nach Zeitschriften, Jahrbüchern, Geschäftsberichten, Bestandskatalogen, Programmtexten und -fahnen u.ä.m.

Das knappe, aber lesenswerte Vorwort beschreibt die Genesis des DRA-Bestandes an Eigenpublikationen des deutschen Rundfunks und gibt Auskunft über die eingeschlagenen Wege zu seiner Vervollständigung. Einer kurzen Charakterisierung der Materialien folgt die Darstellung der Entwicklungslinien einiger Typen von Eigenpublikationen der ARD-Anstalten und des ZDF (einschließlich der Buchreihen). Mit besonderem Interesse liest man ferner, daß das DRA seit 1984 auch Veröffentlichungen der privaten Rundfunkveranstalter in der Bundesrepublik sammelt. Allerdings sei noch nicht endgültig entschieden, ob diese Richtung im Rahmen der ohnehin aufwendigen Sammeltätigkeit weitergeführt werden könne. Sollte es hierzu überhaupt einer externen Anregung bedürfen, so kann dem DRA nur nahe-

gelegt werden, diese Sammlung systematisch und im gebotenen Umfang weiter zu betreiben. Das DRA sollte dem Anspruch eines zentralen deutschen Rundfunkarchivs auch bei der Sammlung gedruckter Materialien möglichst umfassend gerecht zu werden versuchen, und dazu gehören nicht nur Veröffentlichungen der ARD und des ZDF, sondern eben auch diejenigen der privaten Rundfunkveranstalter, allerdings auch der bereits vor 1984 agierenden, sogenannten "freien Radios", die - verständlicherweise, weil illegal arbeitend - keine Erwähnung finden. Zudem zeigt nicht zuletzt der trotz zahlreicher Bemühungen immer noch lückenhafte Bestand des DRA an Publikationen der Nachkriegszeit, daß eine rechtzeitige, das heißt eine "Vorwärtssammlung" von zentraler Stelle aus wünschenswert erscheint. Schließlich hat die Erfahrung der zurückliegenden Jahrzehnte verdeutlicht, daß wegen solcher fehlenden Sammelstrategien bisweilen wertvolles Material entweder ganz verloren ging oder verstreut in Bibliotheken gesammelt wurde, so daß es heute erheblichen Aufwand an Recherche und Zeit erfordert, diese Dinge zu ermitteln und für die Auswertung zusammenzutragen.

Das eigentliche Bestandsverzeichnis gliedert sich in drei gut überschaubare und leicht benutzbare Teile. Zunächst werden die Bestände des Rundfunks bis 1945 aufgelistet, untergliedert nach Publikationen zentraler Einrichtungen und der einzelnen Sendegesellschaften/Reichssender. Im zweiten Teil folgt das Verzeichnis der Materialien seit 1945, wobei zunächst Veröffentlichungen der ARD und ihrer Einrichtungen aufgelistet werden, gefolgt von den Publikationen der ARD-Anstalten und des ZDF. Den abschließenden dritten Teil bildet ein Verzeichnis der Fachzeitschriften. Innerhalb dieser Systematik erfolgt die Nennung der Publikationen nach folgenden sechs Kategorien: 1. Jahrbücher, Jahres-, Rechenschafts- und Geschäftsberichte, Statistiken, Haushalts- und Organisationspläne, Tagungen und Sitzungsberichte allgemeiner Art; 2. Rundfunkinterne Publikationen; 3. Allgemeine, periodisch erscheinende Publikationen, Zeitschriften für die Öffentlichkeit; 4. Periodisch erscheinende Programm-Informationsreihen; 5. Pressedienste und 6. Einzelveröffentlichungen und Buchreihen zu verschiedenen Aspekten des Rundfunks.

Die aufgelisteten Bestände zeigen im Einzelnen eine recht unterschiedliche Konsistenz. Das gilt insbesondere für Eigenpublikationen des Weimarer und des Rundfunks des "Dritten Reiches". Neben umfangreicheren, keineswegs jedoch vollständigen Beständen etwa der Berliner Funk-Stunde verdeutlicht das Verzeichnis noch außerordentlich große Lücken insbesondere für die ehemals deutschen Rundfunkeinrichtungen wie die Ostmarken Rundfunk AG/Reichssender Königsberg oder die Schlesische Funk-Stunde/Reichssender Breslau, aber auch für die Mitteldeutsche Rundfunk AG/Reichssender Leipzig oder die Deutsche Stunde in Bayern/Reichssender München. Von deren Publikationen liegen im Grunde nur Bruchstücke im DRA. Solche Lücken kann man ferner im zweiten und dritten Teil des vorliegenden Bestandsverzeichnisses erkennen, wobei im übrigen die Bezeichnung "Zeitschriftenverzeichnis" für den letzten Teil deshalb nicht glücklich gewählt ist, da dort auch Almanache, Jahrbücher und andere periodische Veröffentlichungen aufgeführt sind, die bei

strenger Auslegung des Begriffes sicherlich nicht als Zeitschriften bezeichnet werden können. Jedenfalls legt dieser dritte Band der "Materialien zur Rundfunkgeschichte" nahe, daß das DRA neben gezielter Eigeninitiative auch der Unterstützung insbesondere durch die Anstalten der ARD selbst bedarf. Wenn das im Sinne der Rundfunkforschung zu begrüßende Ziel einer zentralen Sammelstelle der Eigenpublikationen der deutschen Rundfunkeinrichtungen tatsächlich erreicht werden soll, wäre wenigstens eine Doublettenabgabe und präventiv die Pflichtabgabe eines Exemplars jeder neuen Eigenpublikation der Rundfunkanstalten erforderlich. Es ist bekannt, daß in den Kellern verschiedener Anstalten noch einiges Material, bisweilen unbearbeitet oder unbeachtet, lagert, das Gefahr läuft, aus mangelndem Verständnis eines Tages vernichtet zu werden. Eine Sortierung und Abgleichung der jeweiligen Bestände mit demjenigen des DRA erscheint also durchaus empfehlenswert. Den damit zwangsläufig verbundenen höheren Aufwendungen und neuen Formen der Archivierung und Dokumentation hat sich das DRA in den zurückliegenden Jahren durchaus gestellt. Die Bestände wurden in einem EDV-Programm erschlossen, Programmfahnen sind auf Microfilm archiviert, und in Zusammenarbeit mit dem "Mikrofilarchiv der deutschsprachigen Presse" (Dortmund) läuft ein Programm zur Verfilmung der früheren Rundfunk-Programmpresse. Die erforderliche Infrastruktur ist also in Frankfurt vorhanden.

Arnulf Kutsch